



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10.Wahlperiode: 1979/80**

18.02.1981 - Plenarprotokoll - 35. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

**35. Sitzung**

am Mittwoch, dem 18. Februar 1981

**Inhalt**

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	2507	<b>2. Ausbau der Hochschule Bremerhaven</b>	
Abg. Klein (CDU) zur Geschäftsordnung . . . . .	2507	Anfrage der Abgeordneten Ravens, Neumann und Fraktion der CDU vom 10. Februar 1981	
Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung . . . . .	2508	(Drucksache 10/428/2) . . . . .	2535
<b>Mißtrauen gegenüber dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft</b>		<b>3. Beleidigung von Polizisten</b>	
Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und FDP und der Gruppe der BGL vom 17. Februar 1981 (Drucksache 10/437)		Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Neumann und Fraktion der CDU vom 11. Februar 1981	
Abg. Klein (CDU) . . . . .	2509	(Drucksache 10/428/3) . . . . .	2535
Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	2511	<b>4. Datenschutz im Krankenhaus</b>	
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	2512	Anfrage der Abgeordneten Marianne Hänecke, Neumann und Fraktion der CDU vom 11. Februar 1981	
Abg. Wedemeier (SPD) . . . . .	2516	(Drucksache 10/428/4) . . . . .	2536
Abg. Dinné (BGL) . . . . .	2519	<b>5. Atomkraftwerk Unterweser</b>	
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	2521	Anfrage der Abgeordneten Dinné, Willers und Gruppe der BGL vom 11. Februar 1981	
Abg. Karin Stieringer (CDU) . . . . .	2524	(Drucksache 10/428/5) . . . . .	2537
Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	2525	<b>6. Belastung der Weser mit Kolibakterien</b>	
Abg. Klein (CDU) . . . . .	2527	Anfrage der Abgeordneten Schröder, Lahmann und Fraktion der FDP vom 11. Februar 1981	
Abg. Dr. Monnerjahn (SPD) . . . . .	2529	(Drucksache 10/428/6) . . . . .	2539
Präsident Dr. Klink . . . . .	2530	<b>7. Nutzung der Vorsorgeuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder in Bremen</b>	
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	2531	Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Karin Tuczek, Wedemeier und Fraktion der SPD vom 12. Februar 1981	
Abstimmung . . . . .	2533	(Drucksache 10/428/7) . . . . .	2540
Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . . . .	2533		
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung . . . . .	2533		
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . . . . .	2533		
<b>Fragestunde</b>			
<b>1. Weserquerung bei Dedesdorf</b>			
Anfrage der Abgeordneten Dr. Koring, Beckmeyer und Fraktion der SPD vom 5. Februar 1981			
(Drucksache 10/428/1) . . . . .	2534		

**8. Rechtswidrige Vergabe von C-2- und C-3-Stellen für Professoren an Fachhochschulen**  
 Anfrage der Abgeordneten Jäger, Lahmann und Fraktion der FDP vom 12. Februar 1981  
 (Drucksache 10/428/8) . . . . . 2541

**Verfassungsschutz, Betriebsratswahlen und Personenüberprüfungen**  
 Antrag der Fraktion der SPD vom 13. November 1980  
 (Drucksache 10/366)

D a z u

**Anderungsantrag der Fraktion der SPD vom 9. Januar 1981**  
 (Drucksache 10/401)

**Aktuelle Stunde**

**Existenzkrise der deutschen Hochseefischerei**

- Abg. Wilhelms (CDU) . . . . . 2543
- Abg. Neujahr (FDP) . . . . . 2545
- Abg. Tiedemann (SPD) . . . . . 2546
- Abg. Dinné (BGL) . . . . . 2547
- Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . . 2549
- Abg. Richter (FDP) . . . . . 2550
- Abg. Beckmeyer (SPD) . . . . . 2551
- Abg. Georg Schumacher (CDU) . . . . . 2551
- Abg. Dinné (BGL) . . . . . 2552
- Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten . . . . . 2553

**Anderungsantrag der Fraktion der FDP vom 17. Februar 1981**  
 (Drucksache 10/433)

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen und des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses**

Antrag der Fraktion der SPD vom 13. November 1980  
 (Drucksache 10/367)

- 1. Lesung
- 2. Lesung

D a z u

**Anderungsanträge der Fraktion der FDP vom 8. Januar 1981**  
 (Drucksachen 10/394 bis 10/398)

**Existenzkrise der deutschen Hochseefischerei**

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP vom 18. Februar 1981  
 (Drucksache 10/439)

- Abg. Neumann (CDU) zur Geschäftsordnung . 2555
- Abg. Wedemeier (SPD) zur Geschäftsordnung 2555
- Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung . 2556
- Abg. Lahmann (FDP) zur Geschäftsordnung . 2556

**Anderungsanträge der Fraktion der SPD vom 9. Januar 1981**  
 (Drucksachen 10/402 bis 10/406)

**Allgemeine Aussprache**

- Abg. Kröning (SPD) . . . . . 2558
- Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . . 2561
- Abg. Dr. Cassens (CDU) zur Geschäftsordnung 2565

Entschuldig t fehlen die Abgeordneten Dunker, Jackisch.

**Präsident Dr. Klink**

**Vizepräsident Schmidt**

**Schriftführerin Helene Knorr**

---

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats  
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Bundesangelegenheiten **Dr. Czichon** (SPD)

Senator für Bildung **von Hassel** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

---

Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)

Landesschulrat **Mews**

LETTERS TO THE EDITOR

Dear Sir: I have read with interest your article on the

importance of the physical examination in the diagnosis of

cardiovascular disease. I am sure that your

emphasis on the physical examination is well

placed. The physical examination is the

cornerstone of the diagnosis of cardiovascular

disease. It is the only method by which the

physician can obtain a direct impression of the

status of the patient's heart and lungs.

I am sure that your article will be of great

value to all physicians who are interested in

the diagnosis and treatment of cardiovascular

disease. Thank you very much for your

contribution to the literature. Sincerely,

Yours truly,

Dr. J. H. [Name]

(A) Vizepräsident Schmidt eröffnet die Sitzung um 10.31 Uhr.

**Vizepräsident Schmidt:** Die 35. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich. Folgende Gruppen sind anwesend: ein Lehrgang Justizvollzugsbeamter, fünf Deutsch-Lehrgänge für Ausländer vom Fremdspracheninstitut Lopez-Ebri, ein Kurs Kinderkrankenpflegeschülerinnen vom Zentralkrankenhaus St.-Jürgen-Straße und eine Klasse des Schulzentrums Bürgerpark. Außerdem begrüße ich sehr herzlich vier Juristen aus der Republik Korea.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Existenzkrise der deutschen Hochseefischerei, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 12. Februar 1981, Drucksache 10/429.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muß das Plenum zunächst einen Beschluß über die Dringlichkeit herbeiführen.

Wird die Dringlichkeit begründet? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Interfraktionell wurde vereinbart, diesen Antrag nach der Aktuellen Stunde, die sich ebenfalls mit dem Thema „Hochseefischerei“ befaßt, zur Abstimmung zu stellen.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

2. Existenzkrise der deutschen Hochseefischerei, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD vom 17. Februar 1981, Drucksache 10/432.

Auch hier lasse ich zunächst über die Dringlichkeit des Antrags abstimmen.

Wird vom Antragsteller die Begründung vorgebracht? — Das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Dringlichkeitsantrag zusammen mit dem soeben als dringlich beschlossenen CDU-Antrag nach der Aktuellen Stunde zu beraten. (C)

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

3. Mittelvergabe im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen, Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Dinné (BGL) vom 17. Februar 1981, Drucksache 10/434.

Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags.

Wird zur Begründung das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer der dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Dringlichkeitsantrag als Punkt 16 der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

4. Atomkraftwerk Brokdorf, Dringlichkeitsantrag der Gruppe der BGL vom 18. Februar 1981, Drucksache 10/438.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung rufe ich zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrags auf. (D)

Wird zur Begründung das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Wer der dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage vor, diesen Antrag als Tagesordnungspunkt 17 zu beraten.

Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

5. Mißtrauen gegenüber dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und FDP und der Gruppe der BGL vom 17. Februar 1981, Drucksache 10/437.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung rufe ich zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieses Antrags auf.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Mißtrauensantrag gegenüber dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft heute morgen vorsorglich als dringlich be-

(A) zeichnet, weil wir eine Drucksache vorfanden, aus der wir entnehmen mußten, daß der Antrag wie ein normaler Sachantrag auf die Tagesordnung der März-Sitzung gesetzt werden sollte. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Antrag Entschließungscharakter hat und nicht ein Sachantrag ist, daß also die geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieses Antrages, er solle im März verhandelt werden, fehlerhaft ist.

Wir meinen, er sei eine Entschliebung, und nehmen deswegen die Paragraphen 31 und 21 unserer Geschäftsordnung in Anspruch. Danach muß ein solcher Entschließungsantrag eine Stunde vor Sitzungsbeginn eingebracht werden. Das ist der Fall, denn die Oppositionsfractionen und die Gruppe der Bremer Grünen Liste haben ja gestern abend diesen Antrag gemeinsam eingebracht. Nach Paragraph 21 der Geschäftsordnung gilt dann ein solcher rechtzeitig eingebrachter Entschließungsantrag als dringlich, und das ist der Sinn meiner Geschäftsordnungsmeldung, Herr Vizepräsident.

Es ist also nicht erforderlich, jetzt über die Dringlichkeit abzustimmen, wenn das Haus mit uns der Meinung ist, daß der Antrag Entschließungscharakter hat, es soll eine Bekundung des Hauses, eine politische Bekundung erbeten werden, und deswegen gilt es als dringlich, und wir brauchen darüber nicht abzustimmen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wann wollen wir darüber debattieren?)

(B) Vorsorglich möchte ich, und das gehört auch noch zur Geschäftsordnung, folgende Bitte äußern: Wir sind der Meinung, und das haben wir gestern abend auch beraten, daß dieser Entschließungsantrag als erster Punkt unserer heutigen Debattenordnung zu verhandeln ist, weil ein solcher Punkt, der das Präsidium unmittelbar berührt, nicht am Schluß behandelt werden kann, sondern zu Anfang. Sonst wäre eine Belastung der übrigen Tagesordnungspunkte und der Behandlung dieser Tagesordnungspunkte nicht auszuschließen. Ein solcher gravierender Vorwurf muß zu Anfang behandelt werden, ganz abgesehen davon, daß wir nach den Ereignissen von gestern abend nicht ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen können.

Ich bitte also, damit einverstanden zu sein, diesen Punkt als Entschliebung sofort zur Verhandlung zu stellen. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei CDU und FDP)

**Vizepräsident Schmidt:** Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*): Meine Damen und Herren! In der Sache kann ich dem nur zustimmen, was Herr Klein für die CDU-Fraktion hier ausgeführt hat. Es ist in der Tat so, daß alle Oppositionsfractionen, und in Klammern möchte ich einmal wieder anfügen, daß wir nach der Rechtslage Frak-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) tion sind, nach der politischen Entscheidung der Mehrheit hier im Hause nur Gruppe, daß alle Oppositionsfractionen den Antrag eingebracht haben, dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft das Mißtrauen auszusprechen. Das heißt, sie haben als Fraktionen kein Vertrauen in die Amtsführung dieses Präsidenten.

Wir haben diesen Antrag gestern abend eingebracht, und wir haben heute morgen hier einen Eingang auf dem Tisch gehabt, wohl durch die Verwaltung verteilt, daß dieser Antrag auf die Tagesordnung der März-Sitzung kommen solle. Herr Abgeordneter Klein hat das richtiggestellt, daß dem Charakter nach dies ein Entschließungsantrag ist. Weil aber die Begründung dafür, daß man zunächst meinte, diesen Antrag doch auf später verschieben zu können, grundsätzliche Bedeutung hat, muß ich an dieser Stelle gleich ein Wort dazu sagen, damit nicht ein eventuelles Präjudiz im Raume steht.

Im übrigen möchte ich anfügen, daß ich mich gewissermaßen persönlich angesprochen fühle, wenn erklärt wird, ein Antrag, den ich mitformuliert habe, sei dann wohl nicht dringlich, weil er nicht als dringlich gekennzeichnet ist. Bei solchen Formulierungen in der Geschäftsordnungsfrage, meine ich, sollte man doch lieber einmal in die Geschäftsordnung und in die Rechtslage sehen. Ich mache deswegen hier darauf aufmerksam und halte das für das Protokoll fest: Eingänge bei der Bürgerschaft sind als dringlich zu behandeln, wenn sie als dringlich bezeichnet werden. Das kann die Bürgerschaft beschließen. Das steht in Paragraph 21 der Geschäftsordnung. Das heißt nicht, daß die Eingänge das Wort „dringlich“ dort enthalten müssen, sondern daß in der Bürgerschaft der Antrag gestellt werden kann, einen solchen Eingang als dringlich zu behandeln. Das heißt, er wird als dringlich in der Bürgerschaftssitzung bezeichnet.

Ich darf darauf hinweisen, daß unsere Geschäftsordnung dazu nichts enthält und daß im Bundestag eine solche Erklärung sogar noch zum Schluß der Debatte in den Fällen des Gesetzgebungsnotstandes möglich ist. Das bedeutet, daß in jedem Falle eine solche Dringlichkeit hier erklärt werden kann. Dies mag für diesen Tagesordnungspunkt jetzt nicht von Bedeutung sein. Ich muß das aber, damit kein falsches Präjudiz entsteht, hier anmerken.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lahmann?

Abg. Adamietz (BGL): Ja, selbstverständlich!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte sehr, Herr Lahmann!

Abg. Lahmann (FDP): Herr Kollege, wir sind uns doch einig, was soll denn die Geschäftsordnungsdebatte noch? Wollen wir nicht in die Sache einsteigen?

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Kollege Lahmann, Sie haben völlig recht. Nur, bemerken Sie bitte den Vorgang, daß die Verwaltung uns hier etwas auf den Tisch legt mit einer ersten Stellungnahme, um uns zuzumuten, daß wir im März über das Mißtrauen gegenüber diesem Präsidenten verhandeln!

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Wir machen es ja heute!)

Deswegen muß das einmal hier klargestellt werden. Wir können dann nämlich kein Vertrauen mehr in den Präsidenten, aber auch kein Vertrauen mehr in die Verwaltung haben, wenn so etwas im Raume stehenbleibt.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Adamietz, Ihre Redezeit nach der Geschäftsordnung ist abgelaufen.

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, ich will nur abschließend sagen, es ist für uns eine Selbstverständlichkeit und nicht nur im Sinne einer Bitte, sondern im Sinne eines Antrags, daß über diesen Mißtrauensantrag sofort beraten wird und abgestimmt wird, also vor Abwicklung der anderen Tagesordnungspunkte.

**Vizepräsident Schmidt:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die dringliche Behandlung des Antrags ist begründet worden.

(B) Ich frage das Haus, ist das Haus mit der dringlichen Behandlung einverstanden?

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Wir sehen es gemeinsam als Entschließung an! Damit ist es dringlich!)

Es ist beantragt worden, sofort vor Eintritt in die Tagesordnung die Beratung dieses Entschließungsantrages vorzunehmen.

Ist das Haus damit einverstanden? — Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

#### Mißtrauen gegenüber dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und FDP und der Gruppe der BGL  
vom 17. Februar 1981  
(Drucksache 10/437)

Ich darf den Antrag verlesen. Der Antrag lautet:  
„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen: Die Bürgerschaft (Landtag) spricht dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft das Mißtrauen aus.“

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Oppositionsfraktionen CDU und FDP und die ebenfalls sich in der Opposition be-

findenden Kollegen der Bremer Grünen Liste haben (C)  
gestern abend in gemeinsamer Sitzung folgenden Antrag beschlossen und eingebracht: „Mißtrauen gegenüber dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft. Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen: Die Bürgerschaft (Landtag) spricht dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft das Mißtrauen aus.“

Zur Begründung möchte ich zunächst den Sachverhalt dem Hause mitteilen, und zwar auch und gerade den Kollegen des Landtags, die gestern, weil wir Stadtbürgerschaftssitzung hatten, nicht anwesend sein konnten.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Nicht anwesend gewesen sind!)

Ich möchte diesen Sachverhalt, meine Damen und Herren, nicht mit eigenen Worten schildern, sondern ich möchte mich beziehen auf das Zeugnis eines Journalisten, und zwar auf den Journalisten, der heute morgen über Radio Bremen den Sachverhalt in einem Frühkommentar der Öffentlichkeit vermittelt hat. Für mich ist dieser Journalist ein zuverlässiger Zeuge, der den Sachverhalt hinreichend vermitteln kann. Ich darf deswegen mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren:

„Es gibt einige Gruppen in unserem Lande, die den Parlamentarismus gern madig machen möchten. Sie versuchen es schon seit Jahren, aber sie schaffen es nicht. Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft und dem Parlamentspräsidenten Dieter Klink. Die nämlich schafften es gestern abend in nur eineinhalb Stunden, den Parlamentarismus ganz gehörig in Mißkredit zu bringen. Und so ging das vor sich: (D)

Auf der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft stand das Thema Fahrgelderstattung für Behinderte. Wie Sie sich vielleicht erinnern, hat die SPD einen Modellversuch, der den Behinderten wenigstens ein bißchen Bewegungsfreiheit sicherte, aus Kostengründen zurückgenommen. Die Opposition von CDU, FDP und Grüner Liste wollte nun gestern in der Bürgerschaft erreichen, daß es wieder mehr Geld für die Behindertentransporte gibt. Entsprechende Anträge sollten laut Tagesordnung abgestimmt werden. Da die Dringlichkeit allgemein akzeptiert war und außerdem eine große Zahl von Behinderten den ganzen Nachmittag auf der Zuschauertribüne gewartet hatte, sollte das Thema auf jeden Fall noch gestern abend und nicht erst im März behandelt werden.

Darin waren sich bis zu einer kleinen Pause gegen halb sieben gestern abend noch alle einig gewesen. Dann plötzlich war es aus mit der Gemeinsamkeit. Erst einmal ließen die Sozialdemokraten und der Parlamentspräsident die Opposition einfach warten, fast zwanzig Minuten. Dann gestand SPD-Fraktionschef Wedemeier seine Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten hatten in der Pause bemerkt, daß sie nicht mehr über die Mehrheit verfügten. Eigentlich hätten sie 41 Stimmen gehabt gegen 39 der Opposition, aber ein SPD-Abgeordneter war

(A) gar nicht da, und zwei, nämlich der Samariterbund-Geschäftsführer Tepperwien und der Taxiruf-Geschäftsführer Launspach, durften wegen Befangenheit beim Thema Behindertentransport nicht mitstimmen. Also plötzlich nur noch 38 Sozialdemokraten gegen 39 Oppositionsabgeordnete!

Aus sozialdemokratischer Sicht große Gefahr, die Opposition könne mit ihren behindertenfreundlichen und mehr Geld kostenden Anträgen durchkommen. Vorschlag von SPD-Fraktionschef Wedemeier: Die Opposition möge doch auch ein paar Abgeordnete hinausschicken, damit die SPD-Mehrheit wieder gesichert sei. Einhellige Empörung bei der gesamten Opposition, Tumulte, Geschäftsordnungsdebatte. Frage: Dürfen denn die beiden befangenen Sozialdemokraten überhaupt noch bei den Verfahrensfragen mitstimmen?

Die Opposition meinte natürlich nein, weil die Verfahrensentscheidung die Inhaltsentscheidung vorwegnehme. Der Präsident unterbrach abrupt die Sitzung und rief den Parlamentsvorstand zusammen. Der kam mit drei SPD-Stimmen gegen eine CDU-Stimme zu dem Schluß, die befangenen Abgeordneten dürften nicht in der Sache, wohl aber in der Verfahrensentscheidung mitstimmen. Und diese Verfahrensentscheidung wurde dann schnellstens herbeigeführt. Die SPD setzte mit ihrer Mehrheit der Sitzung einfach ein Ende. Basta!

Vertagung also bis März, wenn wieder alle Sozialdemokraten da sind. Eine skrupellose Mehrheit und ein parteiischer Präsident machten es möglich. Und der Sozialsenator Scherf ging noch auf die Zuschauertribüne, um den Behinderten zu erzählen, wenn sie dann wiederkämen im März, dann würde ihnen die SPD auch die Fahrtkosten bezahlen. Für dieses Verhalten gibt es in unserer Sprache nur ein Fremdwort, und das heißt Zynismus.“

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Meine Damen und Herren, eine gehörige, konzentrierte Zusammenfassung des Sachverhalts! Und aus diesem Sachverhalt leiten wir die Begründung unseres Mißtrauensantrags ab.

Der Abgeordnete Dr. Dieter Klink hat gestern als Präsident, amtierender Präsident und Präsident der Bremischen Bürgerschaft, aus verschiedenen Gründen den substantiierten Anschein der Parteilichkeit begründet. Er hat, als klar wurde, daß die SPD nicht mehr über eine Mehrheit verfügte, die Sitzung nicht termingemäß eröffnet. Damit hat er der SPD Gelegenheit gegeben, sich irgend etwas einfallen zu lassen, um aus dieser für sie bedrohlichen Situation herauszukommen. Als nach fast zwanzigminütiger Verspätung die Sitzung begann, hat Herr Kollege Wedemeier in einem Beitrag zur Geschäftsordnung zu dem Tagesordnungspunkt Behinderte das Pairing-Ersuchen formuliert, ein untauglicher Versuch, im Sinne der Sozialdemokraten die Situation zu bereinigen.

Das ist zurückgewiesen worden. Nun hätte der Tagesordnungspunkt abgehandelt werden müssen, und es wäre das Ergebnis erzielt worden, daß sich

die Oppositionsfractionen und die Oppositionsgruppe im Interesse der Behinderten durchgesetzt hätten mit einer Mehrheit von 39 zu 38 Stimmen. Das durfte nicht sein, und nun unterbrach Präsident Dr. Klink die Sitzung, um zu prüfen, ob die befangenen Kollegen der SPD an der Geschäftsordnungsberatung teilnehmen durften. Damit verschaffte er der SPD-Fraktion wiederum Luft, um irgendwie aus der für sie bedrohlichen parlamentarischen Situation herauszukommen.

Herr Präsident Dr. Klink hätte von Anfang an prüfen müssen, ob die Befangenheit der Kollegen auch durchschlägt auf die Beratung, auf die Teilnahme in der Geschäftsordnungsdebatte. Er wußte von Anfang an, weil die Kollegen der SPD sich entsprechend ihm gegenüber förmlich erklärt hatten, daß sie befangen seien, daß er mit Befangenheit zu rechnen hatte, und es ist selbstverständliche Pflichterfüllung, daß er dann auch die Befangenheit bezieht auf die Geschäftsordnungsdebatte und entsprechende Prüfungen, wenn ihm das prüfungswürdig erscheint, vor Beginn der Sitzung vornimmt.

Meine Damen und Herren, es geht aber hier gar nicht um Prüfungswürdigkeit, denn es ist, und das haben wir gestern abend auch vorgetragen, eine bare Selbstverständlichkeit und klarer Wortlaut des Artikels 84 der Landesverfassung, daß der befangene Kollege dieses Hauses selbstverständlich auch befangen ist für die Teilnahme an Geschäftsordnungsdebatten, wenn der Geschäftsordnungspunkt sich bezieht auf den Sachpunkt, der die Befangenheit begründet.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Wenn das, meine Damen und Herren, anders wäre, wenn Sie zu Recht den Artikel 84 der Landesverfassung so einschränkend interpretieren könnten, dann, meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, könnten Sie den Artikel 84 wegmanipulieren, indem Sie einfach unter Teilnahme der befangenen Kollegen über Geschäftsordnungsdebatten den Sachpunkt ad infinitum zum Beispiel vertagen. Wenn Sie das zu Ende denken, dann merken Sie, daß hier die juristische Logik auf unserer Seite ist, daß die Befangenheit nach Artikel 84 zu Recht Geschäftsordnungsdebatten nicht ausschließt, daß die Befangenheit, wenn sie festgestellt ist, und das war hier ja der Fall, selbstverständlich auch wirkt für die Teilnahme an der Geschäftsordnungsdebatte.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Herr Präsident, das hätten Sie wissen müssen, und deswegen hätten Sie Debattenfortgang gewährleisten müssen. Sie haben es nicht getan, Sie haben unter Protest der vereinigten Opposition in diesem Hause die Sitzung unterbrochen und damit die Möglichkeit gegeben, daß sich die SPD-Fraktion erneut einen Trick einfallen ließ.

Nun wurde die Sache ganz schlimm. Nachdem die Sitzung wieder eröffnet wurde, überraschte uns der SPD-Fraktionsvorsitzende, Kollege Wedemeier, mit

(C)

(D)

(A) dem Antrag auf Schluß der Sitzung, und das in Anwesenheit der Behinderten, die den ganzen Nachmittag auf die Behandlung des Sachpunktes gewartet hatten.

Meine Damen und Herren, ich bin seit 1963 Mitglied dieses Hauses. Ich kann mich nicht erinnern, jemals einen Antrag auf Schluß der Sitzung hier gehört zu haben, erst recht nicht in einer solchen Situation!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL — Abg. S a g n e r [CDU]: Sehr wahr!)

Was hier gestern zum Tragen kam, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, war folgendes: Die tiefsitzende politische Verunsicherung, von der Sie befallen sind, haben Sie übertragen auf unser parlamentarisches System, und das findet unseren lebhaften, unseren energischen Widerspruch im Interesse der parlamentarischen Demokratie!

(Beifall bei der CDU)

Das war Ihre Bewährungsstunde, Herr Präsident Dr. Klink! Hier hätten Sie zeigen müssen, daß Sie in erster Linie dem Gemeinwohl, dem Parlament verpflichtet sind und erst in zweiter Linie der Fraktion, aus der Sie kommen!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Sie hätten den Antrag nicht zulassen dürfen, und wenn Sie ihn zulassen, dann müssen Sie entscheiden, daß die Kollegen, die befangen sind, nicht mitberaten und mitstimmen dürfen! Sie haben doch unmittelbar auf die Sache eingewirkt, die Kollegen Tepperwien und Launspach, denn durch die knappe Mehrheit für diesen Antrag ist ja die Sache unmittelbar gestaltet worden mit dem Ergebnis, daß in vier Wochen, wenn Ihr einundvierzigster Kollege wieder aufgetaucht ist, die Behinderten eben nichts bekommen werden und die beiden positiven Anträge der Oppositionsgruppierungen abgelehnt werden. Das ist doch der schlagende Beweis, daß sie nicht hätten mit abstimmen dürfen gestern, und Sie, Herr Präsident, haben es zugelassen!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Darauf stützen wir den Vorwurf, der diesen Antrag ausgelöst hat, den Vorwurf, Herr Dr. Klink, daß Sie hier nicht als Präsident objektiv Ihre Pflicht erfüllt haben und die Ordnung des Hauses gewährleistet haben, sondern daß Sie sich unter Mißbrauch Ihres Amtes als Mehrheitsbeschaffer für Ihre Fraktion betätigt haben, und das ist im Außenverhältnis eine schwerwiegende Schädigung des Ansehens unseres Parlaments!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Deswegen ersuchen wir und bitten wir, unserem Antrag zu entsprechen! Diese Scharte muß ausgewetzt werden! Wir brauchen einen anderen Präsidenten, der der Verfassung Genüge tut und dem Ansehen Bremens und unserem Parlamentarismus

keinen weiteren Schaden zufügt! — Ich darf mich bedanken! (C)

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist sicher ein seltener Vorgang in der Parlamentsgeschichte, daß ein Landesparlament darüber debattiert, ob es seinem Präsidenten das Mißtrauen aussprechen soll. Das ist eine sehr ernste Angelegenheit, und ich glaube, wir sollten uns gegenseitig abnehmen, daß man so einen Antrag nicht leichtfertig einbringt. Ich darf für uns und, ich denke, auch für die anderen Antragsteller in Anspruch nehmen, daß wir uns sehr sorgfältig überlegt haben, ob man zu einem solchen Mittel greifen muß, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, sein Mißfallen in der Hoffnung, daß die Zustände sich bessern, zum Ausdruck zu bringen.

Wir haben nach den Vorgängen des gestrigen Tages keine andere Möglichkeit gesehen, als in einem solchen, sicher spektakulären Antrag auf das Problem aufmerksam zu machen, das uns hier seit Jahren beschäftigt

(Beifall bei der FDP)

und das endlich gelöst werden muß.

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

(B) Sie hätten den Antrag nicht zulassen dürfen, und wenn Sie ihn zulassen, dann müssen Sie entscheiden, daß die Kollegen, die befangen sind, nicht mitberaten und mitstimmen dürfen! Sie haben doch unmittelbar auf die Sache eingewirkt, die Kollegen Tepperwien und Launspach, denn durch die knappe Mehrheit für diesen Antrag ist ja die Sache unmittelbar gestaltet worden mit dem Ergebnis, daß in vier Wochen, wenn Ihr einundvierzigster Kollege wieder aufgetaucht ist, die Behinderten eben nichts bekommen werden und die beiden positiven Anträge der Oppositionsgruppierungen abgelehnt werden. Das ist doch der schlagende Beweis, daß sie nicht hätten mit abstimmen dürfen gestern, und Sie, Herr Präsident, haben es zugelassen!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Darauf stützen wir den Vorwurf, der diesen Antrag ausgelöst hat, den Vorwurf, Herr Dr. Klink, daß Sie hier nicht als Präsident objektiv Ihre Pflicht erfüllt haben und die Ordnung des Hauses gewährleistet haben, sondern daß Sie sich unter Mißbrauch Ihres Amtes als Mehrheitsbeschaffer für Ihre Fraktion betätigt haben, und das ist im Außenverhältnis eine schwerwiegende Schädigung des Ansehens unseres Parlaments!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Deswegen ersuchen wir und bitten wir, unserem Antrag zu entsprechen! Diese Scharte muß ausgewetzt werden! Wir brauchen einen anderen Präsidenten, der der Verfassung Genüge tut und dem Ansehen Bremens und unserem Parlamentarismus

Darum erwarten wir, daß der Präsident der Bremischen Bürgerschaft diesen Antrag sehr ernst nimmt und daß dieser Antrag auch von der Mehrheitsfraktion sehr ernst genommen wird. (D)

Die Freien Demokraten glauben, daß in manchen Bereichen mit Recht von einer Krise des Parlamentarismus geredet wird, daß manche diesen Vorwurf überziehen in der Absicht, den Parlamentarismus abzuschaffen oder auf andere Weise mindestens in Mißkredit zu bringen. Wir sehen es als eine vorrangige Aufgabe gerade der Parlamentarier an, immer wieder den Beweis dafür zu erbringen, daß dies die richtige, die demokratische Form des Umgangs miteinander ist, in einem Rechtsstaat auf parlamentarischer Grundlage unter Transparenz der Entscheidungsvorgänge politische Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen aber täglich die Rechtfertigung dafür erbringen, daß dieses System leistungsfähig und sachgerecht ist.

Wir erkennen an, daß der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Dieter Klink, in vielen eindrucksvollen Reden das Wesen des Parlamentarismus geschildert hat und immer wieder dafür geworben hat, daß wir diesen Parlamentarismus als die uns angemessene Form des Umgangs miteinander kultivieren und ihn immer wieder neu rechtfertigen.

(Abg. D i n n é [BGL]: Sonntagsreden!)

- (A) Wir erkennen aber auch, und das muß ich mit allem Nachdruck unterstreichen, daß ein Widerspruch klafft zwischen Wort und Tat des Präsidenten.

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Das müssen wir ausdrücken. Das kann so nicht weitergehen.

Ich will den Vorgang nicht noch einmal schildern, das ist schon geschehen. Ich möchte nur zwei Bemerkungen anschließen an das, was schon gesagt worden ist: Wir erkennen den parlamentarischen Brauch an, sehen ihn auch als sinnvoll an, daß die stärkste Fraktion eines Parlaments den Präsidenten stellt. Dieser Präsident muß dann aber — nachdem er sich auch um die Stimmen der anderen Fraktionen bemüht hat, wie dies ja auch parlamentarischen Brauch entspricht — die Kraft haben, aus dem Dunstkreis seiner Fraktion herauszutreten und Präsident aller Abgeordneten zu sein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich muß bei dieser Gelegenheit daran erinnern, Herr Kollege Dr. Klink, daß wir schon wiederholt über dieses Problem gesprochen haben,

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Serientäter!)

indem wir natürlich auch die Schwierigkeiten des Präsidenten oder der Person, die dieses Amt ausfüllt, akzeptieren, die sich dabei ergeben. Ich habe in aller Eile noch einmal nachgesehen, in welchen Fällen wir über ähnliche Fragen gesprochen haben, und ich will nur zwei, drei Vorgänge aus der Vergangenheit herausgreifen.

(B)

Ich habe zum Beispiel einmal am 1. 9. 1977 in einer Debatte gesagt: „Ich habe langsam den Eindruck, als ob, wenn es um geschäftsordnungsmäßige Auseinandersetzungen geht, die SPD-Fraktion stets“ — wie auch immer die Praxis seit Jahren war — „recht bekommt und die Oppositionsfraktionen stets unrecht bekommen.“

Ich habe zweitens nach einem Protokoll vom 10. 12. 1976 unter anderem gesagt: „Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist der Punkt, den wir diesem Präsidenten ankreiden. Er macht den Versuch, sich ausschließlich nach der Fraktion auszurichten, aus der er kommt. Er ist aber nicht einfacher Abgeordneter, sondern er ist Parlamentspräsident für dieses ganze Haus.“

Und ein wenig später: „Wir bedauern außerordentlich, daß es dem amtierenden Bürgerschaftspräsidenten nicht gelungen ist, in dieser Hinsicht bewährte Traditionen fortzusetzen.“ Ich habe dabei ausdrücklich an die Amtsführung seiner Vorgänger, Hagedorn und Engel, erinnert.

Ich muß schließlich anfügen, Herr Präsident, daß bei Ihrer letzten Wahl nicht alle Abgeordneten Sie gewählt haben, und zwar war es ein für einen Parlamentspräsidenten relativ schwaches Abstimmungsergebnis. Ich finde, daß ist kein guter Zustand, aber es war das ein Warnsignal — zum wiederholten Male ein Warnsignal —, daß sich der Präsident um

mehr Objektivität, um mehr Souveränität bemühen sollte. (C)

Wir müssen bedauernd zur Kenntnis nehmen und aus den Vorgängen von gestern folgern, daß der Präsident diese Lehre offensichtlich nicht gezogen hat, die zu ziehen ihm aufgrund wiederholter Veranlassung möglich gewesen wäre. Wir haben festzustellen, daß der Präsident offenbar im vordergründigen Interesse der SPD-Fraktion — ich glaube noch nicht einmal, daß das im langfristigen Interesse der SPD-Fraktion lag — die Befangenheitsfrage gestern falsch entschieden hat, weil die Entscheidung über die Frage der Befangenheit gestern nicht nur eine geschäftsordnungsmäßige Entscheidung, sondern im Ergebnis eine Sachentscheidung war. Das ist selten bei Geschäftsordnungsentscheidungen. Das war aber gestern so. Darum — so meinen wir — hätten Sie diese Frage anders entscheiden müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, daß diese Schwierigkeiten, die sich gestern wieder gezeigt haben, vor allem durch ein falsches Verständnis der Fraktionsspitze der SPD-Fraktion von der Aufgabe des Präsidenten mitverursacht sind. Es kann nicht sein, meine Herren Kollegen von der SPD-Fraktion, daß Sie weiterhin den Präsidenten dieses Parlaments als das Vollzugsorgan Ihrer Fraktion betrachten oder jedenfalls so handeln, als ob Sie das täten.

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

(D)

Wenn wir schon einen Präsidenten haben sollten, der nicht die Kraft hat, sich solchen Pressionen seiner Fraktion zu entziehen, sich darüber zu erheben, dann schließlich muß seine Fraktion — wenn sie nicht personelle Alternativen anbietet — einmal überlegen, ob sie nicht diesen Druck von diesem Mann nehmen sollte, damit er neutral sein Amt führen kann.

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Die FDP-Fraktion beklagt, daß der Präsident dieses Parlaments gestern die Obstruktion dieses Parlaments organisiert hat, das genaue Gegenteil getan hat von dem, was seine Aufgabe gewesen wäre. Mit einer solchen Obstruktionsstrategie, die der Präsident im Interesse offenbar seiner Fraktion verfolgt hat, kann dieses Parlament auf Dauer nicht leben, es kann vor allem auf Dauer mit einer solchen Strategie nicht arbeiten. Darum erwartet die FDP-Fraktion von dem Abgeordneten Klink und von der Fraktion der SPD sofortige Vorschläge zur Lösung dieses Problems.

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*: Meine Damen und Herren! Wir gehören diesem Hause bekanntlich noch

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nicht so lange an wie die beiden anderen Oppositionsfraktionen, und wir haben deshalb unsere Kenntnisse vom Parlamentarismus nehmen müssen aus der Anschauung dessen, was an Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland oder auch in der Weimarer Zeit praktiziert wurde. Wir haben diese Kenntnisse zusammen mit wissenschaftlicher Kritik versucht aufzuarbeiten, vor allen Dingen dadurch, daß wir festgestellt haben, wie die betroffenen Bürger in diesem parlamentarischen System zurecht kommen, wie sie sich artikulieren können, wie ihre Interessen gewahrt sind, und von daher haben wir in der Tat eine Parlamentarismuskritik, und das verhehlen wir auch nicht.

Wir haben aber immer deutlich gemacht, daß wir die Regeln, die dieses parlamentarische System sich selbst aufgestellt hat, ernst nehmen, weil wir nämlich der Meinung sind, wenn Regeln existieren, dann sind das wenigstens noch die einzigen Richtpunkte, an die sich auch Betroffene — die da unten, und dazu zählen wir uns, also wir hier unten — halten können. Nur dann ist das, was die Staatsgewalt tut, berechenbar, nur dann kann man sich darauf einstellen, kann man vielleicht noch Nischen, politische Freiräume nutzen oder entwickeln.

Deswegen sind wir es gerade, die immer wieder auf der Einhaltung der Regeln beharren, die immer wieder hingehen und sagen, ihr habt doch selbst diese Regeln aufgestellt im Parlamentsrecht, in Geschäftsordnungen, im Verfassungsrecht, und dann stellen wir immer wieder fest, es sind die da oben, die Herrschenden und vor allen Dingen die mit einer absoluten Mehrheit, die diese Regeln immer wieder beiseitewischen, immer wieder dann, wenn es um ihr Machtkalkül geht, immer wieder dann, wenn sie in politische Schwierigkeiten kommen, dann gelten die Regeln nicht mehr.

(B) Es mag sehr pingelig manchmal erscheinen, wenn wir gerade auch juristisch argumentieren, auch an Kleinigkeiten, so wie ich heute zu Eingang dieser Sitzung es gemacht habe, aber das sind die einzigen Möglichkeiten, um immer wieder deutlich zu machen, wie an jedem kleinen Punkt und noch mehr an den großen Punkten die Regeln dann beiseitewischt werden, wenn sie den Herrschenden nicht mehr in den Kram passen, und das ist es, was wir hier als praktische Erfahrung seit anderthalb Jahren in diesem Parlament erleben.

Von der ersten Sitzung an haben wir es erlebt, daß die Regeln, die formuliert wurden, die festgehalten worden sind, schriftlich, die kommentiert werden, die in der Rechtsprechung zugrunde gelegt werden, nicht eingehalten werden. Deswegen sind wir in einem dauernden Clinch gerade auch in Geschäftsordnungsfragen, deswegen zeigt sich auch gerade an Geschäftsordnungsfragen, daß dahinter sich eminente politische Machtkämpfe verbergen. Diese Machtkämpfe sind es nämlich, die die SPD immer wieder zwingen, von der Geschäftsordnung abzuweichen, solche Regeln zu verletzen.

Wir haben gestern ein solches Beispiel nicht zum ersten Mal, aber sicherlich als einen Höhepunkt er-

(C) lebt. Ich will das einmal versuchen, in einem plastischen Beispiel ein bißchen zu beschreiben für denjenigen, der nun gestern nicht dabei war.

Man muß sich das vielleicht einmal vorstellen wie ein Fußballspiel, in dem hier auf der einen Seite die SPD als Mehrheitspartei spielt und auf der anderen Seite die Opposition gegen die SPD, und dann hat man einen, den man bekanntermaßen so nennt, Heimschiedsrichter, der bei jeder Gelegenheit für die Heimmannschaft, sprich seine Heimat nämlich, die SPD-Mehrheitsfraktion, entscheidet.

Nun ergab es sich, daß bei der Halbzeit ein Spieler der SPD sozusagen zu spät aus der Kabine kam, vielleicht ist er da irgendwo abgesoffen, er war jedenfalls nicht da, es fehlte also ein Mann, hier in diesem konkreten Fall ein einundvierzigstes Mitglied der SPD-Fraktion, mögen es dienstliche Geschäfte gewesen sein, mag es sonst etwas gewesen sein, er war nicht da.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Er soll im Ruhrgebiet gewesen sein!)

Er soll im Ruhrgebiet gewesen sein, er muß da vielleicht aushelfen. Das auf einmal stellt die SPD sozusagen in der Halbzeitpause fest, und was macht der Schiedsrichter? Der pfeift einfach nicht mehr an!

(Heiterkeit bei BGL, CDU und FDP)

Die Pause dauert zehn Minuten, die Pause dauert 20 Minuten, er meint, er könnte das Spiel so beenden. In dieser Zwischenzeit versucht nämlich die SPD-Fraktion, ihren elften, sprich einundvierzigsten Mann heranzuschaffen, und das ist nicht irgendwie eine Spekulation von uns, sondern der SPD-Fraktionsvorsitzende Wedemeier hat die Stirn, hier von dieser Tribüne aus zu sagen, wir müssen ein bißchen warten, wir müssen unseren einundvierzigsten Mann noch heranholen. So macht das dieser Heimschiedsrichter!

(D) Nun geht es weiter. Die Sache spitzt sich zu, die Opposition gewinnt an Punkten, und die SPD versucht es dann, wie das oft in solchen Fällen der Fall ist, mit Foulspiel. Den fälligen Elfmeter gibt es auch nicht, die Opposition ist im Begriff, ein Tor zu schießen, die ganze Sache wird spannend, und der Schiedsrichter pfeift ab.

(Heiterkeit bei BGL, CDU und FDP)

Der Torschuß kann also nicht mehr vorgenommen werden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Der war schon!)

Die Begründung des Schiedsrichters, man höre und staune: Er muß in den Regeln nachschauen!

(Heiterkeit bei BGL, CDU und FDP)

Er unterbricht und sagt, ich ziehe mich in mein Vorstandszimmer zurück und muß erst einmal sehen, wer da befangen ist. Befangen bei wem? Bei der SPD-Fraktion natürlich! Bei den eigenen Leuten!

(A) Wenn man das so ansieht und sich dann noch vor Augen hält, daß die SPD-Fraktion in Wirklichkeit ja, die hier mit elf Mann sozusagen auf dem Feld steht, den Schiedsrichter selbst in ihren Reihen hat, also den zwölften Mann, und wenn man dann noch sieht, daß sie bei einer Wahlentscheidung 1979 nicht die absolute Mehrheit, nicht über 50 Prozent der Stimmen in diesem Lande bekommen hat, sondern allein aufgrund dieses Systems d'Hondt, wie das immer so schön heißt, im Wahlrecht nicht hier sozusagen elf Mann stellt, sondern sowieso schon zwölf Mann stellt, nämlich die absolute Mehrheit, wenn man das berücksichtigt, dann sieht man, in welcher verfahrenen Situation sie waren, in welcher Situation, so daß sie dann hingehen und sagen mußten, Schiedsrichter, komm, hilf du uns einmal aus der Patsche, Heimschiedsrichter!

Das, meine Damen und Herren, ist die Situation, und ich glaube, jeder, der nur ein bißchen Sport treibt, ob er es nun selbst macht oder am Fernseher zusieht, er weiß, wie man sich dann empören kann, wenn solche Regelverletzungen hier passieren.

Meine Damen und Herren, ich hätte viel zu sagen über meine Auseinandersetzungen mit dem hier angegriffenen Präsidenten, aber gewissermaßen bin ich da in einer Art und Weise auch befangen. Ich will das hier unterlassen. Ich sehe das Schwergewicht allerdings auch in einer anderen Richtung, die der Abgeordnete Lahmann hier schon angedeutet hat. Ich sehe das nämlich darin, was für ein Verhältnis es ist zwischen der SPD-Fraktion, speziell der Fraktionsführung, und dem Präsidium. Ich meine, daß die Schuldigen sozusagen nicht da oben auf dem Präsidentenstuhl sitzen, sondern da unten in der Fraktionsvorsitzendenbank der SPD.

(Beifall bei BGL und CDU)

Das sind doch die Leute, die immer wieder mit ihren politischen Mißgriffen dann den Schiedsrichter sozusagen zwingen, nun hilf du uns einmal, wir haben die Regeln nicht mehr im Griff, wir haben diese Sache nicht mehr im Griff, nun ändere du einmal schnell die Regeln, damit wir hier politisch noch einmal überleben können.

Meine Damen und Herren, das muß geißelt werden. Wir sind hier nicht dazu da, der SPD-Fraktion vorzuschreiben, wen sie an die Stelle da vorn setzt, aber wir sind hier dazu da, dieses Verhalten zu geißeln und der SPD-Fraktion immer wieder vor Augen zu führen, welche Repräsentanten sie da eigentlich sitzen hat und was diese Repräsentanten dann allerdings mit dem für alle Abgeordneten dieses Hauses dazusehenden Präsidenten anstellen.

Ich will das an einigen Beispielen nur einmal kurz andeuten. Das gilt natürlich auch dann für den Präsidenten. Vielleicht kann man das am einfachsten einmal machen, wenn man die Parteilichkeiten des Präsidenten sich ansieht gegenüber Zwischenrufen.

Wir wissen, er rügt immer das Wort „Lüge“. Jetzt kann er es nicht rügen, weil ich es nur als ein Zitat bringe, aber das Wort „Lüge“ wird von ihm konsequent gerügt. Was er nicht rügt, ist, wenn das ein-

fach umschrieben wird, und das sieht dann so aus, ich zitiere einmal den Abgeordneten Wedemeier, das ist die elfte Sitzung. Der Abgeordnete Wedemeier macht einen Zwischenruf, als ich gerade rede, deswegen ist mir das noch ein bißchen im Kopf gewesen: „Jetzt lügt er!“ — Glocke, Präsident Dr. Klink: „Diesen Ausdruck weise ich ebenfalls zurück. — Bitte Herr Abgeordneter Kunick!“ — er wollte eine Frage stellen —, wieder Zwischenruf des Abgeordneten Wedemeier: „Er sagt die Unwahrheit!“, an mich gerichtet!

Meine Damen und Herren, das darf man. Man darf sagen, er sagt die Unwahrheit, man darf nicht sagen, er lügt.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das finde ich auch ein bißchen komisch! — Abg. Lahmann [FDP]: Allgemeine parlamentarische Praxis!)

Man darf noch andere Sachen. Abgeordneter Tepperwien: „Ein arroganter und überheblicher Fatzke!“ Das darf man sagen. „Sie Stänkerfritze“ darf man sagen, wenn man Mitglied der SPD-Fraktion ist und einen Oppositionsabgeordneten beschimpfen kann. Das wird nicht gerügt. Da ist keine Glocke. Man darf als SPD-Abgeordneter auch sagen: „Wischen Sie sich doch einmal den Mund ab, damit der Schaum weggeht!“ Das darf man als SPD-Abgeordneter über die Opposition sagen. Es kommt auch keine Rüge. Wenn der Präsident das einmal nicht gehört hat, dann darf man ihn daran erinnern, daß das ja auch alles schriftlich in den Protokollen steht und er das dann auch einmal zur Kenntnis nehmen darf. Das macht der Präsident nicht.

(Abg. Tepperwien [SPD]: Zitieren Sie doch einmal Herrn Dinné!)

Er darf nämlich seine SPD-Fraktion nicht so an die Regeln binden, damit diese nicht einmal ganz explodiert, wenn sie politisch in Schwierigkeiten ist.

Solche Ausdrücke von Herrn Wedemeier wie — ich zitiere noch einmal aus diesem Protokoll, das ist sehr ergiebig — zum Beispiel „Korinthenkacker“, das mag man ja nun noch durchgehen lassen, das bin ich ja dann. „Was sind Sie doch für ein Korinthenkacker!“ Das nehme ich ja gern zur Kenntnis. Man darf natürlich auch im Wechselspiel mit Herrn Kunick, wenn man sich da auch noch nicht ganz einig ist, den Gegner politisch diffamieren. Ich darf das auch noch einmal aus diesen Protokollen zitieren. Auf der einen Seite sagt nämlich Herr Wedemeier an uns gerichtet, als ich gerade eine Rede halte:

(Abg. Stichweh [SPD]: Eine der vielen!)

„Herr Präsident,“ — sage ich — „ich habe überhaupt nichts in Zweifel gezogen.“ — Unruhe — Dann sage ich: „Lassen Sie mich doch einmal ausreden!“ Dann sagt Herr Abgeordneter Wedemeier im Zwischenruf: „So haben die Nazis das auch gemacht früher! So machen Sie das jetzt auch!“ Also, wir machen das wie die Nazis, die Grünen, sehr schön!

(A) Herr Kunick ist da etwas anderer Auffassung — einmal ein Widerspruch in der SPD-Fraktionsführung oder eine Arbeitsteilung —. Herr Kunick sagt: „Jetzt möchte ich einmal zur Wertung kommen. Ich stelle fest, daß über die Angriffsschiene, die hier benutzt worden ist, Hennemann gleich ‚Weser-Kurier‘, die Vier-Mann-Gruppe im Hause die alte KPD-Argumentationsschiene, die SPD sei die Partei, die die Monopole vertritt, diese alte Argumentationsschiene der Weimarer Zeit, weitergefahren hat, die nämlich immer bei der KPD darauf hinausgelaufen ist, den demokratischen Staat anpinkeln, die Sozialdemokraten kaputt machen wollen, um in deren Erbe einzutreten.“

Meine Damen und Herren, da ist nun Herr Kunick der Meinung, wir machten das wie die KPD. So wird das politische Etikett, mit dem man meint, den Gegner ins Abseits stellen zu können, wechselweise angeklebt, gerade wie einem das politisch paßt.

Meine Damen und Herren, das sind die Spitzen dieser Fraktion, und ich will da nur noch ganz kurz einige Beispiele anbringen, um deutlich zu machen, was Sie davon zu halten haben, wenn diese Fraktionsspitze dann hier ans Podium geht und ihren Präsidenten rechtfertigen will, und zwar nur ganz aktuelle Beispiele. Bei Herrn Wedemeier mag ich schon kaum noch etwas sagen, das ist jemand, der schießt aus der Hüfte ganz schnell, wir wissen das, und jedesmal, wenn er schießt, dann schießt er daneben und muß den Schuß noch zurücknehmen.

(B) Wir erinnern uns, Radio Bremen, die SPD-Fraktionsspitze war es, die sagte, der Intendant muß abgeschossen werden, als die Mitglieder im Rundfunkrat den Rundfunkrat pressiert haben. Von der Fraktionsspitze aus haben sie gesagt, ihr müßt das da so machen. Die Senatsvertreter im Rundfunkrat sollten so handeln und so weiter. Dann mußten sie das zurücknehmen. Herr Wedemeier war es, der am 5. Mai vor dem denkwürdigen 6. Mai eine Resolution hier einbrachte in die Bürgerschaft, in der er schon feststellte, wir verurteilen die Gewalttätigkeiten, die morgen am 6. Mai stattfinden werden. Er wußte, daß da Gewalttätigkeiten passieren würden am 5. Mai.

Herr Wedemeier verunglimpft Leute und mag sich dann hinterher entschuldigen, was ich immer akzeptiere, aber das ist Praxis, das ist bereits Methode. Erst einmal diffamieren und hinterher sich entschuldigen und zu sagen, was wollt ihr denn!

Meine Damen und Herren, das ist die Praxis dieses Fraktionsvorsitzenden und seines Stellvertreters. Da will ich doch nur einmal ein Beispiel für seine Glaubwürdigkeit angeben, weil das der Zufall so will. Wir finden heute auf unserem Tisch hier das Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, ausgegeben am 16. Februar 1981. Da wird verkündet die Diätenerhöhung, heftig umstritten in diesem Hause, und jedermann weiß, daß wir als Grüne heftig dagegen sind und daß wir zum Beispiel der Krüppelgruppe, die gestern auch hier im Parlament anwesend war, schon einmal die ersten 1 000 DM, nämlich den Beitrag, den wir für den Monat Januar hier mehr erhalten von diesen 6,3 Prozent, übergeben

haben. Herr Kunick, das lese ich in der heutigen Zeitung, erklärt vor dem SPD-Unterbezirk West: „Die Anhebung erfolgte zu einem falschen Zeitpunkt und war ein politischer Fehler. Die SPD-Fraktion würde so nicht wieder beschließen.“

Meine Damen und Herren, nachdem wir hier eine heiße Debatte im Parlament gehabt haben und die SPD-Fraktion keinen Deut zurückwich, geht er hin vor den SPD-Parteitag, und da sagt er, ja, dann werden wir uns überzeugen lassen, dann entscheiden wir einmal anders. Die Partei erklärt Herrn Kunick, ihr müßt jetzt anders entscheiden. Hier im Parlament läuft überhaupt nichts. Das ist die Praxis hier der SPD-Fraktion.

(Abg. St i c h w e h [SPD]: Er ist so sauer, weil er keine Basis mehr hat!)

Ein weiteres Beispiel im „Weser-Kurier“ von gestern, eigentlich eine korrekte Berichterstattung, da heißt die Überschrift „Frauenklinik an St.-Jürgen-Straße“. Man denkt, das ist ein Senatsbeschluß oder ein Bürgerschaftsbeschluß, daß die Frauenklinik nun dahin kommt. Untertitel: „Beschluß der SPD-Fraktion“.

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Dürfen wir uns dazu nicht äußern?)

Das wird im Lande Bremen und in der Presse, zu Recht, richtigerweise schon so gesehen: Die SPD-Fraktion oder besser noch irgendwelche SPD-Unterbezirksparteitage mögen beschließen, und dann ist das Faktum in Bremen. Dann ist das eben so. Das ist das, worum es hier geht. Das ist der Filz hier in Bremen, und der hat auch etwas mit dem Präsidenten zu tun. In allen politischen Entscheidungen wird der Präsident gezwungen, da genauso zu handeln.

Ich will ein letztes Beispiel noch geben dafür, daß dieser Fraktionsfilz und diese Machenschaften dieser Fraktionsführung auch elementar mit den Regeln hier im Haus zu tun haben. Das sieht vielleicht harmlos aus, aber in dem Zusammenhang, in dem wir das heute erörtern, wird man vielleicht einmal die Bedeutung ermessen können. Wir haben hier den Pressedienst der Bremischen Bürgerschaft, und da wird regelmäßig für jeden Monat angegeben, welche Veranstaltungen im Haus der Bürgerschaft stattfinden, insbesondere welche Ausschüsse tagen, Fraktionssitzungen und so weiter. Da können wir einmal hier feststellen: Für Montag, dem 2. Februar 1981, 13 Uhr im Präsidentenzimmer, da denkt man, da tagt nun der Präsident oder der Vorstand der Bürgerschaft, mitnichten, SPD-Fraktionsvorstandssitzung, in unserem Präsidentenzimmer!

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist das Beispiel. Sie mögen darüber lachen, aber die politische Symbolik, meine ich, sollte jedem eingängig sein.

(Beifall bei BGL und CDU)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Wedemeier.

(C)

(D)

(A) Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal zwei Sätze zu Herrn Adamietz! Das Ganze war ja sehr humorvoll, aber es lohnt sich nicht, lange — —.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Mach man weiter!)

Herr Adamietz, egal ob Zwischenrufe wie Nazi- oder KP-Methoden, worauf man hinweisen muß und worauf man nach meiner Auffassung insbesondere die BGL hinweisen muß, ist, daß Sie und nicht nur Sie in diesem Hause studieren müssen, wie das eigentlich damals kaputtgegangen ist, wo eigentlich die Wurzeln des Kaputtgehens der Weimarer Republik lagen.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Lahmann** [FDP]: Da hat der Parlamentarismus versagt, zum Beispiel!)

Wenn Sie sich über Zwischenrufe der SPD-Fraktion beklagen, das hatte viele Ursachen, dann hören Sie sich doch auch einmal an, was Ihre Kollegen oder besser gesagt Ihr Kollege Dinné an Zwischenrufen in diesem Parlament losläßt, wen er alles der Lüge bezichtigt.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Lesen Sie doch einmal vor!)

Wir sind doch nicht im Kindergarten. Man muß doch auch einmal Zwischenrufe in Kauf nehmen können. Ich bin übrigens mit Ihnen der Auffassung, ob nun Lüge oder Unwahrheit, ich begreife nicht, warum das eine gerügt wird und das andere nicht. Wir haben uns irgendwann einmal auf so etwas Unsinniges verständigt. Ich glaube, im Bundestag wird das Wort „Lüge“ überhaupt nicht gerügt,

(B)

(Abg. **Kunick** [SPD]: So ist es!)

aber Sie können umgekehrt nicht erwarten, daß man hinnimmt, daß jemand uns manchmal bewußt die Unwahrheit hier erzählt, um Eindruck zu machen, und man dann da sitzt und tut so, als sei das gar nicht, als hätte man dazu nichts zu sagen.

(Abg. **Adamietz** [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich bitte, mich ausreden zu lassen! Wir können den Dialog ja nachher noch weiterführen.

Nun zu Herrn Klein! Herr Klein hat als Zeugen den Kommentator von Radio Bremen heute morgen genommen. Das hat zumindest ein Gutes, Herr Klein, vielleicht leiten Sie daraus ab, daß Sie Herrn Schlüter — auch noch — als Zeugen aufgerufen haben. Ich kritisiere nicht das, was er heute morgen gesagt hat, um das gleich einmal zu sagen hier, das kritisiere ich überhaupt nicht, daß Sie Herrn Schlüter als Zeugen aufgerufen haben. Vielleicht leiten Sie daraus ab, daß Sie Ihr Verhältnis zur Meinungsfreiheit bei Radio Bremen überprüfen, ihm auch in anderen Punkten Meinungsfreiheit zugestehen, nicht nur hier.

(Beifall bei der SPD)

Wir tun das generell,

(C)

(Abg. **Werner Fischer** [CDU]: Das ist eine Sauerei, was Sie machen! — Abg. **Oeing** [CDU]: Zur Sache, Herr Kollege!)

aber ich erinnere daran, daß Sie im Zusammenhang mit dem 6. Mai, im Zusammenhang mit der Strauß-Veranstaltung in Bremen den Versuch unternommen haben, die Meinungsfreiheit bei Radio Bremen, die nur solche Kommentare wie heute ermöglicht, diese Meinungsfreiheit zu untergraben. Diesen Versuch haben Sie in der Vergangenheit gemacht. Wir haben uns heftig dagegen gewehrt. Ich würde mich auch dagegen wehren, wenn heute einer den Versuch machte, aber Sie haben da eine etwas andere Taktik, wenn man es gebrauchen kann, Meinungsfreiheit ja, wenn man es nicht gebrauchen kann, keine Meinungsfreiheit.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht leiten Sie daraus die richtigen Schlüsse ab.

Ich möchte, wenn schon Presse zitiert wird, einen anderen Kommentar zitieren.

(Zuruf von der CDU: Im „Vorwärts“!)

Vielleicht zitiert noch jemand den „Weser-Kurier“, ich erlaube mir, die „Bremer Nachrichten“ zu zitieren, weil da zum Ausdruck kommt, wie wir die Sache auch sehen. Wir haben ja auch in diesem Kommentar unsere Ohrfeige bekommen, aber da ist auch zu lesen, ich zitiere das, erlaube mir, auch zu zitieren wie Herr Klein, wenn auch einen anderen Kommentar: „Ohne Skrupel baut sie, die Opposition, auf die Tatsache, daß oben auf der Zuschauertribüne Behinderte in Rollstühlen saßen.“ So haben wir das gestern auch empfunden.

(D)

(Zuruf von der CDU: Das Ganze! — Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Wir wollen das insgesamt!)

Darin steht, daß die SPD im Dreck steckt. Das steht darin. „Da kann man sich ja lange streiten“, sagt der Kommentator, „aber vieles spricht doch für das SPD-Argument, daß solche Zufälle den Wählerwillen verfälschen. Immer wieder nutzen daher auch Abgeordnete der Opposition für sich das System des Pairings.“

(Abg. **Richter** [FDP]: Selektives Wahrnehmungsvermögen!)

Das ist ja auch nichts Neues gewesen. Wir haben das in der Vergangenheit immer wieder gemacht.

Wenn Sie sich heute darüber beschwerten, daß die Unterbrechung gestern zu lange gedauert hat, dann muß ich Sie daran erinnern, daß Sie zwar gestern auf uns zehn Minuten gewartet haben, wir aber auch heute auf die CDU-Fraktion 15 Minuten gewartet haben.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Adamietz** [BGL]: Unverschämtheit!)

(A) Uns ist nämlich ganz kurzfristig mitgeteilt worden, die CDU-Fraktion möchte erst um 10.30 Uhr beginnen. Das haben wir selbstverständlich akzeptiert. Das ist in der Vergangenheit immer so gewesen, wenn eine Fraktion etwas länger tagen wollte, daß sie dann auch etwas länger tagen konnte, auch bei Unterbrechungen. Ich finde, das lohnt die Aufregung nicht.

Die Präsidiumssitzung, die Sie jetzt auch noch gegen uns und insbesondere gegen den Präsidenten ins Feld führen, ist ja von Ihnen verlangt worden. Der Präsident hat gestern, als die Frage auftauchte durch Zwischenruf, ob die beiden in der Geschäftsordnungsabstimmung mitmachen dürfen, entschieden, ja, und das ist angezweifelt worden. Da hat er gefragt, wird das angezweifelt,

(Abg. Klein [CDU]: Nein, nein!)

dann muß ich den Vorstand einberufen. Jawohl, das wird angezweifelt, also ist der Vorstand einberufen worden. So ist das.

Nun frage ich Sie, ob Sie eigentlich auch solche Befangenheitsanträge nur stellen, wenn man es einmal gerade gebrauchen kann, oder ob das eine prinzipielle Haltung bei Ihnen ist, immer dann, wenn einer befangen ist, dies auch zu sagen. Das scheint es nämlich nicht zu sein.

(Abg. Karin Stieringer [CDU]: Das ist aber ein schwerer Vorwurf!)

(B) Ja, ich begründe das, Frau Stieringer!

(Abg. Stichweh [SPD]: Dafür haben wir gestern ein Beispiel gehabt!)

Als gestern die erste Abstimmung darüber lief, ob dieser Tagesordnungspunkt vorgezogen werden soll, kurz vor der Pause, da hat überhaupt niemand bemängelt, daß die beiden mitgestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Gut, da waren die Mehrheiten da, aber entweder sind sie befangen oder sie sind nicht befangen! Und wenn sie befangen sind in einer Geschäftsordnungsdebatte, dann kann man verlangen, daß das sofort bei der ersten Abstimmung, die zur Geschäftsordnung durchgeführt wird, hier gesagt wird.

(Beifall bei der SPD — Abg. Lahmann [FDP]: Herr Kollege, hätten Sie darauf nicht achten müssen?)

Wenn das stimmen würde, dann hätten wir darüber reden müssen.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Hier spielt doch nicht jeder seinen eigenen Präsidenten!)

Herr Lahmann, wissen Sie, wie das — —

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Meine Damen und Herren, ich kann verstehen, wenn Zwischenrufe gemacht werden, aber nicht hier der Dialog zwischen Abge-

ordneten oder mit dem Redner! Sie haben die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden! Das Wort hat der Abgeordnete Wedemeier! — Bitte, fahren Sie fort!

Abg. Wedemeier (SPD): Und wenn das richtig ist, daß auch bei Abstimmungen über die Tagesordnung Abgeordnete, die zu einzelnen Punkten befangen sind, nicht teilnehmen dürfen, dann könnte man ja zum Beispiel bei einer großen Tagesordnung, bei der vielleicht verschiedene Abgeordnete einmal hier, einmal da aus beruflichen Gründen befangen sind, egal ob Oppositions- oder ob Regierungspartei oder Mitglied einer Schutzgemeinschaft, dann könnte man ja, indem man eine Debatte über die Tagesordnung überhaupt anfängt, verlangen, daß alle hinausgehen. Das ist doch völliger Unsinn!

(Abg. Klein [CDU]: Das überziehen Sie, Herr Kollege!)

Aber allein die Tatsache, daß Sie es am Anfang nicht beantragt haben, das zeigt uns, daß Sie da keine grundsätzliche Haltung haben, sondern immer von Fall zu Fall überlegen, wen könnten wir denn jetzt für befangen erklären, und wen könnten wir nicht für befangen erklären.

Wir wußten sehr wohl, daß zwei von uns befangen sind in der Sachdebatte, weil beide das vor Wochen erklärt haben, vor der Januar-Sitzung. Das wußten wir, in der Sachdebatte war uns das völlig klar. Bei Geschäftsordnungsdebatten sehen wir das halt anders, und ich halte das immer noch für richtig.

Auf ein Argument sind Sie überhaupt nicht eingegangen, auf das wir nicht nur im Parlament, auch in Deputationssitzungen immer wieder eingegangen sind, wenn Abgeordnete aus familiären Gründen weg müssen, das war meine Bitte, das allein war die Bitte der SPD-Fraktion, sich darüber zu unterhalten, ob das nicht geht, daß man da zu einem Pairing kommt. Da geht es gar nicht um Hinausgehen, um Hinausschicken. Es ging schlichtweg um das Abstimmungsverfahren, um das Verändern von Wählerwillen im Parlament, und das ist überhaupt nichts Neues unter uns gewesen. Das steht ja auch heute in der Zeitung. Das haben wir immer so gehalten. Erst seit dem Einzug der Grünen und seitdem man vielleicht andere Dinge damit betreiben kann, ist diese Gemeinsamkeit zwischen uns nicht mehr da. Früher war das eine Selbstverständlichkeit, daß man so verfährt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nachher darauf noch einmal zurück!

Wir nehmen das zur Kenntnis, werden uns in Zukunft auch danach verhalten, werden Abgeordneten eben nicht mehr erlauben können, aus familiären Gründen nicht an Parlamentsitzungen teilzunehmen. Ob das das richtige Verhalten ist gegenüber dem einzelnen Abgeordneten, bezweifle ich sehr, aber Sie zwingen uns ja dazu.

Nun zum Präsidenten und den Vorwürfen gegenüber dem Präsidenten! Der Versuch wird ja immer wieder gemacht, und nun heute auch auf die SPD-

(C)

(D)

(A) Fraktionsspitze, das war übrigens in der letzten Legislaturperiode genauso, die SPD-Fraktionsspitze würde den Präsidenten pressen, bestimmte Entscheidungen zu fällen. Der Präsident ist Präsident aller Abgeordneten. Das ist selbstverständlich!

(Abg. D r. C a s s e n s [CDU]: Davon merkt man nichts!)

Aber, meine Damen und Herren, er ist nicht nur der Präsident der Opposition, so wie Sie es gern hätten, sondern er hat auch unsere Rechte in diesem Parlament zu schützen.

(Abg. v. d. S c h u l e n b u r g [CDU]: Aber nicht ausschließlich!)

Nicht ausschließlich, völlig klar! Das tut er auch nicht nach unserer Auffassung. Es hat auch in der SPD-Fraktion verschiedentlich schon nach bestimmten Abläufen hier Beschwerden gegeben über das Präsidium, übrigens nicht nur über unseren eigenen Präsidenten, auch über den Vizepräsidenten Ehlers.

In der letzten Bürgerschaftssitzung, ich könnte auch die Protokolle jetzt in die Hand nehmen, könnte ich die Zeiten einmal in die Hand nehmen, die er in einer Geschäftsordnungsdebatte zugelassen hat! Er hat Redebeiträge über eine Länge zugelassen, die keinem Abgeordneten in einer Sachdebatte zugestanden werden! Da könnte man auch sagen, das hat er getan, er hat die Sitzung geleitet, es war im Sinne der Opposition, der Geschäftsordnungsbeitrag, den ich meine, war im Sinne der jetzt neuen vereinigten Opposition. Das hat er zugelassen, ohne von uns gerügt zu werden! Wir sind da nicht so zimperlich!

(Beifall bei der SPD)

Aber wir haben uns auch darüber sehr geärgert!

Verfolgen Sie einmal, wer vom Präsidenten die meisten Ordnungsrufe bekommt. Verfolgen Sie das einmal! Wenn das, diese Auflistung, hier anfängt vom Abgeordneten Adamietz, da können wir auch gegenlisten!

Es ist auch bezeichnend, daß, ich glaube, der Präsident ist jetzt zehn Jahre im Amt, bis 1979, bis zum Einzug der grünen Gruppe, hier überhaupt keine Beanstandungen,

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das ist nicht wahr!  
— Widerspruch bei der CDU)

hin und wieder von der FDP, damals von der FDP hin und wieder, aber generell nicht, gekommen sind. Auch wir hatten damals Beanstandungen, aber jetzt ist das an der Tagesordnung. Da meine ich, folgendes feststellen zu können: Die BGL hat, das hat Herr Willers auch in Zeitungsinterviews gesagt, Herr Adamietz hat es hier auch angedeutet, ein bestimmtes Verhältnis zum Parlamentarismus. Wenn man dieses Verhältnis

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Im Gegensatz zu Ihrem unbestimmten!)

unterstellt — wir haben auch ein bestimmtes! —, dann muß man sich auch über die Strategie einer Gruppe Gedanken machen, die dann im parlamentarischen System gezwungen wird, ihre Meinung darzustellen. Sie entwickelt natürlich eine bestimmte Strategie, weil sie das Parlament für unfähig hält, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Darüber kann man lange streiten. Aber es ist ihre Meinung.

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Unsere Meinung ist, daß Sie unfähig sind!)

Ich lese viel, was Herr Willers und andere schreiben. Daraus entwickelt sich hier eine bestimmte Strategie im Parlament und natürlich auch eine bestimmte Haltung gegenüber den Institutionen der Demokratie, auch gegenüber den Repräsentanten des Parlaments, und dazu gehört der Bürgerschaftspräsident.

Dann ist auf der anderen Seite die CDU, ich will jetzt nicht über die FDP reden, weil sie erst heute eingetreten ist in diese Vereinigung, aber die CDU hat es bisher schon mitgemacht.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Langsam, langsam, Herr Kollege!)

Dann hat die CDU-Fraktion oder Teile der CDU-Fraktion, will ich einmal sagen, es scheint ja sowieso zwei Gruppen zu geben, weil Neumann und Klein unterschreiben mußten,

(Abg. K l e i n [CDU]: Das habe ich erklärt!)

dann haben Teile der CDU-Fraktion alles gern aufgegriffen, was von dieser Seite gekommen ist. Meine Damen und Herren, bis hin zu persönlichen tiefen Beleidigungen von Abgeordneten, die nichts mit Politik zu tun hatten, haben Sie alles belacht und beklatscht, was von da gekommen ist, alles!

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Diese Vorwürfe wagen Sie in den Mund zu nehmen?)

Sie sind voll auf die Strategie der BGL eingegangen, wahrscheinlich in dem Bewußtsein, daß Sie mit anderen Methoden, mit Sachargumenten, mit Sachdebatten nichts mehr erreichen können, weil Sie keine Alternative zur SPD in diesem Land haben!

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU)

Auf jeden Fall haben Sie sich verbündet mit dieser Gruppe, die — ich sage das aus einem bestimmten Selbstverständnis heraus — vom Parlamentarismus nicht allzuviel hält. Das ist dann gestern — man merke! — in einer gemeinsamen Fraktionssitzung

(Abg. O s t e n d o r f f [FDP]: Das stimmt doch alles gar nicht!)

der vereinigten Opposition nun endgültig beschlossen worden. Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir Ihren Antrag ablehnen! Der Präsident hat, das hat schon eine Abstimmung heute morgen in

(C)

(D)

(A) der Fraktion ergeben, das volle Vertrauen der SPD-Fraktion. Ich würde aber darum bitten, besonders die beiden großen Oppositionsparteien, daß sie ihr Verständnis von parlamentarischer Demokratie auch überprüfen und daran denken, meine Damen und Herren, daß wir vielleicht später, wenn Sie nicht mehr die Gelegenheit haben, an Sitzungen der BGL teilzunehmen, hier noch weiter gemeinsam arbeiten müssen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Meine Damen und Herren! Ich glaube, selten ist so etwas so aufschlußreich gewesen wie die Rede von Herrn Wedemeier, die wir eben gehört haben. In ihr ist angekündigt worden, daß die SPD das volle Vertrauen in ihren abgetakelten SPD-Präsidenten natürlich haben wird. Das ist es, was uns nicht überrascht, und das ist das, was eigentlich das Beklagenswerte hier ist.

Herr Wedemeier hat gesagt, die Zustände von Weimar sollten wir uns einmal vor Augen führen, wie diese letzten Endes in die unerfreulichen Zukunftsprognosen des Dritten Reiches geführt hätten. Ich möchte darauf vielleicht auch einmal eingehen, weil ich so bestimmte Anzeichen dazu hier auch sehe. Ich bin im Prinzip der Meinung, daß Weimar daran zugrunde gegangen ist, daß genau wie heute Illusionen ausgestreut wurden, die nachher nicht eingelöst werden konnten und wo nur noch Enttäuschungen und damit am Ende Frust stehen.

(B) Die SPD ist es doch, die eine Illusion nach der anderen austreut mit dem Hammerargument, wie es im „Spiegel“ dieser Woche steht: Arbeitsplätze! Eine Subvention nach der anderen wird in aussichtslose Betriebe und in marode Konzerne investiert mit den Groschen der Steuerzahler und damit auch der Arbeiter, die dann ihre eigenen Arbeitsplätze vernichten durch solche Rationalisierungs- und Sanierungsmaßnahmen. Diese Illusionen, die Sie hier ständig austreuen, werden in der Tat dazu führen, daß Sie eines schönen Tages nur noch mit dem Mittel des Rechtsbruchs operieren können, weil die Bevölkerung merkt, wozu es geht — und wir im Parlament haben das gestern erlebt.

Das müssen Sie sich einmal vor Augen halten! Bebauungspläne zugunsten von Konzernen, bei denen jedermann sieht, wie rechtswidrig und bevölkerungsbelastend sie sind, die ziehen Sie eisern und mit einer gewissen militärischen Disziplin durch. Selbst Gerichtsurteile, die feststellen, daß diese Bebauungspläne rechtswidrig sind, werden einfach von der Platte gewischt, und darauf werden Baugenehmigungen erteilt, nur um einem Konzern willfährig zu sein in jeder Weise! Wenn Sie so weitermachen — —.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Dinné, Sie haben hier eine Behauptung ausgesprochen, daß dieses Haus Entscheidungen treffe, die gegen gel-

tendes Recht oder gegen Entscheidungen der doch (C) in dieser Republik als dritter Kraft wirkenden Gerichte erfolgten. Das weise ich zurück! Das ist in diesem Haus noch nicht passiert!

(Beifall bei SPD und FDP)

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, erstens habe ich nicht gesagt, daß das Haus das gemacht hat, sondern die SPD, und das wird ja wohl nicht bestritten werden! Zweitens steht aufgrund eines Antrages, der uns zugegangen ist, ins Haus, daß ein solcher Rechtsbruch hier vom Parlament absegnet werden soll, wenn ich mir den dritten Absatz dieses Antrages zum Bebauungsplan Daimler-Benz richtig vor Augen führe. Ich würde Sie doch bitten, daß Sie dann, wenn Sie solche Eingriffe in die Redefreiheit machen, sich auch erst einmal genau überlegen, was Sie da eigentlich sagen wollen!

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß die Methoden, wie die SPD den Rechtsbruch, den sie ohne Zweifel anstößt und den man an allen Ecken und Enden sieht — Beschleunigungsnovellen und Ähnliches versuchen, die bestehende Rechtsordnung auszuhöhlen —, mit zwei flankierenden Angriffen, die wir auch in der Bürgerschaft hier über uns ergehen lassen müssen, absichert.

Einmal ist es da das Mittel der Diffamierung. Herr Wedemeier, wenn Sie von Beleidigungen hier reden — wir haben ja schon manches Sträußchen privater Art hier geführt —, eine Sache steht ja aber noch im Raum: daß wir krimineller Methoden bezichtigt worden sind! Ich meine jetzt nicht Herrn Adamietz, bei dem Sie sich entschuldigt haben, sondern Sie haben ja geschrieben, Sie haben die ganze Gruppe der Bremer Grünen Liste der Fälschung bezichtigt und das selbst auch kriminelle Methoden genannt. Bei uns haben Sie sich noch nicht entschuldigt!

(D) Sind das eigentlich keine Beleidigungen und Diffamierungen, mit denen Sie hier operieren unter dem Gesichtspunkt, da bleibt sicher auch etwas hängen, und den Burschen werden wir es schon zeigen? Wenn Sie meinen, Sie würden beleidigt, dann sollten Sie selbst sich erst einmal Ihre Parforceritte ansehen, die doch jedesmal wirklich ins Leere gehen und die doch zu nichts mehr beitragen, als daß die Bevölkerung draußen wirklich merkt, welche fieseren Methoden die SPD anwenden muß, um ihre manipulierte Mehrheit zu halten — Herr Adamietz hat das schon gesagt: bei 48 Prozent 52 Sitze von 100 Abgeordneten! —, wie Sie diese manipulierte Mehrheit hier halten müssen.

Ein anderes Mittel, das kennen wir in der politischen Auseinandersetzung außerhalb dieses Hauses schon lange, das ist aber heute auch als salonfähig eingeführt worden, ist das der Spaltung. In der Tat hat es gestern eine erste Aktion einer — man kann es so nennen — „vereinigten Opposition“ gegeben. Was machen Wedemeier und die SPD? Sie stellen sich hier hin und versuchen, die CDU und die FDP zu beleidigen, daß sie sich mit Grünen tatsächlich zu einem gemeinsamen Antrag mit gemein-

(A) samen Unterschriften zusammengerungen haben! Diese Spaltungsversuche, Herr Wedemeier, das ist auch eine Sache, die die Weimarer Republik ins Dritte Reich hineingeführt hat.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Man kann doch nur spalten, was schon zusammen ist!)

Wir haben uns doch oft genug in unserer gemeinsamen Vergangenheit über diese Zusammenhänge unterhalten. Das wissen Sie doch alles! Wenn Sie das hier systematisch und mit politischem Ziel verdrehen, dann, meine ich, sind Sie doch diejenigen — und das weiß die Bevölkerung ja ganz genau, siehe Berlin und den dortigen Fraktionsvorsitzenden mit dem Filz und allem, was daran hängt! —, das sieht man doch auch in der Bevölkerung, wer eigentlich den Abmarsch der bisherigen Demokratie in einen Polizeistaat oder in einen Staat, der jedenfalls Recht nicht mehr gelten lassen wird, organisiert.

Ihr Senatsdirektor im Bauwesen gibt doch auf Geheimkonferenzen — die allerdings so geheim auch nicht sind, daß wir davon nichts hören — die Parole aus: Der Rechtsstaat ist vorbei, hier muß mit anderen Mitteln operiert werden. Wenn wir zum Beispiel an die Besetzung des Wiener Hofes und ähnliche Sachen denken, das habe ich hier schon zu Protokoll gegeben, das wird gar nicht zur Kenntnis genommen, weil solche Sachen natürlich pflichtgemäß verdrängt werden müssen. Das sind die Indizien dafür, daß Sie die Totengräber dieses Rechtsstaates sind.

(B)

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Darum eine Schutzgemeinschaft!)

Warum denn eigentlich auch diese Krokodilstränen darüber, wenn Sie meinen, es sei jemand befangen und Sie haben dann keine Mehrheit? Dann sei es fair, wenn die übrigen mit diesem neudeutschen Ausdruck „Pairing“ dann darauf eingehen müßten.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Bei Befangtheit meine ich das nicht! Habe ich auch nie verlangt! — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Das hat er nicht verstanden!)

Der Witz ist doch: Warum sind Sie denn auch dauernd befangen? Sehen wir uns doch einmal die Geschäftsführer an, die da gestern befangen gewesen sind!

(Beifall bei der CDU)

Das sind doch all die Versorgungsposten, von denen wir dauernd im Zusammenhang mit dem Filz reden und mit der Überbezahlung von Abgeordneten! Die Leute bekommen ihre Ruhegehälter aus dem öffentlichen Dienst, sie bekommen ihre überhöhten Diäten und was nicht alles aus dem Parlament, und sie bekommen noch die von der SPD zugeschanzten Geschäftsführerposten in allen wichtigen staatlichen und halbstaatlichen Gesellschaften, so daß sie natürlich dauernd befangen sind! Sie fangen sich nach und nach in Ihren eigenen Schlingen! Siehe Berlin!

Da wird das immer deutlicher, das kommt hier genauso. (C)

Ich möchte jetzt noch einmal kurz zu dem Präsidenten übergehen, warum wir nun dieses Mißtrauensvotum hier gestellt haben. Ein Präsident, der die Rechte von oppositionellen Abgeordneten derart mit Füßen tritt, daß er nach draußen jeden Brief, der von seiner Partei an ihn geschrieben wird, mit denunziatorischen Eröffnungen beantwortet, von denen er nicht genau weiß, wie die Sachverhalte zustande gekommen sind — ich erinnere an die Briefe der abgewählten Beiratsprecherin Voigt oder auch die Presseerklärung über den SPD-Pressedienst an die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den disziplinarisch sicher noch zu ahndenden Methoden von bestimmten Karrierebeamten im Zusammenhang mit der wedemeierschen Beleidigung —, solche Sachen werden einfach hier hingenommen. Die laufen hier ab, mit einem solchen Präsidenten, dem man ja noch immer mehr zutrauen muß! Mit dem sollen wir uns abfinden? Ich glaube, das werden wir so schnell nicht tun.

Dann auch, was die Frage anbelangt, wie der Präsident zu bestimmten Auseinandersetzungen in der Debatte Stellung nimmt! Ich will einen Punkt, weil er auch so schön filzig ist und der Herr regierende Bürgermeister heute anwesend ist, noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen. Seinerzeit, als diese Gleichschaltungsstelle für die Frauen hier diskutiert wurde, habe ich mich erfreut, unseren obersten Tyrannen zu fragen, ob das vielleicht auch eine Stelle zur Versorgung verdienter Genossinnen sein könnte. (D)

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Dinné, ich habe einiges hingenommen, was hier eben gesagt worden ist, weil ich nicht will, daß heute morgen das Haus unbedingt emotionell aufgeladen wird. Erstens, zu der Feststellung, die Zusammensetzung dieses Hauses sei manipuliert, darf ich hier festhalten,

(Abg. Dinné [BGL]: Wie soll man das denn sonst nennen?)

die Zusammensetzung dieses Parlaments ist von Vertretern aller demokratischen Parteien, nämlich im Wahlausschuß, als legitim und rechtens festgestellt worden. Das gilt, dagegen ist nichts festgelegt worden.

Die zweite Bemerkung: Da Sie vorher den Präsidenten des Senats angesprochen haben und in Fortsetzung Ihres Beitrages vom Tyrannen sprachen,

(Abg. Adamietz [BGL]: Er doch nicht!)

weise ich hier die Behauptung des obersten Tyrannen zurück. Wenn Sie es anders gemeint haben, haben Sie die Möglichkeit, das richtigzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Abg. Dinné (BGL): Also, ich will noch einmal den Fall schildern. Da ging es um die Gleichschaltungs-

(A) stelle für die Frauen. Da habe ich mir die Frage herausgenommen, ob es sich bei dieser Stelle vielleicht um die Versorgungsstelle für eine verdiente Genossin handeln würde. Die Antwort von Herrn Koschnick war, das sei eine Flegelei. Daraufhin hat der Präsident nichts gesagt, obwohl in der Sache längst klar war, daß das so gelaufen ist.

Natürlich ist das eine reine Versorgungsstelle für verdiente Genossinnen, das ist doch sonnenklar, das weiß doch in Bremen jeder. Das steht jetzt auch schon in der Presse. Die SPD überlegt nur, wie sie am elegantesten und unbeflecktesten die Frau in diesen Versorgungsposten hineinbekommen kann, einen Versorgungsposten, der mindestens die Mittel abdecken würde, die für die Behinderten jetzt anscheinend zu fehlen scheinen.

(Beifall bei der BGL)

Aber da sieht man wieder einmal, daß nur Showbusiness gemacht wird, wo Leuten Sand in die Augen gestreut werden soll, und da, wo es tatsächlich sozialbedürftig wäre, wird natürlich nichts getan.

(Abg. Hede Lütjen [SPD]: Sie sollten sich einmal in Behandlung begeben wegen Ihrer Komplexe, die Sie haben!)

Wie bitte? Können Sie das vielleicht noch einmal wiederholen?

(Abg. Hede Lütjen [SPD]: Sie sollten sich einmal in Behandlung begeben wegen der Komplexe, die Sie haben! Anders kann man das nicht mehr erklären!)

(B)

Herr Präsident, was sagen Sie denn dazu?

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, diese Sachen, die hier ablaufen, bestätigen eigentlich nur noch für den äußeren Eindruck, daß zum Beispiel die Komplexe von Frau Lütjen befriedigt werden können, die ihren Höhepunkt dann darin finden, daß der Präsident mit einer ausgewählten Journalistentruppe und ausgewählten Karrierebeamten seines Hauses an die sonnigen Gestade Indonesiens fährt —

(Abg. Wedemeier [SPD]: Mit Herrn Dr. Cassens und Herrn Lahmann übrigens!)

ja, natürlich, ich sage ja: mit ausgewählten Damen und Herren, das ist klar, nicht? —, wo dann sicher die Wirtschaftsfragen nicht so dringend zum Zuge kommen, wie der Steuersäckel belastet würde.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Mit denen Sie gemeinsame Sache machen!)

Mit einem solchen Präsidenten wollen wir nichts mehr zu tun haben. Wir sind zwar sicher, daß die SPD wieder ihren Sturmhelm aufsetzen und sagen wird, wir lehnen den Mißtrauensantrag ab, das ist klar, aber, meine Damen und Herren, machen Sie sich einmal klar, daß auch die Bevölkerung sieht, wenn Sie Ihre Macht und Ihre sachlich völlig un-

gründeten politischen Machenschaften in dieser Stadt nur noch mit solchen Tricks und Mätzchen und fiesen Manipulationen durchbekommen, daß das eine Form, eine Abwanderung in den SED-Staat ist. Das möchte ich hier noch einmal sagen.

(Beifall bei der BGL — Widerspruch bei der SPD — Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Dinné, ich rüge diese Vergleichsmöglichkeit einer demokratischen Partei mit Maßnahmen der SED.

(Beifall bei der SPD)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL \*): Meine Damen und Herren! Das Schauspiel ist wirklich schon makaber. Vor kaum 20 Minuten, einer halben Stunde habe ich hier zitiert aus früheren Protokollen,

(Abg. Tepperwien [SPD]: Zitieren Sie doch einmal Herrn Dinné!)

die Vergleiche, die die Vorsitzenden der SPD-Fraktion mit anderen politischen Gruppen in diesem Hause anstellen, beispielsweise KPD, Weimarer Zeit, beispielsweise Nazis. Jetzt sagt Herr Dinné, er befürchte, die Politik, die die SPD mache, werde letzten Endes in einem sozialistischen Einheitsbrei à la SED enden, und da geht der Präsident hin und rügt das. Eben habe ich darauf hingewiesen, daß das damals nicht gerügt wurde, wenn die SPD-Fraktion uns das vorwerfen darf, wenn wir politische Vergleiche in viel harmloserer Form hier anbringen, dann stellt sich der Präsident da hin und rügt das.

Meine Damen und Herren, wenn ich sage Präsident, ist das in diesem Moment nur die funktionelle Bezeichnung, das ist ja der Vizepräsident, das ist ja der Herr DGB-Kreisvorsitzende Erwin Schmidt und Rundfunkratsvorsitzende.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Dinné, in diesem Hause besteht die Vereinbarung,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Adamietz!)

Herr Adamietz, auch in Abstimmung mit den Herren und der Dame der Bremer Grünen Liste, daß berufliche Funktionen in diesem Hause keine Rolle spielen und nicht erwähnt werden. Ich muß darum bitten, daß parlamentarische Gepflogenheiten, die von allen Abgeordneten dieses Hauses respektiert werden, auch von den Abgeordneten dieser Gruppe eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD — Abg. Willers [BGL]: Aber bitte auch von der SPD!)

Abg. Adamietz (BGL): Aber, Herr Vizepräsident, zum einen: Ich habe doch nicht Berufsbezeichnungen

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) hier benutzt. Zum anderen: Vereinbarungen, die uns daran hindern, Ihren Filz aufzudecken, werden wir nie in diesem Haus mitmachen, und jeder Abgeordnete der Opposition wäre schwachsinnig, wenn er so etwas mitmachen sollte!

Es geht doch nicht darum, Ihnen vorzuwerfen, ob Sie nun Schlosser oder Rechtsanwalt oder sonst etwas sind, sondern es geht darum, daß Sie überall in diesem Land Bremen, wo Sie die Macht haben, Institutionen, gesellschaftliche Institutionen besetzen. Bei Ihnen ist das nun ein Beispiel, Gewerkschaft und Rundfunkrat, bei anderen gibt es andere Beispiele, und da komme ich genau zu dem Thema, um das es hier nämlich geht, daß es nicht ein Zufall ist, wenn die SPD hier einmal eine Mehrheit nicht hat, wie das in dem Kommentar der „Bremer Nachrichten“ angeführt wurde und worauf Herr Wedemeier sich nun so eifrig gestützt hat.

Das muß man doch einmal genauer untersuchen. Nicht der Zufall war das, Herr Dinné hat das angedeutet, daß hier die Mehrheit nicht vorhanden war, sondern das ist die Tatsache, daß Abgeordnete der SPD befangen waren, weil sie einmal wiederum in Institutionen arbeiten, die hier durch staatliche Gelder finanziert werden oder mitfinanziert werden. Das ist doch der Hintergrund! Das ist nicht ein politischer Zufall, sondern eine politische Strategie der SPD, überall ihre Leute hinzusetzen beziehungsweise überall die Funktionäre zu ihren Bürger-schaftsabgeordneten zu machen.

(B)

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Gott sei Dank!)

Dieses Prinzip, das der SPD in diesem konkreten Fall die Mehrheit kostete, ist ein weiterer Punkt und ein weiterer Skandal,

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Wir haben Hochachtung vor Leuten, die sich engagieren!)

der durch das Wahlrecht hier noch verankert wird, daß nämlich gerade zum Beispiel in der Stadtbürgerschaft die SPD 48,7 Prozent der Wählerstimmen bekommen hat, sie hat 41 Sitze, also die absolute Mehrheit gleich 51,5 Prozent, also zwei Prozent mehr an Sitzen, als sie an Wählerstimmen bekommen hat. So regiert sie mit der absoluten Mehrheit, und dann noch sich beklagen, wenn sie ihre Funktionäre einmal hinausschicken muß und dadurch die Mehrheit verliert! Ich meine, das muß hier wirklich geißelt werden.

Was ich vorhin ansprach, als ich die Ordnungsrufe, die Zwischenrufe der SPD-Mitglieder hier gemeint habe, Herr Wedemeier, das war nicht, daß hier Zwischenrufe fallen. Ich finde, sie sind das Salz in der Suppe hier, die Würze in den Parlamentsdebatten, da liegt es mir fern, etwas dagegen zu sagen, auch wenn man sich einmal vergreift und sich dann entschuldigt, geht es in Ordnung. Der entschei-

dende Punkt ist nur der, wie verhält sich das Präsidium gegenüber solchen Zwischenrufen, parteiisch oder unparteiisch? Rügt das Präsidium gleichermaßen alle Abgeordneten, wenn etwas unter der Gürtellinie ist, oder trifft es immer wieder nur die Opposition und speziell uns? Genau dieses Schauspiel hat uns der Vizepräsident ja eben vorgeführt bei dem Beispiel SED.

Das meine ich, und der Vizepräsident ist derjenige, der sich nun mit dem Präsidenten, der angegriffen ist, weiter selbst ins Zwielficht bringt. Diese Funktion des Präsidiums gegenüber Zwischenrufen ist hier anzusprechen, nicht Zwischenrufe selbst. Ähnlich ist es mit Ihrem Argument — das ist doch wirklich beschämend, wie hier argumentiert wird! —, mit Ihrem Argument, heute morgen hätten wir ja auch zehn Minuten gewartet auf Bitten der CDU-Fraktion.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das macht ja auch nichts! — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: 15!)

Oder 15, sehr schön, Frau Leinemann! Die CDU-Fraktion hat darum gebeten, weil sie nämlich noch ihre Bremerhavener Abgeordneten informieren wollte.

Meine Damen und Herren, es ist unglaublich, wie hier objektive Tatsachen und Wahrheiten durch Herrn Wedemeier wieder einmal verdreht werden. Ich will das einmal durchaus in extenso hier ausführen. Herr Wedemeier sagt, gestern abend beschwert ihr euch, zehn Minuten warten zu müssen, heute morgen verlangt ihr auch zehn Minuten Wartezeit, da sieht man, wie doppelbödig eure Argumentation ist. So Herr Wedemeier! Zehn Minuten gleich zehn Minuten! 15 Minuten gleich 15 Minuten, die SPD meint, sie müsse das korrigieren!

Meine Damen und Herren, worum ging es denn gestern? Gestern, das ist auch in der Presse nicht deutlich genug geworden, war Hintergrund der ganzen Debatte ein Beschluß des ganzen Hauses, die Sitzung der Bürgerschaft um 20 Uhr zu beenden. Da war eine zeitliche Grenze. Das Spiel, um in meinem Bild von vorhin zu bleiben, war dann aus, und es ging ab 18.30 Uhr, als wir die kleine Pause machten, bis 20 Uhr, anderthalb Stunden lang, einzig und allein darum zu verhindern, daß der Tagesordnungspunkt Fahrdienst für die Schwerbehinderten begonnen wird, denn wenn er vor 20 Uhr begonnen worden wäre, dann hätten wir ihn auch abgeschlossen. Das war die Vereinbarung des Hauses!

(Beifall bei BGL, CDU und FDP)

Nur deshalb ging es der SPD darum, nicht nur zehn Minuten, sondern 90 Minuten lang die Sache zu verhindern, und deswegen ist es ein Zynismus, eine bodenlose Unverschämtheit zu sagen,

(Abg. Stichweh [SPD]: Lauter!)

(C)

(D)

(A) gestern habt ihr ja nun uns vorgeworfen, zehn Minuten warten zu müssen, heute sind wir so gnädig, und wir geben der CDU-Fraktion vor Beginn einer Sitzung, bevor überhaupt die Debatte begonnen hat, hier zehn Minuten Wartezeit, damit sie ihre Bremerhavener Abgeordneten informieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so kann man mit der Wahrheit umgehen, so kann man dasselbe Faktum, zehn Minuten und zehn Minuten, verschieden darstellen, verfälschen und dann wirklich hier deutlich machen, wie man mit solchen Verfälschungen Politik macht.

Meine Damen und Herren, um das noch einmal ganz klarzustellen, wenn die SPD keine Sperenzen gemacht hätte gestern, hätten wir 90 Minuten Zeit gehabt von 18.30 Uhr an. Der Präsident hatte die Sitzung bis 18.30 Uhr unterbrochen, dann sollte es weitergehen; weil wir seit 14.30 Uhr getagt hatten, hatten wir fünf Minuten Pause gemacht, bis 18.30 Uhr. Von 18.30 Uhr bis 20 Uhr standen uns 90 Minuten nur für den Tagesordnungspunkt Fahrdienst für die Schwerbehinderten zur Verfügung, denn dieses Haus hatte vorher beschlossen, daß dieser Tagesordnungspunkt vorgezogen werden sollte gegenüber allen anderen Tagesordnungspunkten, die in der Reihenfolge eigentlich davor standen. In den 90 Minuten hätten wir allemal den Problemen der Schwerbehinderten Rechnung tragen können, das würdigen können, was Sie auch hier einzubringen hatten. Sie haben ja die Fraktionen auch informiert mit Ihren Sorgen. Wir hätten einen Beschluß fassen können, und die Stadtbürgerschaft hätte das gewürdigt.

(B)

(Beifall bei BGL und FDP — Abg. Beckmeyer [SPD]: Sie sollten die Vorgänge in der Stadtbürgerschaft vielleicht etwas zurückdrängen!)

Meine Damen und Herren, das ist ja nicht das erste Mal, daß die SPD-Fraktion gerade bei solchen Tagesordnungspunkten, bei denen es um die sozial Benachteiligten geht, Schindluder mit diesen treibt. Es ist ein Hohn, wie gerade die SPD sich hier sozial gibt und immer dann, wenn es um solche Probleme geht, mit Geschäftsordnungstricks ihre Position durchsetzen will, die gegen diese Personen gerichtet ist. Ich darf doch nur einmal daran erinnern, wie war es denn damals mit den Obdachlosen? Dringlichkeitsantrag der FDP, wer geht dann dahin und lehnt die Dringlichkeit ab? Es war doch die SPD-Fraktion!

(Beifall bei BGL und FDP)

Ich meine, daß alle Leute, die von diesem Sozialstaat etwas erwarten, die sozial benachteiligt sind, diese Vorgänge einmal etwas aufmerksamer studieren sollten und sich überlegen sollten, von wem sie eigentlich hier soziale Vorteile erwarten, von der SPD-Fraktion können sie das sicherlich nicht.

Ich habe kräftige Worte gebraucht, zu den weiteren Argumenten von Herrn Wedemeier möchte ich eigentlich gar keine Wertung mehr ansprechen. Mir fehlen — ich habe das gestern schon einmal gesagt — da die Worte. Man muß sich das einmal vor Augen halten. Herr Wedemeier stellt sich hier hin und meint, er könnte den Vizepräsidenten Ehlers, der bekanntlich Abgeordneter der CDU-Fraktion ist, hier angreifen, weil der Vizepräsident Ehlers jüngst eine Geschäftsordnungsdebatte zugelassen hat

(C)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nein, nein, das ist falsch! — Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: Nein, so war das nicht!)

und in dieser Geschäftsordnungsdebatte längere Redebeiträge zugelassen hat.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sagen Sie ruhig die Wahrheit!)

Ja, Herr Wedemeier, ich sage die Wahrheit. Worum ging es denn da? Es ging darum, daß der Präsident Dr. Klink, der hier angegriffen ist, außerhalb jeder Tagesordnung und außerhalb jeglichen Antrages zur Geschäftsordnung dem Abgeordneten Wedemeier das Wort erteilt hatte und der Abgeordnete Wedemeier nicht zur Geschäftsordnung etwas zu sagen hatte, sozusagen zu erklären hatte und wie jedermann wohl hoffentlich weiß, wahrheitswidrig zu erklären hatte, ich hätte eine Senatsvorlage gefälscht, ich hätte eine kriminelle Handlung begangen. Das war die Funktion des sogenannten Geschäftsordnungsbeitrages von Herrn Wedemeier. In einer Sitzung später hat Herr Ehlers, pflichtgemäß, meine ich, eine Geschäftsordnungsdebatte genau zu diesen Punkten zugelassen und hat auch da Redebeiträge zugelassen, die möglicherweise auch die fünf Minuten Geschäftsordnungsredezeit überschritten,

(D)

(Abg. Kunick [SPD]: Möglicherweise! — Abg. Stichweh [SPD]: 20 Minuten und länger!)

um die Richtigstellung dieser beleidigenden Äußerungen hier zu ermöglichen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Herr Ehlers ist doch die gesamte Leitung aus der Hand gerutscht!)

Jetzt stellt sich Herr Wedemeier hin und greift dafür den Vizepräsidenten Ehlers an. Was heißt das denn im Klartext? Er möchte doch, daß eine solche Richtigstellung hier im Hause eben nicht in der angemessenen Form erfolgen kann.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Unsinn!)

Er möchte doch, daß seine Beleidigungen dann eher noch einmal kurz unter den Tisch fallen.

(Abg. Kunick [SPD]: Sie können auch kürzer reden, wenn Sie wollen!)

(A) Meine Damen und Herren, dazu fehlen mir die Worte.

(Abg. Jettka [SPD]: Gott sei Dank!)

Meine Damen und Herren, Präsident Dr. Klink hat anlässlich dieser Vorgänge auch einmal geäußert, niemand beschwere sich ja gegen die Ordnungsrufe, die er austeile. Ich möchte hier an dieser Stelle dazu nur ein Wort sagen. Wir zählen bekanntlich in der Tat zu denjenigen und ich vielleicht im speziellen, die am häufigsten hier Ordnungsrufe erhalten. Wir haben für uns die Vereinbarung getroffen, daß wir solche Ordnungsrufe nicht anfechten. Wir haben das Recht, eine Beschwerde an den Vorstand zu richten wegen dieser Ordnungsrufe, aber wir sehen diese Ordnungsrufe des Präsidenten seit Beginn hier in der Bürgerschaft als politisches Instrument uns gegenüber an.

Wir sehen nicht, und ich kann das im einzelnen an jedem Ordnungsruf nachweisen, daß es sich hier um rechtliche Entscheidungen handelt, zu denen man sozusagen eine zweite Instanz anruft, die auf einer Rechtsgrundlage entscheiden würde, sondern wir sehen nur, daß das politische Entscheidungen sind, und ich bin mir dazu zu schade, in einem Briefwechsel mich politisch mit dem Präsidenten über solche Ordnungsrufe anzulegen. Wenn er meint, er müßte das so erklären, dann soll er das tun. Das ist aber eine politische Angelegenheit, und ob das richtig ist, das muß dieses Haus insgesamt irgendwann einmal entscheiden, zum Beispiel anlässlich eines solchen Mißtrauensvotums. Daß wir das nicht anfechten, heißt also nicht, daß wir solche Ordnungsrufe als richtig akzeptieren.

(B) Meine Damen und Herren, ich möchte doch noch einen Punkt zum Schluß ansprechen, weil das hier so ein bißchen abgeschwächt wurde von Herrn Wedemeier durch den Versuch, nämlich die vereinigte Opposition, wie es heute hier angeklungen ist, hier nun auseinanderzuidividieren. Es geht gar nicht darum, daß die Opposition sozusagen vereinigt ist, und die könnte nun auseinanderdividiert werden, sondern sie ist sich einig in dem Punkt, daß der Präsident ihr Vertrauen nicht hat und daß eine Abstimmung, die Sie hier zugunsten dieses Präsidenten veranstalten, genau deutlich macht, dieser Präsident ist Ihr Präsident, er ist nicht der Präsident des ganzen Hauses. Der Präsident, der 1979 bei seiner Wahl, ich weiß nicht, 81 oder 84 Stimmen bekommen hat, also auch Stimmen aus den Reihen der Opposition, wird heute diese Stimmen nicht erhalten. Er wird nur noch ein Präsident der SPD-Fraktion sein.

(Abg. Jettka [SPD]: Woher wissen Sie das?)

Das ist das Faktum, um das es hier geht. Dieser Präsident, meine Damen und Herren, kann unser Vertrauen nicht haben, auch noch aus einem weiteren Grunde, den möchte ich hier doch noch einmal ansprechen. Der Präsident rückt durch seine Verhal-

(C) tensweise zunehmend auch die Verwaltung der Bürgerschaft in das Zwielficht. Ich möchte nur an den einen Vorgang erinnern, der hier Gegenstand war, als der Präsident erklärt hat, er habe einen internen Vermerk eines Verwaltungsmitarbeiters an den SPD-Pressedienst weitergegeben. Es handelt sich um den Vermerk, in dem dieser Mitarbeiter wahrheitswidrig, wie ich meine, in einem falschen Unterton mich beschuldigt, daß ich eben diese Handlung begangen hätte, von der Herr Wedemeier gesagt hat, sie sei eine Urkundenfälschung und eine kriminelle Handlung. Das war der ganze Ursprung dieser Erklärung von Herrn Wedemeier, dieser unwahren Behauptung. Der Präsident hat dann solche Vermerke angeblich, um nun mich zu rehabilitieren, der SPD-Fraktion weitergegeben, die nichts Eiligeres zu tun hatte, als das im SPD-Pressedienst zu veröffentlichen.

Meine Damen und Herren, wenn der Herr Präsident endlich seiner Pflicht damals nachgekommen wäre, einen Abgeordneten dieses Hauses gegen solche ungeheuren Diffamierungen in Schutz zu nehmen, dann hätte er doch diesem Abgeordneten einmal diesen Vermerk zur Kenntnis gegeben, damit er dazu Stellung nehmen kann, damit er diesen Vermerk richtigstellen kann, damit er notfalls auch disziplinarisch gegen den Urheber dieses Vermerks vorgehen kann, denn dieser Abgeordnete kann ja kein Vertrauen mehr in einen solchen Beamten haben, der an dieser Stelle sitzt, wenn er solche unwahren Vermerke anfertigt.

(D) Das hat der Präsident nicht gemacht, er hat nicht dem Abgeordneten die Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen, sondern er hat der SPD-Fraktion Gelegenheit gegeben, daraus eine Pressemitteilung zu machen. Das, meine Damen und Herren, ist das Verhalten des Präsidenten, und das rückt zunehmend die Verwaltung in das Zwielficht. Herr Dinné hat ein paar Beispiele angesprochen. Ich will das jetzt nicht hier weiter ausführen. Ich meine, daß das ein weiterer Grund sein muß, diesem Präsidenten deutlich zu machen, so geht es nicht.

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Stieringer.

Abg. Karin **Stieringer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kann bedauerlicherweise heute kein Tag des Triumphes für einen Abgeordneten der Oppositionsparteien sein, obwohl wir heute die besseren Karten in der Hand haben, wenn wir das Haus bitten, dem Präsidenten das Mißtrauen auszusprechen. Der Vorwurf, den ich dem Kollegen Dr. Klink machen möchte, ist der der Unsicherheit. Er war ganz besonders in dieser Legislaturperiode unsicher dort, wo Sicherheit angebracht gewesen wäre, und auch die Sitzung der — wie heißt das schreckliche Wort — vereinigten Oppo-

(A) sitionsparteien kann ihn nicht darüber hinwegtäuschen,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das hat aber Herr Klein geprägt!)

daß es vom Präsidenten besser gewesen wäre, das Verhalten einzelner Kollegen von Anfang an zu rügen, wie man das in einer großen Familie auch tun muß, sonst tanzen sie einem nachher alle auf der Nase herum. Das hätte er durchhalten müssen.

Ich zuckte eben zusammen, als der Vizepräsident bei den Ausführungen eines Kollegen sagte, bis dahin habe ich es Ihnen noch durchgehen lassen, bis hierher und nicht weiter. Das ist pädagogisch ein völlig untaugliches Mittel. Es hat überhaupt nichts durchzugehen. Jeder von uns hat sich zu verpflichten, die selbst gesetzten Regeln einzuhalten.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Glauben Sie, daß bei Dinné Pädagogik weiterhilft?)

Man kann es ja wenigstens versuchen.

Herr Kollege Dr. Klink, und nur Sie möchte ich ansprechen, alle politischen Arabesken, die hier heute geboten wurden, entsprachen nicht immer der Gewichtigkeit des Vorwurfs, den wir Ihnen einfach machen müssen. Es war Ihr unbändiger Wunsch, die Machtposition, die Sie innehatten, zu behalten. Für einen Politiker ist das verständlich, aber für einen Präsidenten, der für alle dasein soll, ist es nicht mehr verständlich. Sie wissen, daß um Sie herum vielfach die Konkurrenz in Äußerlichkeiten zum Präsidenten des Senats belächelt wurde. Ihr Auftreten wurde durch markige Stellungnahmen zwar immer wieder erhärtet, seht her, ich bin's. diesen Worten entsprach jedoch nicht Ihr Verhalten in der Bürgerschaft. Wie gesagt, bis gestern war es Unsicherheit.

Ich darf Sie nun noch einmal auf Artikel 83 der Landesverfassung hinweisen: „Die Mitglieder der Bürgerschaft sind Vertreter der ganzen bremischen Bevölkerung. Sie sind verpflichtet, die Gesetze zu beachten.“ Sie sind Mitglied der Bürgerschaft, aus ihrer Mitte sind Sie als Präsident bestimmt worden, und gestern haben Sie ein Gesetz verletzt. Es kann nicht zweifelhaft sein, und das müssen Sie gewußt haben, daß bei Beratung über einen Tagesordnungspunkt, bei dem offensichtlich zwei befangene Abgeordnete im Raum sind, nach der Geschäftsordnung und den Verhaltensregeln das eiserne Gesetz gilt, daß auch sie draußen sein müssen. Nirgendwo ist es je anders behauptet worden. Das hat nichts mit der Beratung der gesamten Tagesordnung zu tun, aber wenn ein Tagesordnungspunkt herausgegriffen wird, der eben das Problem dieser beiden Kollegen betrifft, dann hätten Sie eingreifen müssen.

Zu Recht ist es heute schon gesagt worden, Sie haben den Anschein der Parteilichkeit erweckt, und wir alle können wirklich aufgrund dieses gravierenden Fehlverhaltens kein Vertrauen zu Ihnen mehr

haben. Sie wissen, Sie haben jetzt die Stütze der SPD. Es ist doch völlig klar, daß die Sozialdemokraten Sie stützen, nachdem Sie ihnen gestern geholfen haben, das wäre ja nun auch wirklich nicht anders denkbar gewesen.

(Abg. Gisela Hüller [FDP]: Das wäre undankbar!)

Das wäre unfair, so könnte man es in etwa sagen, wenn es nicht so ernst wäre. Aber schließlich, Sie selbst sind ja noch Abgeordneter, und irgendwo möchte ich zwar nicht an Ihr Gewissen, aber an Ihre Verpflichtung gegenüber all den anderen Bürgern appellieren und Sie an Ihre Worte erinnern, die Sie bislang gebraucht haben, und ich möchte Sie sehr bitten, von sich aus Ihr Amt zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bedauere, auf Herrn Wedemeier noch ganz kurz erwidern zu müssen, auf seine Ablenkungsmanöver, so kann ich das eigentlich nur nennen. Er findet es ungewöhnlich, daß die drei Fraktionen der Opposition, ich schließe die Gruppe einmal ein, einen Antrag gemeinsam eingebracht haben.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das nicht, aber die gemeinsame Sitzung!)

Es ist, das räume ich gern ein, ungewöhnlich, daß die Oppositionsfraktionen einen solchen Antrag einbringen. Das habe ich zu Anfang meiner Begründung auch schon gesagt. Aber damit ist ja nicht sozusagen der Beginn einer neuen Oppositionsstrategie eingeleitet.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist richtig!)

So ist es ja nicht. Dies ist ein ganz besonders ernster Fall, der die Opposition gemeinschaftlich betrifft, er rechtfertigt aber nicht dieses Gerede von der vereinigten Opposition.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Klein war das!)

Sie reden ja auch nicht von einem vereinigten Parlament, wenn alle drei Fraktionen und womöglich die Gruppe einmal einen Antrag gemeinsam einbringen, wie wir das nachher zum Beispiel zu beraten haben. Das Gerede von der vereinigten Opposition im vorliegenden Fall ist einfach irreführend.

Es hat übrigens auch nicht, wenn Sie das interessiert, eine gemeinsame Fraktionssitzung gestern gegeben. Es war vielmehr so, daß die FDP-Fraktion in einer eigenen Fraktionssitzung diesen Antrag beraten und beschlossen hat; und ich habe dann, nach-

(C)

(D)

(A) dem wir diesen Antrag in unserer Fraktion beschlossen hatten, diese Entscheidung der Fraktion der CDU, die zusammen mit den grünen Abgeordneten in ihrem Fraktionsraum tagte,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Oh, das ist interessant!)

übermittelt und erläutert. Ich bin allein dorthin gegangen und habe erklärt, was wir bereits beschlossen hatten. Daraus ist dann ein gemeinsamer Antrag geworden; es gab also keine gemeinsame Fraktionssitzung mit der FDP.

(Abg. Wedemeier [SPD]: CDU und Grüne, das kann aber nicht sein!)

Aber, meine Herren, ich finde, das ist auch gar nicht so wichtig. Das Problem ist ein anderes — —.

(Unruhe — Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Meine Damen und Herren, bitte etwas mehr Ruhe!

Abg. **Lahmann** (FDP): Die FDP-Fraktion hat keine Berührungsangst, Herr Kollege Wedemeier, sondern wir stellen, wenn wir das für richtig und notwendig halten, natürlich Anträge auch mit anderen Fraktionen zusammen.

(Beifall bei FDP und BGL)

(B) Daraus können Sie nicht schließen, daß es eine Koalition in der Opposition gäbe. Es gibt sie nicht.

Zweiter Punkt: Wir machen uns auch nicht gemein mit allen Auffassungen, die die anderen Fraktionen in anderen Bereichen vertreten, auch nicht mit allen Bewertungen, die in dieser Debatte geäußert worden sind. Wenn zum Beispiel die Vertreter der Grünen Liste eine grundsätzliche Parlamentarismuskritik in der Absicht, womöglich dieses System in Mißkredit zu bringen, anbringen, dann ist das nicht unsere Sache. Wir sagen aber, die parlamentarischen Parteien sind aufgerufen, die Ursachen dieser Kritik zu beseitigen und nicht einfach sich darauf zu beschränken, diese Kritik zu beklagen. An die Ursachen müssen wir heran, und wenn die Kritik berechtigt ist, müssen wir sie annehmen und dieses System wieder arbeitsfähig machen. Das ist unser Problem, und darauf sollten wir uns konzentrieren!

(Beifall bei der FDP)

Der nächste Punkt betrifft das Argument des Kollegen Wedemeier von der Verfälschung des Wählerwillens! Deswegen habe die SPD-Fraktion sich gestern einschließlich des Präsidenten so verhalten müssen.

Erstens: Der Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen hat in seiner denkwürdigen Entscheidung vom 18. April 1977 zum Artikel 84 — das ist einschlägig — folgendes ausgeführt: „Es besteht kein Rechtsgrundsatz, daß die Mehrheitsverhältnisse im Parlament unverändert bleiben müssen. In der

verfassungsrechtlichen Praxis gibt es zahlreiche Fälle — zum Beispiel bei Übertritt eines Abgeordneten zu einer anderen Fraktion, Krankheit, anderweitiger Verhinderung von Abgeordneten an der Teilnahme der Parlamentsberatung und -entscheidung —, es gibt also zahlreiche Fälle, „in denen eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse vor allem bei numerischer Schwäche der Regierungspartei oder Regierungskoalition eintreten kann. Mögen derartige Verschiebungen auch als verfassungspolitisch unerwünscht beurteilt werden können, so liegt hierin kein Grund, der die Einzelausgestaltung der Uneigennützigkeit der Ausübung des Abgeordnetenmandats durch den bremischen Verfassungsgeber in Artikel 84 Bremische Landesverfassung aus verfassungsrechtlicher Sicht als im Widerspruch zu übergeordneten Rechtsgrundsätzen stehend erscheinen lassen könnte.“

(Abg. Willers [BGL]: Was heißt das auf deutsch?)

Das heißt, der Verfassungsgesetzgeber nimmt bewußt in Kauf, daß bei Verhinderung von Abgeordneten in einem Parlament die Mehrheitsverhältnisse sich verändern können mit der Folge, daß dieses Parlament autonom, wie es insgesamt ist, auch zu anderen, nämlich von der Mehrheitsfraktion abgelehnten Entscheidungen kommen kann. Das ist verfassungsrechtlich vollkommen in Ordnung.

(Beifall bei FDP und BGL)

Zweitens: Herr Kollege Wedemeier, ich würde sehr vorsichtig sein an Ihrer Stelle, wenn ich von Verfälschung des Wählerwillens rede, gerade im Zusammenhang mit diesem konkreten Fall. Wenn ich mich richtig erinnere, war die Fahrdienstregelung für Behinderte zu dem Zeitpunkt, als Sie 1979 in dieses Haus gewählt worden sind, eine andere, nämlich eine Regelung, die unserem Vorschlag wesentlich näher kam als dem Zustand, den Sie jetzt aufrechterhalten wollen, nachdem Sie ihn geändert haben.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie also in diesem Zusammenhang vom Wählerwillen reden, dann können Sie doch nur sagen: Die Wähler haben vermutlich 1979, soweit sie wieder sozialdemokratisch gewählt haben, gemeint, diese Regelung bei den Behinderten — darum ging es ja — soll aufrechterhalten werden. Dann haben Sie also, wenn Sie schon vom Wählerwillen reden, allenfalls diesen Auftrag bekommen.

Ich will nun gar nicht so weit gehen zu sagen, daß Sie dadurch Ihre Mehrheit erhalten hätten, die Mehrheit haben Sie eher durch Herrn d'Hondt wiedererlangt, denn wir wissen ja alle, daß Sie bei dieser Wahl nicht einmal die Hälfte der bremischen Wählerstimmen auf sich vereinigt haben.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(A) Sie tun aber so, obwohl Sie,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Denken Sie einmal an Bonn und Berlin, Herr Lahmann!)

Herr Kollege, nur eine hauchdünne Mehrheit kraft des Mandatsverteilungsverfahrens nach d'Hondt in diesem Hause erreicht haben, als könnten Sie mit den öffentlichen Dingen verfahren, wie Sie wollten, als brauchten Sie auf andere überhaupt nicht zu hören!

(Beifall bei der FDP)

Dabei hat die Hälfte der bremischen Bürger, etwas mehr als die Hälfte, nicht sozialdemokratisch gewählt. Wenn wir wie auch andere Fraktionen in diesem Hause unsere vor den Wahlen geäußerten politischen Ansichten durchzusetzen versuchen, auch in solchen Situationen, ja, glauben Sie denn, daß wir keinen Wählerauftrag dazu hätten? Glauben Sie denn nicht, daß wir nicht verpflichtet wären, auch solche Situationen dazu zu benutzen, unsere politischen Auffassungen in diesem Parlament durchzusetzen? Das ist unser Auftrag!

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Den Auftrag verstehen wir so, wir werden ihn auch weiter so verstehen! Herr Kollege, es geht mir wirklich über die Hutschnur, daß Sie dabei auf die Tränendrüsen drücken und sagen, wir nähmen keine Rücksicht auf familiäre Belange, die Abgeordnete veranlassen, einmal nicht anwesend zu sein. Meine Damen und Herren und lieber Herr Kollege Wedemeier, die SPD muß die Dünnhäutigkeit ihrer Mehrheit erkennen! Die SPD muß herunter von ihrer monopolistischen Politik! Die SPD muß mit den anderen politischen Kräften in diesem Hause reden und versuchen, in der Sache Übereinstimmung zu erzielen, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen!

(Beifall bei FDP und BGL)

Wenn Sie das tun, dann sind wir auch zu einem Entgegenkommen bereit, wie Sie es gestern, ohne sich in der Sache zu bewegen, erwartet haben. Ich kann nur sagen, steigen Sie herunter von Ihrem hohen Roß, dann wird das Parlament auch wieder vernünftig gemeinschaftlich arbeiten können! Das haben wir Ihnen gestern schon empfohlen.

(Beifall bei der FDP)

Letzter Punkt:

(Abg. Kunick [SPD]: Sie meinen doch zwei Sättel auf das Pferd!)

Meine Damen und Herren, wie auch immer nachher die Abstimmung hier ausgeht — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Zwei Senatsposten für die FDP!)

Ach, hören Sie doch auf mit dieser billigen Masche! Wissen Sie, wir machen unsere Politik aus der Opposition heraus, und Sie sehen ja, daß dies zunehmend wirkungsvoll ist. Vielleicht sollten Sie sich einmal Meinungsumfragen geben lassen, wie die Bürger inzwischen darüber denken!

(C)

Nun, meine Damen und Herren, was mir fehlt in dieser Debatte, ist, daß der Abgeordnete Klink sich noch äußert.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Wenn er das tut, kritisieren Sie das doch!)

Nein, das tue ich nicht! Im Gegenteil, ich fordere es ausdrücklich, damit gar kein Mißverständnis auftritt!

Es liegt zutage, meine Damen und Herren, daß drei Oppositionsfraktionen ihm das Mißtrauen aussprechen wollen. Wie die SPD-Fraktion sich verhält oder wie die einzelnen Abgeordneten sich verhalten, weiß ich nicht. Der Fraktionsvorstand hat mitgeteilt, die SPD wolle ihm das Vertrauen aussprechen. Gut! Aber auch die Tatsache, Herr Kollege Klink, daß drei Oppositionsfraktionen mit Ihrer Amtsführung nicht zufrieden sind und Ihnen deswegen das Mißtrauen ausdrücken wollen, ist ein politisches Faktum, zu dem Sie sich erklären müssen, und ich meine, es wäre notwendig, daß Sie das vor der Entscheidung dieses Hauses tun! Herr Präsident, die FDP-Fraktion erwartet Ihre Beurteilung der Situation!

(Beifall bei der FDP)

(D)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich stimme Herrn Kollegen Lahmann zu, Herr Kollege Wedemeier, Ihre Verteidigungsrede war nicht geeignet, unsere Begründung des interfraktionellen Mißtrauensantrags gegen Herrn Dr. Klink zu erschüttern. Ich konnte mich, Herr Kollege Wedemeier, eines Eindrucks der Kläglichkeit Ihrer Versuche nicht erwehren. Herr Kollege Wedemeier, Sie haben versucht, kleine Nebenkriegsschauplätze zu eröffnen und sind dabei sofort ins Schleudern gekommen. Sie hatten die Stirn, meine Berufung auf den journalistischen Zeugen Schlüter von Radio Bremen mit dem Appell an unsere Fraktion zu verbinden, wir sollten uns für Meinungsfreiheit bei Radio Bremen einsetzen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das wird auch Zeit!)

Sie hatten die Stirn, Herr Kollege Wedemeier, obgleich Sie ganz genau wissen, daß Sie den Intendanten ablösen wollten, nachdem Sie in einer knappen Entscheidung gegen unsere Stimmen mit Ihrem Vorschlag der Wahl eines Programmdirektors nicht durchgekommen sind! Da wollten Sie, weil der SPD nicht gelungen war, die Mehrheit zu erreichen in den entscheidenden Gremien, den Intendanten ablösen,

(A) der, obwohl er Ihr Mitglied ist, nicht Ihrer Meinung war.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Falsch dargestellt!)

Das verstehen Sie unter Meinungsfreiheit, und deswegen weise ich zurück, wenn ich hier einen Zeugen zitiere, der den Sachverhalt ordentlich und konzentriert schildert, daß wir in diesem Zusammenhang die Meinungsfreiheit bei Radio Bremen in irgendeiner Weise in Mißkredit brächten!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Den Zeugen wollte Neumann noch vor einem halben Jahr entlassen!)

Ich habe hier die Aussage dargestellt, und Sie hätten sich zur Aussage äußern sollen,

(Beifall bei der CDU)

und wenn Sie meinen, wir hätten etwas mit der Meinungsfreiheit bei Radio Bremen zu tun, dann ist das ein Nebenkriegsschauplatz, auf dem Sie ins Schleudern kommen, denn wenn Sie dort Ihre Mehrheit nicht durchsetzen, siehe den Angriff auf den Intendanten, dann greifen Sie zu machtpolitischen Mitteln, niemals aber besinnen Sie sich auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit!

(Beifall bei der CDU)

(B) Und der zweite Nebenkriegsschauplatz, noch winziger und noch schneller sind Sie eingebrochen, die Sache mit der gemeinsamen Fraktionssitzung! Ich habe nicht davon gesprochen. Sie müssen genau zuhören, ich habe genau unterschieden zwischen CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und der Gruppe der Bremer Grünen Liste, aber es ging um Regeln dieses Hauses, um Regeln demokratischen Parlamentarismus, die verletzt waren nach der gemeinsamen Überzeugung dieser Oppositionsgruppierungen. Selbstverständlich verlangen dann besondere Umstände wie Bruch dieser Regeln durch den Präsidenten auch besondere Maßnahmen,

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

nämlich eine interfraktionelle Beratung! Das lassen wir uns nicht in einer gespielten Arroganz in Mißkredit bringen! Wir nehmen das Recht für uns in Anspruch, wenn wir gemeinsam getroffen sind in einer Basisauffassung von parlamentarischer Demokratie, auch gemeinsam die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Nun zu dem einzigen Sachpunkt in Ihrer schwachen Verteidigungsrede, Herr Kollege Wedemeier! Sie haben uns unterstellt, wir wären bislang mit dem Herrn Präsidenten Dr. Klink zufrieden gewesen. Das ist der eigentliche Anlaß, weshalb ich mich noch einmal zu Wort gemeldet habe. Genau das stimmt ja nicht! Für uns ist doch das, was gestern sich er-

eignet hat, sozusagen die Krönung eines Sachverhalts, den wir schon seit Jahren kritisch behandeln. Ich will ein Beispiel nennen aus dem Jahre 1976.

Ich war selbst damals Zeuge als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses MBA. Da wurde aus SPD-Kreisen in Bremerhaven mein Freund und Ausschußkollege Wilhelms angegriffen. Es wurde ihm vorgeworfen, er habe vertrauliche Unterlagen veröffentlicht, vertrauliche Ausschußunterlagen.

(Zuruf des Abg. Beckmeyer [SPD])

Sie wissen ganz genau Bescheid, Herr Beckmeyer! Der Ausschuß erklärte einstimmig, die Sache sei erledigt. Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wurde eingestellt. Wir erfuhren von den Ermittlungen und haben dann den Herrn Präsidenten Dr. Klink gebeten — wir, die CDU-Fraktion —, uns mitzuteilen, wer die Ermittlungen denn genehmigt habe, denn wir hatten davon nichts erfahren, auch und gerade nicht im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß.

Nach sechs Wochen haben Sie eine Sitzung einberufen und uns drei Tage vorher mitgeteilt, Sie hätten die Genehmigung gegeben, Sie ganz allein, persönlich, ohne Rückkopplung mit irgendeinem Gremium! Das hat dann unser Vorsitzender in der Debatte am 10. 12. 1976 zum Anlaß genommen, Ihnen folgende Vorhaltungen zu machen. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Vizepräsidenten zitieren!

„Meine Damen und Herren, der Abgeordnete hat Rechte, er hat Pflichten, und der Bürgerschaftspräsident ist nicht nur Präsident einer Partei, sondern Präsident aller Abgeordneten. Herr Dr. Klink, Sie haben die Pflicht, dem Schutzbedürfnis aller Abgeordneten Rechnung zu tragen und nicht nur dem Schutzbedürfnis der Abgeordneten einer Partei. Ich gebe zu, daß Sie Ihre Aufgabe, was Repräsentationspflichten betrifft, sehr intensiv und gut für alle Abgeordneten wahrnehmen, aber, meine Damen und Herren, Herr Präsident Dr. Klink, während sonst alle Formalien und organisatorischen Kinkerlitzchen in ausführlicher Weise in den verschiedenen Gremien behandelt werden, obwohl Sie in der Tat darüber entscheiden könnten, Sie selbst, zum Beispiel wer wann wo Kaffee bekommt, Interfraktionelle Besprechung, Bürgerschaftsvorstand, haben Sie hier eigenmächtig entschieden, ausschließlich, wie ich meine, im Sinne Ihrer Partei.“

Unser Fraktionsvorsitzender fährt fort: „Das ist nicht das erste Mal,“ — hören Sie gut zu, Herr Kollege Wedemeier! — „daß dies passiert. Ich erinnere an die ungültige Senatswahl, an die Aufhebung der Immunität des CDU-Fraktionsvorsitzenden, an die Anwendung des Artikels 84 bei Ihren eigenen Genossen. Immer haben Sie mit Ihrer, zum Teil wegen Ihres Amtes doppelten Stimme eindeutig für Ihre Genossen entschieden und nicht im Sinne Ihres Amtes! — Beifall bei der CDU — In der letzten Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, wo Sie Ihre leichtfertige Entscheidung

(C)

(D)

(A) betreffend Wilhelms hätten korrigieren können, haben Sie bei einer Entscheidung von sechs zu sechs Stimmen mit Ihrer Stimme erneut bewiesen, daß Sie sich nicht als Präsident, wenn es hart auf hart kommt, für alle auffassen, sondern für meine Begriffe als ein sozialdemokratischer Mehrheitsmacher. So muß man das auffassen. — Erneuter Beifall bei der CDU.

Dem Ganzen wird die Krone aufgesetzt, wenn ich dann die öffentlichen Erklärungen des Präsidenten zu dieser Angelegenheit sehe. Da heißt es am 4. 12. 1976 in einer bremischen Tageszeitung: ‚Klink: Hätte ich die Ermächtigung nicht gegeben (zur Ermittlung), wäre das für die Zukunft vielleicht für andere eine Aufmunterung gewesen, mit vertraulichen Informationen ebenfalls leichtfertig umzugehen.‘ Und daraus wird Ihnen dann der Vorwurf gemacht, nicht hinreichend sich schützend vor die Kollegen zu stellen, die politisch auch manchmal unter der Gürtellinie angegriffen werden.

In diesem Falle haben Sie mit dem Untersuchungsausschuß nicht kooperiert, mit Ihren Gremien nicht kooperiert, nicht mit dem Vorstand, nicht mit dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß. Der Untersuchungsausschuß hatte die Sache einstimmig nach Vorlage einer eidesstattlichen Erklärung für erledigt erklärt, und Sie machen so etwas und begründen damit den Anschein der Parteilichkeit, wie Ihnen das mit Beifall meiner Fraktion 1976 hier in diesem Hause vorgehalten worden ist!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte die Liste fortsetzen. Ich will nur noch ein ganz gravierendes Beispiel hier erwähnen, das mir noch ganz frisch in Erinnerung ist. Natürlich sprechen hier die Kollegen Meinungen aus, die kontrovers sind, sie müssen ja kontrovers sein, aber man muß dafür eintreten, daß sie kontrovers ausgesprochen werden dürfen. Was ist denn passiert, als der Kollege Adamietz etwas für Sie Unangenehmes sagte? Er ist diskriminiert worden vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion, als kriminell bezeichnet worden, er ist der Urkundenfälschung bezichtigt worden, und was haben Sie gemacht, Herr Präsident Dr. Klink? Die Urkundenfälschung haben Sie überhört!

Ich kann Ihnen nicht beweisen, daß Sie das absichtlich überhört haben, ich stelle das nur fest. Diesen Vorwurf haben Sie überhört, und dann haben Sie erklärt, daß Sie ihn nur schützen, wenn sich herausstelle, daß die Vorwürfe unbegründet seien, und ich mußte nach vorn gehen und mußte Ihnen erklären, um Gottes willen, Herr Präsident, Sie müssen ihn schützen, so lange, bis er rechtskräftig wegen dieser Vorwürfe verurteilt ist!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Da hätten Sie der Öffentlichkeit klarmachen können, was Rechtsstaat ist, was Parlamentarismus ist, daß niemand durch einen Vorwurf inkriminiert werden kann, deswegen inhabil gemacht werden kann,

sondern daß das bei uns in diesem Rechtsstaat unter der Herrschaft der Verfassung, unseres Grundgesetzes, nur ein rechtskräftiges Gerichtsurteil machen kann, und solange dieses nicht erstritten ist, müssen Sie schützen, erst recht die Kollegen dieses Hauses, dafür sind Sie da!

(C)

(Erneuter Beifall bei CDU, FDP und BGL)

Sehen Sie, Herr Kollege Wedemeier, bei der Bedeutung dieser Sachen, die ich hier vortrage, in Ergänzung meiner Begründung heute morgen, ist Ihre Art, sich einzulassen, sicherlich nicht angemessen, nicht dem Ernst, dem Rang der Problematik entsprechend.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL — Abg. K u n i c k [SPD]: Besser als Neumann sind Sie auf jeden Fall, das will ich hier einmal sagen!)

Sie müssen einsehen, Herr Kollege Wedemeier, daß Sie bei dieser tiefsitzenden politischen Verunsicherung, von der Sie befallen sind, aus einer gewissen, ich will es einmal so bezeichnen, verzweifelten Lage heraus,

(Abg. K u n i c k [SPD]: Jetzt überziehen Sie, jetzt wird es rhetorisch schwach!)

dem Zwang der Machterhaltung, dazu neigen, dieses Parlament als Instrument Ihrer Machtpolitik zu mißbrauchen, und wenn Sie das tun, was wir natürlich parlamentarisch bekämpfen müssen, dann sind Sie erst recht dazu genötigt, den von Ihnen gestellten Präsidenten als den Hebel dieser Machtpolitik zu mißbrauchen, und das darf nicht sein im Interesse der Regeln des Parlamentarismus, denn ohne diese Regeln gäbe es keinen Parlamentarismus, und deswegen, Herr Präsident Dr. Klink, würden Sie dem Parlament, würden Sie Ihrem Amt einen großen, einen guten Dienst erweisen, wenn Sie nach diesem Votum der Opposition in diesem Hause Ihr Amt niederlegen würden. Es kommt nicht mehr auf eine Abstimmung an, Herr Präsident, Sie haben Ihr Amt politisch de facto bereits durch unser Votum verloren. — Ich darf mich bedanken!

(D)

(Anhaltender Beifall bei CDU, FDP und BGL — Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Sie reden richtig Unsinn, Herr Klein!)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Monnerjahn.

Abg. **Dr. Monnerjahn** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie einen Hinterbänkler vielleicht einige Sätze zum eigentlichen Beratungsgegenstand sagen! Herr Lahmann hat in seinem ersten Debattenbeitrag zu Recht darauf hingewiesen, daß der uns vorliegende Antrag einen fast einmaligen Vorgang in der deutschen Parlamentsgeschichte darstellt, und ich möchte ergänzen, in der angelsächsischen Parlamentsgeschichte, die ja eine sehr viel längere Tradition hat, undenkbar wäre.

(A) Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß auch das Niveau der Diskussion und der Argumentation der Bedeutung dieses Antrags angemessen sein sollte, und das bedeutet ferner, daß wir nicht aus dem Blickwinkel verlieren dürfen, daß der Präsident eines deutschen Landtags der Repräsentant eines obersten Verfassungsorgans ist und insbesondere, daß die in der Tat seit Jahren zu beobachtende Distanz der Bevölkerung gegenüber dem parlamentarischen System durch solche Anträge, wenn sie nicht wirklich unumgänglich sind und nicht wirklich mit äußerster Sorgfalt geprüft sind, noch mehr gefördert wird.

Was liegt nun dem eigentlichen Antrag an Begründung zugrunde? Die Begründung hat Herr Kollege Klein heute geliefert und Frau Kollegin Stieringer ergänzt. Es handelt sich um den Ablauf der Sitzung gestern nach der Unterbrechung der Bürgerschaftssitzung. Wir hatten eine Geschäftsordnungsdebatte, bevor der eigentliche Tagesordnungspunkt Fahrdienst für Schwerbehinderte aufgerufen war. Es stellte sich das Problem, ob zwei Mitglieder der SPD-Fraktion unter Berücksichtigung des Artikels 84 der Landesverfassung befangen waren oder nicht.

(B) Nach Artikel 84 beginnt die Befangenheit mit der Beratung des Tagesordnungspunktes. Der Tagesordnungspunkt, die Beratung, beginnt nach Paragraph 38 der Geschäftsordnung mit dem Aufruf der eigentlichen Sache. Die Sache selbst war aber noch nicht aufgerufen. Das bedeutet, daß eine eventuelle Besorgnis der Befangenheit noch gar nicht eingetreten war.

(Beifall bei der SPD)

Weiter ist in Artikel 84 unserer Landesverfassung vorgeschrieben — und zwar aus gutem Grund —, daß, wenn Mitglieder dieses Hauses die Frage aufwerfen, ob ein Abgeordneter unter den Artikel 84 fällt, also die Besorgnis der Befangenheit geltend machen wollen, unverzüglich eine Entscheidung des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft als Kollegialorgan herbeizuführen ist.

Der Vorstand der Bürgerschaft besteht bekanntlich nicht nur aus den drei Mitgliedern, die am jeweiligen Sitzungstage im Präsidium sitzen, sondern insgesamt aus sechs Mitgliedern. Daraus ergibt sich zwingend, daß — um eine Beratung und Beschlußfassung dieses Kollegialorgans herbeizuführen — der Präsident nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet war, die Sitzung zu unterbrechen, um eine ordnungsgemäße Beratung und Beschlußfassung zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD — Abg. L a h m a n n  
[FDP]: Hätte er doch vorher wissen können!)

Ich stelle damit fest, daß Herr Präsident Dr. Klink entsprechend Artikel 84 Absatz 4 der Verfassung

sich in diesem Fall absolut korrekt verhalten hat und sich nicht anders verhalten durfte. (C)

(Erneuter Beifall bei der SPD — Abg. D r .  
C a s s e n s [CDU]: Der Tagesordnungspunkt war doch vorher bekannt! — Abg.  
K u n i c k [SPD]: Verfassungskonform!)

Ich will es mir versagen, zu den übrigen Angriffen hier im einzelnen Stellung zu nehmen, weil das einfach nicht dem Niveau, das der Bürger an die Diskussion eines so wichtigen Tagesordnungspunktes stellen muß, angemessen wäre. Ich meine aber, daß es —

(Abg. K l e i n [CDU]: Sie machen sich das aber sehr einfach!)

nachdem ich das jetzt richtiggestellt habe — eine Geste des menschlichen Anstandes und vielleicht auch eine gewisse Größe wäre, wenn sich wenigstens ein Vertreter der Opposition entschließen könnte, zumindest insoweit die Vorwürfe gegenüber Herrn Präsidenten Dr. Klink zurückzunehmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat Herr Präsident Dr. Klink.

**Präsident Dr. Klink:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal: Warum habe ich mich jetzt erst zu Wort gemeldet? Ich meine, es entspricht dem Ernst dieses Tagesordnungspunktes, daß ich mir zuerst einmal anhöre, was Sie zu sagen haben, bevor ich mit meiner Meinung mich an dieses Haus wende. (D)

(Beifall bei der SPD)

Sie können von einem ausgehen: Ich habe mit großem Interesse, mit großem Ernst Ihre Ausführungen verfolgt, und sie haben mich nicht unbeeindruckt gelassen. Ich weiß, daß für denjenigen, der auf diesem Stuhl sitzt und dieses Amt zu führen hat, die Amtsführung in der Öffentlichkeit ein großes Interesse findet. Das ist gut so, entspricht der Stellung dieses Hauses und haben wir immer so gewollt, aber ich weiß auch, und ich glaube, wenn wir ehrlich sind, werden wir das zugeben müssen, wenn man vier unterschiedliche politische Gruppierungen hat in diesem Hause und man muß eine Entscheidung treffen, dann gibt es welche, die sind mit der Entscheidung zufrieden, und andere sind mit der Entscheidung nicht zufrieden.

Man kann oben im Stuhl nur mit dem subjektiven Bemühen arbeiten, objektiv gerecht gegen jedermann zu arbeiten, und glauben Sie mir bitte eines, diese Objektivität versuche ich herzustellen, das Gefühl, daß jedermann gerecht behandelt wird, ob er zur Regierungsfraktion oder zur Opposition gehört, und wenn man mir Rechnungen hier aufmacht, dann möchte ich einmal aufzeigen wollen, wo meine Fraktion mir diese Rechnung ebenfalls aufmachen kann!

(A) Ich glaube, wenn ich von allen Kritik bekomme, daß alle meinen, daß sie nicht immer gerecht behandelt werden, daß das wahrscheinlich ein Optimum an möglicher Gerechtigkeit ist.

(Abg. Heinrich Schumacher [CDU]:  
Nein, das ist ja gerade das Problem, Herr  
Präsident!)

Ich bitte, die Problematik, die Schwierigkeit, die Sensibilität dieses Amtes zu sehen, und vielleicht ist es gerade wegen dieser Schwierigkeit, daß normalerweise Fragen der Amtsführung mit ziemlicher Distanz im Parlament behandelt werden.

Ich weiß, daß nicht nur die Öffentlichkeit diese Amtsführung verfolgt, kritisch verfolgt, ich weiß auch, wenn Verstöße da sind, daß der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß das Organ ist, das eine Überprüfung vornehmen kann, der Staatsgerichtshof meine Amtsführung überprüfen kann, und ich bitte, Frau Stieringer, wenn man Vorwürfe erhebt — ich habe eine Auslegung, Sie haben eine Auslegung —, ich erwarte nicht, daß Sie immer meine Auslegung akzeptieren, aber ich bitte, mir nur eines abzunehmen: Wer auf diesem Stuhl sitzt und über einen Landtag zu präsidieren hat, der hat kein Interesse mehr, Parteipolitik zu machen, der hat nur noch ein einziges Interesse —

(Lachen bei CDU und BGL — Abg. Diné  
[BGL]: Das war zuviel!)

(B) sehen Sie, Sie haben noch nicht auf diesem Stuhl gesessen, um zu begreifen, um welche Dinge es da geht! —, der hat nur ein Interesse, daß eine ordentlich eingeladene Sitzung ordentlich über die Bühne geht und doch nicht, daß zusätzliche Schwierigkeiten gemacht werden!

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Die machen Sie sich doch selbst!)

Ich möchte auf die Einzelfragen jetzt nicht eingehen, insbesondere auf die, die in der Vergangenheit liegen, vielleicht nur auf die Fragen, die gestern eine Rolle spielten. Ich aus meiner Sicht empfinde es nicht als gut — ich will es einmal sehr neutral sagen —, daß ich gerügt werde dafür, daß gestern die Sitzung nach der Unterbrechung verzögert begonnen hat. Es ist richtig, die Unterbrechung sollte um 18.30 Uhr zu Ende sein, aber ich habe um 18.40 Uhr noch mit den Fraktionsvorsitzenden Neumann und Lahmann diese Fragen diskutiert,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Hört, hört!)

und da wurde nicht gesagt, daß eine sofortige Einberufung erfolgen sollte, sondern wir waren alle in Sorge, wie finden wir einen Weg, und dann stellt man sich hier hin und macht mir Vorwürfe, daß ich verzögert einberufe!

Zweitens: Man macht mir einen Vorwurf, daß ich unterbrochen habe. Wenn Zweifel kommen über die mögliche Befangenheit eines Abgeordneten,

(C) dann steht es in unserer Verfassung, dann ist es erst einmal die Pflicht eines jeden Abgeordneten, der so etwas von einem anderen weiß, mir sofort Bescheid zu geben, daß ich unterrichtet bin. In diesem Fall haben sich die beiden Abgeordneten selbst für befangen erklärt in der Sache. Jetzt kam der Punkt, jetzt wurde gesagt, in der Geschäftsordnungsdebatte wäre die Befangenheit ebenfalls gegeben. Dann ist es meine Pflicht, den Vorstand sofort einzuberufen. Das ist keine Entscheidung des Präsidenten, nach Artikel 84 der Landesverfassung ist das eine Entscheidung des Vorstandes, und das tat ich. Dafür werde ich auch kritisiert.

Meine Damen und Herren, jede Sache hat zwei Seiten, ich bitte, mir das Bemühen abzunehmen, daß ich mich um eine faire und gerechte Behandlung bemühen werde, daß ich jedermann Gerechtigkeit widerfahren lasse. Parteipolitik auf diesem Stuhl ist tödlich,

(Starker Beifall)

das sage ich Ihnen, weil ich es weiß, meine Damen und Herren.

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Dann ziehen Sie auch die Konsequenzen!)

Ich bitte Sie herzlich darum, es gibt ja viele Beispiele für Präsidenten, es gibt nur wenige Beispiele, was sich heute abgespielt hat. Zum Parlament gehört auch ein Stil, wir sind alle gemeinsam verantwortlich für ganz bestimmte Stilfragen, gerade weil demokratisches Arbeiten so empfindlich ist, sind Stilfragen besonders wichtig,

(Abg. Kudella [CDU]: Sehr wahr!)

und wir sollten uns an Stilfragen nicht versündigen. Wer sich an Stilfragen versündigt, versündigt sich an unserer Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*): Meine Damen und Herren! Zwei Punkte können so nicht im Raum stehen bleiben, wie sie jetzt geäußert wurden, weil sie darauf hinauslaufen, im Grunde den Oppositionsfraktionen zu bescheinigen, daß sie leichtfertig einen solchen außergewöhnlichen Schritt hier getan hätten. Das, glaube ich, muß zurückgewiesen werden.

Zum einen, und ich möchte nur diesen Punkt aufgreifen aus den Ausführungen von Herrn Dr. Klink, der Eindruck, der hier erweckt wird, ist der, daß man sagt, ich konnte ja gar nicht anders, es war ja alles sehr kompliziert, und ich habe ja mit euch noch zusammengestanden und — so habe ich es mir eben aufgeschrieben — diskutiert, wie finden wir einen Weg.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, genau das ist der Kernpunkt. Der Präsident macht sich Gedanken, wie finden wir einen Weg in der gestrigen Situation. Der Weg war klar vorgezeichnet. Der Weg war Eintritt in die Sachdebatte, Tagesordnungspunkt Fahrdienst für Schwerbehinderte. Wenn der Präsident sich die Frage vorlegt, wie finden wir einen Weg, dann meint er, wie finden wir einen Weg, um der SPD aus der Bredouille zu verhelfen,

(Abg. Jettka [SPD]: Das ist aber eine Unterstellung!)

um der SPD wiederum die Mehrheit zu sichern, die sie zu dem Zeitpunkt, 18.30 Uhr gestern abend, verloren hatte, denn zu dem Zeitpunkt war es so, daß wir zwei Abstimmungen über das Schulzentrum in Huchting hatten, die 40 zu 39 ausgegangen sind nach langer Debatte und nach mehrmaligem Auszählen, und es war klar, daß bei dem nächsten Tagesordnungspunkt über die Schwerbehinderten zwei Abgeordnete der SPD befangen waren, so daß die SPD dann nur noch 38 stimmberechtigte Abgeordnete hatte. Das, meine ich, war der Kernpunkt.

Der zweite Punkt, der auf dieser selben Linie liegt, muß ja auch noch einmal richtiggestellt werden, weil der Abgeordnete Dr. Monnerjahn auch durch rechtliche Argumentation so den Eindruck erweckt hatte, der Präsident habe gar nichts anderes tun können. Zum einen: In der von Herrn Lahmann schon angesprochenen Entscheidung des Staatsgerichtshofs wurde betont, ich zitiere: „Der bremische Verfassungsgeber hat den Rang des Grundsatzes der Uneigennützigkeit der Mandatsausübung gemessen am Grundgesetz und an den übrigen Landesverfassungen besonders hoch angesetzt und hat deshalb das Mitwirkungsverbot in Artikel 84 Bremische Landesverfassung aufgenommen.“

(B) Es wird dann weiter hier näher ausgeführt, ich zitiere: „Die Möglichkeit einer Interessenkollision, die durch Artikel 84 Bremische Landesverfassung ausgeschlossen werden soll, kann sich, wie Spitta zutreffend herausgestellt hat, in Stadtstaaten häufiger ergeben als im Bundestag und in den Landtagen der übrigen Länder. Deshalb hatte der bremische Verfassungsgeber ein besonderes Interesse daran,“ — jetzt kommt ein Zitat des Bundesverfassungsgerichts, eine Entscheidung im Band 38 — „deshalb hatte der bremische Verfassungsgeber ein besonderes Interesse daran, die Gefahr von Entscheidungskonflikten und daraus möglicherweise resultierender Verfilzungen abzuwehren und die Einhaltung des Mitwirkungsverbots in krassen Fällen des Zuwiderhandelns durch die Möglichkeit des Ausschlusses zu sichern, und zwar durch Entscheidung des Vorstandes der Bürgerschaft und damit im Ergebnis durch das Parlament selbst kraft seiner Autonomie und Selbstkontrolle.“

Meine Damen und Herren, die Oppositionsfraktionen waren sich einig, daß eine solche Gefahr der Verfilzung vorliegt, wenn die befangenen Abgeord-

neten auch in die Geschäftsordnungsdebatte eingreifen, und allein darum geht es hier. Der Vorstand hat diesen Beschluß gefaßt genau im Hinblick auf eine Teilnahme dieser Abgeordneten an Geschäftsordnungsdebatten, die ausschließlich zum Ziel hatten, die Sachdebatte zu verhindern. Am Schluß der gestrigen Stadtbürgerschaftssitzung, und das, glaube ich, muß man doch hier noch einmal in Erinnerung rufen, hat der Abgeordnete Wedemeier in der Tat die Stirn gehabt, hier einen Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen gegen alle Anträge der Opposition, so lange fortzufahren, bis der Tagesordnungspunkt Schwerbehinderte wenigstens abgehandelt ist. Ein Antrag auf Schluß der Debatte, bei dem dann diese befangenen Abgeordneten genau mitstimmten! Wenn man das nicht als Verfilzung im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kennzeichnet, dann weiß ich nicht, was Verfilzung sein soll!

(Beifall bei BGL, CDU und FDP)

Man kann deswegen mit einer solchen rechtlichen Argumentation nicht füglich hier erklären, der Präsident habe sich ordnungsgemäß verhalten, denn er habe es nicht anders gekonnt. Wir haben eineinhalb Stunden Zeit gehabt. Es war eine Problematik, die vorher bekannt war. Das hätte in fünf Minuten, wenn überhaupt, erledigt sein können. Wir hätten dann in der Sachdebatte das abhandeln können. Ich glaube, daß dieser Vorgang uns in der Stadtbürgerschaft zu denken geben sollte, dann vielleicht, egal, wie die Sache jetzt ausgeht, einen eigenen Vorstand für die Stadtbürgerschaft zu wählen.

Ich darf einmal daran erinnern, daß wir vier Abgeordnete der SPD im Vorstand haben und zwei Abgeordnete der CDU nach dem unglückseligen d'Hondt in den Mehrheitsverhältnissen, keinen der FDP, keinen der Grünen Liste, das heißt, zwei Gruppierungen hier im Parlament sind überhaupt vom Vorstand ausgeschlossen. Die Entscheidung gestern über diese Frage der Befangenheit in der Geschäftsordnungsdebatte haben drei SPD-Abgeordnete und ein CDU-Abgeordneter, sozusagen als Rumpfvorstand, fällen müssen.

Ich meine, wenn die Stadtbürgerschaft einen korrekten eigenen Vorstand hätte, dann sähen die Mehrheitsverhältnisse nämlich auch anders aus. Dann würde es nämlich, wie das d'Hondt entspricht, so aussehen, daß die SPD nur drei Mitglieder dieses Vorstandes stellt, die CDU ebenfalls wiederum zwei und die FDP noch ein Mitglied, und dann würden solche unglückseligen Entscheidungen, wie sie da unter Führung des Präsidenten getroffen wurden, sicherlich ausgeschlossen sein.

Ich meine, daß am Schluß noch einmal ein Zitat aus einem Zeitungsartikel von heute, aus einem Kommentar des „Weser-Kurier“ stehen sollte, um deutlich zu machen, daß hier verfahrensmäßiges Fehlverhalten dazu gedient hat, politische Entscheidungen durchzusetzen. Deshalb haben wir Miß-

(C)

(D)

(A) trauen. Ich zitiere: „Nur, letztlich ging es auch um die Behinderten, die zahlreich zur Sitzung in ihren Rollstühlen erschienen waren, und es grenzt schon an Zynismus, diesen Menschen die Fahrtkosten aus der SPD-Fraktionskasse bezahlen zu wollen, damit sie auch zur nächsten das Thema behandelnden Sitzung wiederkommen können, eine Sitzung, die voraussichtlich die von der Opposition geforderte Verbesserung der Behindertensituation endgültig begraben wird, natürlich mit den Stimmen der SPD.“

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt einmal die Vertreter vom Fernsehen und auch die Beauftragten der Fraktionen bitten, bei den Abstimmungen nicht zwischen den Reihen umherzulaufen, das erschwert uns hier die Auszählung!

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag, Drucksache 10/437, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

(B) (Präsident Dr. Klink)

Ich stelle fest, für den Antrag haben gestimmt 46 Abgeordnete, gegen den Antrag haben 50 Abgeordnete gestimmt, eine Enthaltung. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Damit ist die Beratung des Antrags außerhalb der Tagesordnung abgeschlossen.

Die weiteren Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen.

#### I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland  
Mitteilung des Senats vom 2. Februar 1981  
(Drucksache 10/423)
2. Freigabe der Planungsmittel für die Hochschule Bremerhaven  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 12. Februar 1981  
(Drucksache 10/427)
3. Verbesserung der Rechtsstellung der Ausländer  
Antrag der Fraktion der SPD  
vom 17. Februar 1981  
(Drucksache 10/435)
4. Sammlung von Rechtsvorschriften für Ausländer im Lande Bremen  
Antrag der Fraktion der SPD  
vom 17. Februar 1981  
(Drucksache 10/436)

Die Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

#### II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung (C)

1. Frauen in leitenden Positionen im öffentlichen Dienst im Land und in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 18. September 1980  
(Drucksache 10/416)

Dazu

Antwort des Senats (zu Ziff. 8 und 9)  
vom 26. Januar 1981

2. Nichtanwendung von Urteilen des Bundesfinanzhofes

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 8. Januar 1981  
(Drucksache 10/415)

Dazu

Antwort des Senats  
vom 26. Januar 1981

3. Einhaltung der Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes beim Verkauf von Alkohol in Gaststätten und sonstigen Verkaufsstellen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs bei Jugendlichen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 9. Januar 1981  
(Drucksache 10/424)

Dazu

Antwort des Senats  
vom 9. Februar 1981

4. Datenschutz für das Forschungsprojekt „Verhaltensweisen Jugendlicher“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Universität Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 29. Januar 1981  
(Drucksache 10/425)

Dazu

Antwort des Senats  
vom 9. Februar 1981

5. Konsequenzen aus dem Ausbau des Rechenzentrums der bremischen Verwaltung

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 4. Februar 1981  
(Drucksache 10/431)

Dazu

Antwort des Senats  
vom 16. Februar 1981

6. Realisierung der Empfehlungen des Rates von Sachverständigen für Umweltschutz

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 6. Februar 1981

7. Schuldienst bremischer Lehrer an Schulen der Bundesrepublik im Ausland

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 10. Februar 1981

#### III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben des Mitglieds des Deutschen Bundestages Ernst Waltemathe sowie Schreiben des Mitglieds des Europäischen Parlaments Dr. Ernst Müller-Hermann zur Verklappung von Klärschlamm und Einleitung von Dünnsäure sowie dem Verbrennen von hochgiftigem Chemiemüll in den Gewässern der EG.
2. Schreiben der Stadtverordnetenvorsteherin der Seestadt Bremerhaven, Frau Mathilde Lehmann, zum Ausbau der Hochschule in Bremerhaven.

(D)

- (A)
3. Schreiben des Vorsitzenden des Wissenschaftsrates mit einer Stellungnahme zu den Perspektiven des weiteren Hochschulbaus.
  4. Schreiben des Senators für Wirtschaft und Außenhandel, Herrn Karl Willms, zum Ergebnis des Besuchs einer norwegischen Delegation in Bremerhaven.
  5. Schreiben der Universität Bremen mit einer Erklärung zum Therapieprojekt „Hohehorst“.
- Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, die Punkte 5 — Ausländische Arbeitnehmer —, 6 — Polizeigesetz —, 9 — 10. Bildungsjahr — und 11 — Wohnungsbau — von der Tagesordnung abzusetzen und auf die Tagesordnung der März-Sitzung zu bringen.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ferner wurde interfraktionell vereinbart, die Punkte 3 und 4 — Verfassungsschutz — sowie 14 und 15 — Petitionsberichte — jeweils in der Beratung zu verbinden.

- (B) Wer mit der Verbindung dieser Tagesordnungspunkte einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nimmt unter anderen eine Gruppe Spätaussiedler als Zuhörer teil. Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

## Fragestunde

(C)

Im Rahmen der Fragestunde sind acht Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit der **Weserquerung bei Dedesdorf**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Koring, Beckmeyer und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

**Abg. Dr. Koring (SPD):** Wir fragen den Senat:

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Bundestagsabgeordnete Dr. W. von Geldern erfahren haben will, Bundesverkehrsminister Volker Hauff beabsichtige, die Weserquerung bei Dedesdorf in die angeblich von der Bundesregierung beabsichtigten Streichungen im Straßenbau einbeziehen zu lassen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Meyer.

**Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Für die Weserquerung bei Dedesdorf zwischen der B 212 und der A 27 ist durch einen Textaufdruck auf dem Bedarfsplan ein Ausbaubedarf festgestellt. Dieser Plan ist als Anlage dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 beigefügt.

Die Maßnahme ist jedoch nicht in eine Dringlichkeit eingestuft. Vielmehr soll eine bis zum 31. 12. 1982 abzuschließende Untersuchung darüber Aufschluß geben, inwieweit die bisherigen Autobahnplanungen oder Alternativplanungen, vor allem der Ausbau des vorhandenen Straßennetzes, in den Bedarfsplan aufgenommen werden können. Die Dringlichkeit soll dann im Rahmen der Fortschreibung des Bedarfsplans 1985 festgelegt werden.

Entsprechende Untersuchungen sind eingeleitet. Nach Auskunft des Bundesverkehrsministeriums ist diese Sachlage unverändert.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Dr. Koring!

**Abg. Dr. Koring (SPD):** Herr Senator, gehen Sie mit mir darin einig, daß man Ihre Antwort dahin werten kann, daß jemand ein Entlein in den Pressewald watscheln ließ?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Meyer:** Herr Abgeordneter, mir steht es selbstverständlich nicht zu, Äußerungen von Abgeordneten zu kritisieren und zu werten. Es ist allerdings in der Tat sicherlich angebracht, und zwar tunlichst angebracht, daß sich gerade Abgeordnete unserer Region gemeinsam darum bemühen sollten, wenn es darum geht, Infrastrukturverbesserungen

(D)

(A) für unseren Raum zu sichern, und nicht dazu beitragen sollten, an die Öffentlichkeit Meldungen, die zu einer Verunsicherung führen, zu geben. Insofern ist also eine solche Äußerung meines Erachtens für unsere Gesamtregion nicht unbedingt positiv zu werten.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die erste Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Meyer.

Die zweite Anfrage befaßt sich mit dem **Ausbau der Hochschule Bremerhaven**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Ravens, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Ravens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Ist der Senat bereit, unverzüglich die notwendigen Planungsmittel für den weiteren Ausbau der Hochschule Bremerhaven 1981 bereitzustellen?

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator Franke, bitte sehr!

**Senator für Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Planungsmittel für den weiteren Ausbau der Hochschule Bremerhaven sind als Haushaltsreste vorhanden. Der Senator für Wissenschaft und Kunst wird die Freigabe im erforderlichen Umfang betreiben, sobald abschließend das Planungsvorhaben unter Berücksichtigung der veränderten Bedingungen näher definiert werden kann. Umfang und Gestalt des Planungsvorhabens hängen in erster Linie von der Höhe der Investitionsmittel ab, die für den Ausbau der Hochschule Bremerhaven vom Land und gegebenenfalls von der Seestadt Bremerhaven bereitgestellt werden können.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Ravens!

Abg. **Ravens** (CDU): Herr Senator, ist absehbar, wann das soweit sein wird?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Ich glaube, daß wir unmittelbar vor solchen Anträgen stehen. Die Mittel, die das Land zur Verfügung stellt, sind bekannt, und — jetzt muß ich ganz vorsichtig formulieren — es könnte sein, daß auch sehr schnell erkennbar wird, welche weiteren Mittel da hinzugefügt werden könnten.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die zweite Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke.

Die dritte Anfrage steht unter dem Betreff „**Beleidigung von Polizisten**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Borttscheller, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Borttscheller, die Anfrage vorzutragen! (C)

Abg. **Borttscheller** (CDU): Wir fragen den Senat:

Teilt der Senat die Auffassung der Staatsanwaltschaft Bremen, daß im Falle der Beleidigung eines Polizeibeamten im Dienst als „Scheißbulle“ ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung nicht gegeben ist und der Beamte auf den privaten Klageweg mit persönlichem Kostenrisiko zu verweisen ist?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Kahrs.

**Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage für den Senat wie folgt:

Die in der Frage wiedergegebene Auffassung ist weder diejenige der Staatsanwaltschaft noch die des Senats. In der Praxis der Staatsanwaltschaft wird vielmehr entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wie folgt verfahren:

Straftaten der in der Frage genannten Art werden grundsätzlich verfolgt, sofern der Verletzte oder sein Dienstvorgesetzter Strafantrag stellt. In Fällen, in denen der Dienstvorgesetzte auf Anfrage ausdrücklich darauf verzichtet, einen Strafantrag zu stellen, ist gelegentlich mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts wegen Geringfügigkeit von der Verfolgung abgesehen worden. In geeigneten Fällen ist ferner von der Verfolgung abgesehen worden, wenn die in der Frage genannte Straftat neben anderen, dem Beschuldigten gleichzeitig zur Last gelegten Straftaten nicht beträchtlich ins Gewicht fiel. (D)

Angesichts der Fülle der zur Anzeige gelangenden Sachverhalte war es nicht möglich, ohne nähere Kennzeichnung den von den Fragestellern ins Auge gefaßten Fall aufzufinden. Der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug ist jedoch bereit, den Einzelfall nach näherer Kennzeichnung durch die Fragesteller gesondert zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung in der Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug zu erörtern.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Borttscheller!

Abg. **Borttscheller** (CDU): Dann darf ich dazu die Frage stellen, Herr Senator: Ist Ihnen die Veröffentlichung im Blatt der Gewerkschaft der Polizei vom Februar dieses Jahres bekannt, in dem dieser konkrete Fall angesprochen worden ist und in dem der Sachverhalt offensichtlich so geschildert worden ist, daß hier bei einer Ordnungswidrigkeit, die verfolgt worden ist, es zu dieser Beleidigung gekommen ist und gleichwohl das Verfahren mangels öffentlichen Interesses eingestellt worden ist?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Ich kann nicht feststellen, ob der Fall identisch ist mit dem, den Sie schildern, Herr

(A) Borttscheller, der Fall, der hier in der Zeitung, die Sie wohl meinen, „Deutsche Polizei“ veröffentlicht worden ist.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Ja, in dem Fall ist ja auch konkret das Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft genannt worden!)

Ich habe diesen Fall erst heute morgen zur Kenntnis bekommen.

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Borttscheller (CDU): Würden Sie der Bitte dann nachkommen zu überprüfen, ob auch hier im vorliegenden Fall so verfahren worden ist, wie Sie die Auffassung des Senats geschildert haben?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Ich gehe davon aus, daß den von mir aufgeführten Grundsätzen entsprechend verfahren worden ist, auch in diesem Fall, werde das aber nachprüfen und Ihnen in der Deputation darüber Erklärungen abgeben.

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Stieringer!

Abg. Karin Stieringer (CDU): Herr Senator, nun hätte ich doch gern von Ihnen gewußt: Teilen Sie die Auffassung der Staatsanwaltschaft und der Gerichte in anderen Bundesländern, die in den Fällen, wo es wirklich nur um die Bezeichnung „Bulle“ während der Dienstausbung ging, hier ging es immerhin während der Dienstausbung um den Ausdruck „Scheißbulle“, daß diese Beleidigung es rechtfertigt, ein öffentliches Verfahren durchzuführen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Die Praxis der bremischen Gerichte und Staatsanwaltschaften habe ich Ihnen dargestellt.

(Abg. Karin Stieringer [CDU]: Ich habe Sie gefragt, Herr Senator!)

Das ist mir klar, Frau Stieringer, daß Sie mich gefragt haben! Ich möchte meine eigene Entscheidung nicht an die Stelle der zur Entscheidung angerufenen Gerichte setzen, aber ich persönlich bin der Auffassung, daß der Begriff „Scheißbulle“ so zu behandeln ist, wie ich Ihnen geschildert habe, und daß der Begriff „Bulle“, wie er manchmal gebraucht wird, von der Situation her beurteilt werden muß. Das ist sicherlich differenziert zu sehen, je nachdem, wer diesen Ausdruck gebraucht, in welchem Zusammenhang und in welcher Situation.

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Karin Stieringer (CDU): Herr Senator, würden Sie sich angesichts der Tatsache, daß die durch

die öffentliche Bekanntgabe dieses Verweises auf den Privatklageweg aufgekommene Beunruhigung es rechtfertigen würde, etwas rasch um die Aufklärung bemühen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Frau Stieringer, ob eine öffentliche Beunruhigung eingetreten ist, vermag ich nicht zu beurteilen, aber ich habe Herrn Borttscheller zugesagt, daß ich den Fall aufklären werde, zumal heute morgen das Aktenzeichen dieses Falles bekanntgeworden ist, und daß ich in der nächsten Deputationssitzung, noch im Februar also, der Deputation darüber Bericht geben werde, unter welchen Umständen diese Einstellung zustande gekommen ist, und meine eigene Beurteilung werde ich selbstverständlich hinzufügen.

**Präsident Dr. Klink:** Zu einer Zusatzfrage Herr Dr. Cassens!

Abg. Dr. Cassens (CDU): Herr Senator, ich habe doch noch eine Frage an Sie! Ich möchte gern wissen, ob in Zukunft, wenn Polizeibeamte also auch wieder mit derartigen Beschimpfungen rechnen müssen, es deren Privatsache ist, sich zu wehren, oder aber ob sie in diesen Fällen auch der Unterstützung des Senats sicher sein können!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Kahrs:** Ich gehe davon aus, Herr Dr. Cassens, daß der Innensenator den jeweiligen Polizeibeamten natürlich seine Unterstützung vermitteln und leihen wird.

(Abg. Klein [CDU]: Die Justiz!)

Nein, zunächst einmal kommt es darauf an, ob Strafantrag gestellt wird, Herr Klein. Das war der Ausgangspunkt.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Der zweite Punkt ist die Staatsanwaltschaft! — Abg.

Klein [CDU]: Man kann das Ermittlungsverfahren aber auch zur Anklage erheben!)

Ja, gut, zunächst einmal ist es die Frage des Innenensors, und dessen Position ist völlig klar, und die Position der Staatsanwaltschaft, die auch die meine ist, habe ich — im übrigen auch die des Senats — Ihnen dargelegt.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die dritte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Kahrs.

Die vierte Anfrage bezieht sich auf den **Datenschutz im Krankenhaus**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Marianne Hänecke, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Abgeordnete Frau Hänecke, die Anfrage vorzutragen!

(C)

(B)

(D)

(A) Abg. Marianne Hänecke (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat Bedenken des Landesbeauftragten für den Datenschutz, die die Regelung der Registrierung von Telefongesprächen in Krankenhäusern betreffen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Bisher wird von einigen Krankenhäusern für Patienten mit der Wahlleistung „Telefon“ bei Ferngesprächen auch die Telefonnummer des angewählten Anschlusses als Berechnungsnachweis erfaßt. Wohl gemerkt die Nummer, nicht das Gespräch! Die erfaßten Daten werden von der Rechnungsabteilung bis zur Bezahlung der Gebührenrechnung unter Verschluss aufbewahrt und anschließend vernichtet.

Für die Kliniken der Freien Hansestadt Bremen habe ich veranlaßt, daß die Telefonnummer des angewählten Gesprächsteilnehmers in Zukunft nicht mehr in die Rechnungsabteilung weitergegeben wird, sondern nach Herstellung der Verbindung von dem Mitarbeiter in der Telefonzentrale vernichtet wird. Soweit die Patientenferngespräche von Hand vermittelt werden, muß allerdings nach wie vor die von der Zentrale anzuwählende Telefonnummer auch in Zukunft dort zunächst notiert werden.

Auch die anderen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz geförderten Krankenhäuser des Landes Bremen sind aufgefordert worden, entsprechend der für die Kliniken angeordneten Regelung zu verfahren. Die Möglichkeit eines Datenmißbrauchs ist damit ausgeschlossen.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Frau Hänecke!

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Ich wiederhole den ersten Teil meiner Frage: Wie beurteilen Sie die Bedenken des Datenschutzbeauftragten? Darauf hatten Sie nichts gesagt!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Der Datenschutzbeauftragte hat uns auf diesen Zustand hingewiesen, und wir haben, wie ich Ihnen eben in der Antwort mitgeteilt habe, diesen Zustand behoben, geändert. Die Telefonnummern wurden bisher auch in der Rechnungsabteilung bis zur Zahlung der Rechnung aufbewahrt und dann vernichtet; in Zukunft muß die Nummer nach wie vor aufgeschrieben werden, wenn man eine Vermittlung wünscht, und danach wird sie vernichtet. Das ist die Antwort auf Ihre Frage!

**Präsident Dr. Klink:** Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. Marianne Hänecke (CDU): Dann darf ich also davon ausgehen, Herr Senator, daß Sie die Bedenken teilen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Es ist nicht meine Aufgabe zu entscheiden, ob die Bedenken — es sind Hinweise gegeben worden, keine Bedenken — richtig oder falsch waren. Aus meiner Sicht ist das, was möglich ist, getan worden. Sollte der Datenschutzbeauftragte der Auffassung sein, daß die Telefonnummer überhaupt nicht aufgezeichnet werden darf, dann kann nicht mehr telefoniert werden, weil die meisten Gespräche noch von Hand vermittelt werden. Ich hoffe, er hat diese Auffassung nicht, weil das zum Schaden der Patienten wäre, die eine Telefonverbindung nach außen benötigen.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch diese Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brückner für die erteilten Auskünfte.

Die fünfte Anfrage hat das **Atomkraftwerk Unterweser** zum Gegenstand. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dinné, Willers und Gruppe der Bremer Grünen Liste.

Ich bitte den Abgeordneten Dinné, die Anfrage zu stellen!

Abg. Dinné (BGL): Wir fragen den Senat:

Ist der Senat der Auffassung, daß der Sekundärkreislauf des Kernkraftwerkes Unterweser bei Esenshamm frei von Radioaktivität ist?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte Ihre Anfrage für den Senat wie folgt:

Nach Auskunft des niedersächsischen Sozialministeriums als die für das Kernkraftwerk Unterweser zuständige Aufsichtsbehörde wurde bisher im Sekundärkreis keine Radioaktivität festgestellt.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. Dinné (BGL): Ich habe zunächst die Frage, Herr Senator, ob sich der Senat in seinen Erkenntnissen nur immer auf fremde Regierungen stützt oder ob er vielleicht auch eigene Erkenntnisse gewinnen kann?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Der Senat ist nicht in der Lage, im Kernkraftwerk Esenshamm eigene Untersuchungen, Überwachungen oder Kontrollen durchzuführen. Er gibt Ihnen ausschließlich zu Ihrer Frage die Auffassung des niedersächsischen Sozialministeriums wieder.

(C)

(B)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. **Dinné** (BGL): Wenn der Senat schon sonst keine eigenen Erkenntnisse gewinnen kann, wäre er dann wenigstens in der Lage, das Prozeßurteil zum Kernkraftwerk Unterweser zu lesen, in dem ganz klar steht, daß im Sekundärkreislauf nennenswerte Mengen Radioaktivität enthalten sind und auch freigesetzt werden?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Dieses Urteil ist bekannt, aber die Aussage auf die Frage, die Sie hier gestellt haben, kann nicht von uns und auch nicht aus Urteilen, sondern ausschließlich nach Auskunft der dafür zuständigen kontrollierenden Stelle gegeben werden.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. **Dinné** (BGL): Die kontrollierende Stelle ist ja gerade beklagt worden! Sonst heißt es ja immer, die Auskunft der dritten Gewalt sei dann schließlich endgültig und rechtskräftig. In diesem Falle hat die dritte Gewalt zu diesen Aussagen des Sozialministers Stellung genommen und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß dort Radioaktivität vorhanden ist, und wenn Sie sagen, der Senat hat das Urteil zur Kenntnis genommen, dann müßte er das ja eigentlich wissen!

(B) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Wir haben uns ausdrücklich in bezug auf Ihre Frage beim niedersächsischen Sozialminister erkundigt. Er hat uns diese Ihnen eben mitgeteilte Auskunft gegeben, eine andere Mitteilung kann ich Ihnen nicht geben. Ich könnte es noch mehrmals wiederholen,

(Abg. **Dinné** [BGL]: Ja, ich merke das schon!)

das haben Sie wohl schon gemerkt!

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. **Dinné** (BGL): Ich habe jetzt eine Zusatzfrage: Wenn Belange bremischer Arbeitnehmer, wie zum Beispiel der Leiharbeiter vom Vulkan, die dort jetzt hineinmüssen in das Werk und mit entsprechender Belastung zu rechnen haben, betroffen sind und diese sich bei Ihnen erkundigen, wie es offensichtlich geschehen ist, via Betriebsrat, werden Sie denen dann auch diese falsche Auskunft des niedersächsischen Sozialministers geben, weiterhin, wider besseres Wissen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Es kommt auf die Fragestellung an, es hat sich bisher kein Betriebsrat an uns gewandt. Wir würden dann alles das, was wir an Unterlagen haben, daraufhin durchsehen und daraufhin beurteilen und Aussagen treffen in bezug dar-

auf, was richtig ist und wie es beurteilt wird, aber ich kann auch dann nur die Auskünfte der zuständigen Stelle weitergeben, die daran etwas ändern könnte oder in dieser Beurteilung in bezug auf die Kontrolle und Überwachung dann gegebenenfalls Änderungen einführen müßte.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. **Dinné** (BGL): Wie beurteilt dann der Senat die Situation, daß laut Atomgesetz und nachgeschalteter Strahlenschutzverordnung jedem deutschen Normalmenschen zwischen 30 und 90 Millirem je nach belastetem Organ zugemutet werden darf einerseits, den Belegschaftsmitgliedern eines solchen Werks ausnahmsweise andererseits aber mehr? Wenn nun nach und nach alle Deutschen durch diese Kraftwerke geschleust werden im Wege des Leihvertrages,

(Lachen bei der SPD)

weil die Dosierung der einzelnen Mitarbeiter dort längst überschritten ist oder nicht mehr eingehalten werden kann, daß also auf diesem Wege das Atomgesetz für den deutschen Normalbürger unterlaufen wird und damit nun gerade im Land Bremen und seinen Einwohnern begonnen wird, wie beurteilt der Senat denn diese Situation im Sinne der Fürsorgepflicht für seine Landeskinder?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Es gibt beides, sowohl die freie Wahl des Arbeitsplatzes als auch die Sicherheitsbestimmungen, die für die Errichtung eines Atomkraftwerks gültig sind und die auch in bezug auf die Strahlenbelastung dort tätiger Mitarbeiter etwas aussagen. Diese Bestimmungen, die vom Bundesinnenministerium erlassen sind, gelten auch für das Atomkraftwerk in Esenshamm. Der Senat hat keine Möglichkeit, diese Bestimmungen zu ändern, das ist Bundessache. Er hat auch keine Möglichkeit, sie anzuwenden oder zu kontrollieren, das ist Sache des Landes Niedersachsen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. **Dinné** (BGL): Wie beurteilt denn der Senat die Wahl des freien Arbeitsplatzes, wenn bei der Freiheit der Wahl zu diesem Arbeitsplatz die vorhandenen Belastungszahlen selbst vom Senat vorsätzlich verschwiegen werden?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Der Senat hat Ihnen keine einzige Zahl oder Angabe vorsätzlich verschwiegen. Das ist falsch. Sie erwecken hier nur einen solchen Eindruck.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. **Dinné** (BGL): Wenn deutsche Gerichte zu einer Kritik beklagter Behörden kommen und halten

(C)

(D)

(A) das in ihren Urteilsbegründungen auch fest und der Senat sagt einerseits, er nehme diese Daten zur Kenntnis, andererseits sagt er, er beziehe sich nur eben auf diese befragten Behörden, muß man da nicht den Vorsatz des Wissensunterdrückens darin sehen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Nein, denn wenn das so ist, wie Sie sagen, Herr Dinné, dann ist die zuständige Behörde aufgrund des von Ihnen zitierten, einmal als richtig unterstellten Gerichtsurteils verpflichtet, entsprechend zu handeln, als zuständige Behörde entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. Dinné (BGL): Warum tut der Senat das dann nicht im Sinne seiner Landeskinder?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Der Senat ist nicht die zuständige Behörde, das hatte ich versucht, Ihnen schon mehrmals zu erklären. Das niedersächsische Sozialministerium ist die zuständige Behörde. Wenn das Sozialministerium, wie Sie sagen, beklagt und in einem Urteil verurteilt ist, dann muß es entsprechend diesem Urteil handeln.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

(B) Abg. Dinné (BGL): Inwiefern ist denn der niedersächsische Sozialminister für die Bremer Arbeitnehmer und deren Gesundheit zuständig?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Das niedersächsische Sozialministerium ist zuständig für die Errichtung, Kontrolle und Überwachung des Atomkraftwerks Esenshamm entsprechend den dort vorgeschriebenen Richtlinien, die Ihnen möglicherweise bekannt sind, nicht der Bremer Senat.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Dinné!

Abg. Dinné (BGL): Ich darf abschließend vielleicht fragen: Habe ich das richtig verstanden, daß der Bremer Senat meint, wenn die niedersächsische Landesbehörde falsch informiert und der Bremer Senat es anders weiß und von den betroffenen Betriebsräten und der Belegschaft insgesamt gefragt wird, daß er dann nicht gewillt ist, seine Schutzpflichten gegenüber den Arbeitnehmern wahrzunehmen?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Das ist eine unterstellende falsche Meinung von Ihnen, Herr Dinné. Wenn ein solcher Zustand eintreten sollte, setzen wir uns mit der niedersächsischen Landesregierung in Verbindung, aber selbst dann hätten wir nicht die Möglichkeit, durch Gesetz zu erwirken, daß die niedersäch-

sische Landesregierung so handeln müßte, wie wir es wünschten. (C)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Willers!

Abg. Willers (BGL): Ich will es einmal mit etwas Goodwill versuchen! Herr Senator, angesichts der von Herrn Dinné auch schon geschilderten Tatsache, unbestreitbaren Tatsache, daß auch Bremer Arbeitnehmer in zunehmendem Maße — und es werden wahrscheinlich Tausende werden — im Kernkraftwerk Unterweser Reinigungs- und Reparaturarbeiten vornehmen, hält es der Senat wirklich nicht für seine Pflicht, diese Bremer Arbeitnehmer in geeigneter Weise auf die Gefährdungen und Risiken einer solchen Arbeit aufmerksam zu machen oder sich zumindest über die Gefährdungsrisiken seinerseits zunächst einmal vollständig zu informieren?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Wenn bremische Firmen oder Betriebsräte aus Bremen sich an uns wenden und Auskünfte wünschen in bezug auf mögliche Belastungen an einem Arbeitsplatz außerhalb Bremens, sind wir selbstverständlich bereit — das hatte ich aber eben schon einmal geantwortet auf eine fast gleichlautende Frage Ihres Kollegen Dinné —, alle Informationen, die wir haben, diesen mitzuteilen und Auskünfte zu geben. Das beinhaltet aber nicht die Möglichkeit des Senats oder bremischer Stellen, im Atomkraftwerk Esenshamm irgend etwas zu veranlassen. (D)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte, Herr Willers!

Abg. Willers (BGL): Habe ich Sie damit richtig verstanden, daß der Senat seinerseits nicht tätig werden wird, um a) sich selbst sachverständiger zu machen und b) die bremischen Arbeitnehmer aufzuklären?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Der Senat macht sich so sachverständig, wie er das durch Informationen von zuständigen Stellen machen kann. Wir haben nicht die Apparate und die Behörde, die Atomkraftwerke errichtet oder dafür Genehmigungen erteilt. Unsere Mitarbeiter haben die erforderlichen Unterlagen. Darüber Auskünfte zu geben sind wir selbstverständlich bereit, aber Handlungsmöglichkeiten in einem Werk, für das wir keine gesetzliche Kompetenz haben, haben wir leider nicht.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die fünfte Anfrage erledigt.

Die sechste Anfrage beschäftigt sich mit einer **Belastung der Weser mit Kolibakterien**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Schröder, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Schröder, die Anfrage vorzutragen!

(A) **Abg. Schröder (FDP):** Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat aus dem Umweltgutachten zur Nordseeverschmutzung die Belastung der Weser zwischen Kilometer 0 und 65 mit Kolibakterien und Hepatitisserregern bekannt?

Zweitens: Ist dem Senat bekannt, daß die Belastungen über den Grenzwerten der EG-Richtlinien liegen, und erwägt der Senat ein Badeverbot für die Weser?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet Ihre Anfragen wie folgt:

Zur ersten Frage: Dem Senat ist die entsprechende Passage des Umweltgutachtens zur Nordseeverschmutzung bekannt. Die Weser ist danach in dem angesprochenen Abschnitt nicht mit Kolibakterien, wie Sie fragen, sondern — ich zitiere — mit „koliverdächtigen Keimen“ belastet. Die Aussage über die Hepatitisserreger ist so allgemein gehalten, daß sie sich nicht speziell auf die Weser bezieht. Entsprechende Untersuchungsergebnisse dazu liegen uns nicht vor.

Zu Ihrer zweiten Frage: Dem Senat ist bekannt, auch aufgrund eigener bakteriologischer Untersuchungen, daß in dem Unterweserabschnitt Bremens, insbesondere unterhalb der Kläranlage Seehausen, die Grenzwerte der EG-Richtlinie von 1975 über die Qualität der Badegewässer zeitweise überschritten wurden.

Soweit die Weser für das Baden noch zugelassen ist, erwägen das Wasserwirtschaftsamt und das Hauptgesundheitsamt in Verbindung mit dem Senator für Soziales, Jugend und Sport, dem Wasser- und Schiffsamt und dem Hafengebäudeamt Bremen wegen dieser Grenzwertüberschreitungen ein Badeverbot. Dazu ist erforderlich eine Änderung der Verordnung über das Baden in natürlichen und fließenden Gewässern in der Stadtgemeinde Bremen. Ein entsprechender Antrag wird in Kürze der obersten Wasserbehörde, sprich Senator für Gesundheit und Umweltschutz, zugeleitet.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Schröder!

**Abg. Schröder (FDP):** Ist dem Senat bekannt, Herr Senator Brückner, daß, wenn ein Kadett des Schiffs Deutschland ins Wasser fällt, beim Rudern beispielsweise, er drei Tage in Quarantäne muß?

(Heiterkeit)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Brückner:** Also, mir persönlich ist es nicht bekannt. Ob es dem Senat bekannt ist, weiß ich nicht!

(**Abg. Wedemeier [SPD]:** Was macht der Kadett denn auf hoher See?)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die sechste Anfrage erledigt.

Die siebte Anfrage befaßt sich mit der **Nutzung der Vorsorgeuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder in Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Töpfer, Karin Tuczek, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage zu stellen!

**Abg. Töpfer (SPD):** Wir fragen den Senat:

Sind auch im Land Bremen — wie unlängst vom Bundesverband der Innungskrankenkassen veröffentlicht — Tendenzen erkennbar, wonach immer weniger Eltern in der Bundesrepublik die acht Vorsorgeuntersuchungen für ihre Kinder nutzen?

Was gedenkt der Senat zu tun, um ähnlichen Entwicklungen in Bremen entgegenzuwirken und die Eltern sorgsam auf die Bedeutung der Untersuchungen zur rechtzeitigen Erkennung von Entwicklungsstörungen oder angeborenen Gesundheitsschäden hinzuweisen?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet Ihre Anfragen wie folgt:

Die Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder gehört überwiegend in den Aufgabenkatalog der niedergelassenen Ärzte, so daß die Kontrolle darüber, wie sich die Inanspruchnahme des Vorsorgeangebots entwickelt, in erster Linie Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung ist. Durch die Kooperation ist in Bremen jedoch sichergestellt, daß dem Senator für Gesundheit und Umweltschutz regelmäßig Daten und Zahlen der Teilnahme — der insgesamt acht Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen für Säuglinge und Kleinkinder — übermittelt werden.

Glücklicherweise, Herr Töpfer, bestätigt sich in den Bremer Statistiken der vom Bundesverband der Innungskrankenkassen ermittelte Trend einer kontinuierlichen Abnahme der Vorsorgeuntersuchungen für Kinder nicht. Vielmehr ist in Bremen eine in etwa gleichbleibende Nutzung des Früherkennungsprogramms feststellbar. Ziemlich stabil liegt die Zahl der von Bremer Ärzten durchgeführten Vorsorgeuntersuchungen pro Quartal bei etwa 11 000 bis 12 000 Untersuchungen.

Ein Grund dafür, daß Bremen dem Bundestrend einer abnehmenden Beteiligung am frühkindlichen Vorsorgeprogramm nicht folgt, dürfte in den erheblichen Anstrengungen des Senats begründet sein, auf die Notwendigkeit der Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen immer wieder mit Aufklärungs- und Informationskampagnen hinzuweisen. Seit Mitte der siebziger Jahre steht die Werbung zugunsten einer lückenlosen Teilnahme an den acht Vorsorgeuntersuchungen in den Bemühungen der Landesregierung um eine Stärkung der Vorsorgemedizin ganz oben an. Geleistet wurden auf diesem Gebiet von Bremen folgende Aktivitäten:

(C)

(D)

(A) Erstens: 1977 wurde in der Stadt Bremen eine Briefaktion durchgeführt, bei der jedes Elternpaar jeweils schriftlich daran erinnert wurde, wann ihr Kind zur nächsten Vorsorgeuntersuchung dem Arzt vorzustellen sei.

Zweitens: 1977 und 1978 erhielten alle Wöchnerinnen im Lande Bremen — also in der Stadt Bremen und der Stadt Bremerhaven — nach der Entbindung einen eigens konzipierten Bremer Vorsorgekalender, der — wenn er auf das Datum der Geburt eingestellt wurde — die Termine aller acht Vorsorgeuntersuchungen anzeigte. Auch dieser in Bremen erstellte Kalender ist inzwischen an vielen Stellen der Bundesrepublik kopiert worden.

Seit 1980 läuft im Land Bremen — ebenfalls beispielhaft für die Bundesrepublik — der im Zusammenwirken zwischen der Bundesregierung, der Medizinischen Hochschule Hannover und dem Gesundheitsminister entwickelte Modellversuch „Familien-Hebamme“, dessen erklärtes Ziel es ist, die gesundheitliche Vorsorge von jungen Müttern und Kleinkindern zu verbessern. Im Rahmen ihrer Beratungs- und Hilfsfunktionen zählt es zu den vorrangigen Aufgaben der Familien-Hebammen, auf eine regelmäßige Nutzung der Vorsorgeuntersuchungen der von ihnen betreuten Familien hinzuweisen.

Der Vollständigkeit halber sei zum Abschluß erwähnt, daß der Senator für Gesundheit und Umweltschutz auf die Notwendigkeit der Vorsorgeuntersuchungen zudem in seinen regelmäßigen telefonischen Gesundheitstips hinweist. Auch in dem von der Gesundheitsverwaltung in diesem Jahr herausgegebenen Vorsorgekalender nimmt die Werbung zugunsten der frühkindlichen Vorsorgeuntersuchungen einen herausragenden Platz ein.

Dieses dichtgeknüpfte Netz von Aktivitäten, die die Notwendigkeiten von regelmäßigen Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen immer wieder betonen, dürfte für die vergleichsweise gute Bilanz Bremens auf dem Sektor der Nutzungen der Vorsorgeuntersuchungen ausschlaggebend sein.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. Willers (BGL): Herr Senator, ist Ihnen jetzt nicht vielleicht die Diskrepanz aufgefallen zwischen den von Ihnen hier geschilderten relativ umfangreichen Vorsorge- und Aufklärungsmaßnahmen in diesem Bereich und den mangelnden Vorsorge- und Aufklärungsmaßnahmen in dem Bereich, den wir vorher besprochen haben?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator Brückner!

**Senator Brückner:** Herr Willers, ich verstehe, was Sie damit erreichen wollen. Ich möchte aber deutlich machen, daß das keine Diskrepanz ist, sondern daß ich versucht habe, in den vielen Antworten vorhin Ihnen klarzumachen, welche gesetzlich vorgeschriebenen Möglichkeiten oder Einengungen in dem Fall, sprich Vorsorge Atomkraftwerk Esenshamm, und in dem anderen Fall, sprich Vorsorgeuntersuchung der

Kinder im Lande Bremen, hier vorliegen und daß der Senat nur aufgrund dieser rechtlich und gesetzlich unterschiedlichen Situationen auch nur unterschiedlich handeln kann.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfrage? — Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die siebte Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Brückner für die erteilten Auskünfte.

Die achte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift: „**Rechtswidrige Vergabe von C-2- und C-3-Stellen für Professoren an Fachhochschulen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Jäger, Lahmann und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Abgeordneten Jäger, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Jäger (FDP): Wir fragen den Senat:

Was wird der Senat unternehmen, um die nach Meinung des OVG Bremen gemäß Urteil vom 25. November 1980 rechtswidrige Vergabe von C-2- und C-3-Stellen für Professoren an Fachhochschulen gesetzeskonform zu regeln?

**Präsident Dr. Klink:** Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Franke.

**Senator für Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Auffassung des Obergerverwaltungsgerichts Bremen in dem zitierten noch nicht rechtskräftigen Urteil, daß die Einstufung der Professoren an Fachhochschulen nach Besoldungsgruppe C 3 gesetzeswidrig sei, steht im Gegensatz zu mehreren Beschlüssen des Verwaltungsgerichts und des Obergerverwaltungsgerichts Bremen in einstweiligen Anordnungsverfahren. Dort war das Regelungskonzept, das der Einordnung der als Professoren zu übernehmenden Fachhochschullehrer nach Besoldungsgruppe C 2 und C 3 zugrunde liegt, als sachgerechte Lösung bezeichnet worden, die die Antragsteller nicht in ihren Rechten verletzt. Jene Gerichtsentscheidungen lagen vor, als der Senat in seiner Sitzung am 2. Juli 1979 über die Anwendung des Regelungsvorschlages auf die zur Ernennung anstehenden Dozenten entschied.

Die Entscheidung des Obergerverwaltungsgerichts Bremen vom 25. November 1980 bedeutet, daß im Rahmen des Übernahmeverfahrens die Übertragung des Amtes eines Professors der Besoldungsgruppe C 3 nicht mit Aussicht auf Erfolg gefordert werden kann. Damit wird das Übernahmeverfahren der Fachhochschullehrer nach Maßgabe des vorgenannten Regelungskonzepts mit der Rechtskraft des Obergerverwaltungsgerichtsurteils unangreifbar abgeschlossen. Diejenigen Beamten, die kein Amt der Besoldungsgruppe C 3 übertragen erhalten haben, können ihre Einordnung in diese Besoldungsgruppe nicht erzwingen. Die zu Professoren der Besoldungsgruppe C 3 ernannten Beamten behalten diesen

(B)

(C)

(D)

(A) Status bei, da ihre Ernennungen Bestand haben, weil weder ein Nichtigkeits- noch ein Rücknahmegrund gegeben ist.

Inwieweit die sich auf das Übernahmeverfahren beziehenden Urteilsgründe auch für die — nach dem nunmehr abgeschlossenen Übernahmeverfahren — künftige Übertragung von Professorenämtern an Fachhochschulen zu berücksichtigen sind, wird zur Zeit noch vom Senat geprüft.

**Präsident Dr. Klink:** Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr!

Abg. **Jäger (FDP):** Herr Senator, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Erwägungen, die das Oberverwaltungsgericht in seiner Begründung der Entscheidung vom 25. November 1980 hinsichtlich der Regelung der Vergabe dieser Stellen anstellt, genau der Position entsprechen, die die FDP-Bürgerschaftsfraktion bei den Beratungen dieses Problems in der Deputationssitzung vorgebracht hat, und daß Sie dieses Problem, vom Oberverwaltungsgericht bescheinigt zu bekommen, Sie hätten eine Vergabe rechtswidrig geregelt, hätten vermeiden können, wenn Sie unseren Vorschlägen gefolgt wären?

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(B) **Senator Franke:** Ich bin erstens bereit, das zur Kenntnis zu nehmen, und antworte zweitens mit einer kleinen Erinnerung meinerseits, die FDP hat keine praktikablen Alternativregelungen vorgeschlagen.

(Abg. **Lahmann (FDP):** Ist das Urteil auch nicht praktikabel?)

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Jäger (FDP):** Herr Senator, können Sie mitteilen, wann das Verfahren, in dem die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ergangen ist, abgeschlossen werden wird?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Meinen Sie, wann das Überleitungsverfahren abgeschlossen werden wird?

(Abg. **Jäger (FDP):** Nein, diese Entscheidung! Sie sagten, dieses Urteil sei nicht rechtskräftig!)

Noch nicht rechtskräftig! Ich weiß nicht, wann die Rechtskraft eintritt.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Jäger (FDP):** Werden Sie, wenn dieses Urteil rechtskräftig wird, daraus Konsequenzen hinsichtlich der Vergabe ziehen?

(Abg. **Kauffmann (CDU):** Muß er ja!)

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

(C) **Senator Franke:** Ich habe eben deutlich gemacht, daß das Regelungsverfahren, so wie es abgeschlossen ist, durch dieses Urteil nicht erschüttert wird. Weder hat ein nicht Berücksichtigter jetzt einen Rechtstitel in der Hand, eine Eingruppierung nach C 3 zu erzwingen, noch wird ein bereits in C 3 Eingewiesener durch dieses Urteil aus seiner C-3-Einweisung wieder herauskatapultiert. Das heißt, dieses Urteil tangiert das abgeschlossene Überleitungsverfahren nicht. Ich bin allerdings der Meinung, daß wir sehr wohl dieses Urteil für noch anstehende Verfahren, die es gibt, sehr wohl in unsere Regelungen werden einbeziehen müssen.

**Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Fluß!

Abg. **Fluß (SPD):** Herr Senator, ist es richtig, daß bei diesem von allen Ländern kaum zu bewältigenden Problem durch Bundesgesetzvorgabe Niedersachsen sich so entschieden hat, daß man zwar alle Stellen nach C 3 ausgewiesen hat, aber nur 50 Prozent wie bei uns nach C 3 auch gebracht werden und 50 Prozent nach C 2, weil das eben die Bundesgesetzvorgabe ist, und wäre das nicht eventuell ein Weg, hier fortzufahren, oder ist das nicht nur auch eine Verschleierung des ganzen Problems?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr, Herr Senator Franke!

(D) **Senator Franke:** Herr Abgeordneter Fluß, ich bin durch Interessenvertreter der Fachhochschullehrerschaft über dieses Verfahren in Niedersachsen informiert worden. In Niedersachsen ist folgendes Verfahren gelaufen: Der Kollege Pestel hat nahezu jedem Fachhochschulprofessor mit, so glaube ich, ganz wenigen Ausnahmen einen Brief geschrieben, wonach er, dieser Fachhochschulprofessor, einen Dienstposten innehat, der nach C 3 zu bewerten sei. Er hat aber nur 50 Prozent der Professoren nach C 3 übergeführt. Die anderen haben also diese Bescheinigung, sie übten eine C-3-wertige Tätigkeit aus, ohne in eine C-3-Stelle eingewiesen zu sein, und Herr Pestel hat das erklärt mit den gesetzlichen Vorgaben, nach denen nur 50 Prozent überführt werden könnten. Diese 50 Prozent allerdings hat er nach dem Anciennitätsprinzip, wie wir es auch in Bremen gemacht haben, überführt.

Der einzige Unterschied ist also, daß die nicht Überführten einen Brief bekommen haben, daß sie zwar nicht überführt werden, aber eine C-3-wertige Position einnehmen. Ich halte dies für ein ziemlich gefährliches Verfahren. Wenn ich Fachhochschullehrer wäre und einen Brief bekäme, daß ich eine C 3-wertige Stelle einnehme, aber jetzt aus irgendwelchen haushaltsrechtlichen Gründen nicht eingewiesen bin, würde ich klagen.

(Abg. **Lahmann (FDP):** Frisch geklagt ist halb gewonnen!)

Ich glaube nicht, daß wir da mit dieser Pestel-Lösung weiterkämen.

(A) **Präsident Dr. Klink:** Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Fluß** (SPD): Ist der Senat der Meinung, daß trotz dieser komplizierten besoldungs- und beamtenrechtlichen Vorgaben die Funktion des Fachhochschullehrers doch als einheitlich zu sehen ist, wenn auch das Amt uns praktisch vorgegeben von Bonn differenziert aufgezwungen wird?

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

**Senator Franke:** Herr Fluß, wir waren ja in der großen Schwierigkeit, einen bis dahin einheitlich besoldeten Fachhochschullehrerkörper nach Vorgabe durch den Bundesgesetzgeber plötzlich in 50 Prozent C 3 und 50 Prozent C 2 zu zerlegen. Hier konnte man immer nur mit der Zustimmung einer Hälfte rechnen, nämlich der Hälfte, die in C 3 eingewiesen wurde. Wie wir auch das Ganze gemacht hätten, die andere Hälfte, die in C 2 verbleiben mußte, hätte immer protestiert. Das ist ganz klar. Hier konnte man immer nur eine Hälfte befriedigen. Wir haben uns allerdings bemüht, der anderen Hälfte der Fachhochschullehrer zu erklären, daß sie statusrechtlich, kooperationsrechtlich und von ihrer Wissenschaftlichkeit innerhalb der Fachhochschule von uns als gleichwertig angesehen werden, daß wir allerdings diesen besoldungsrechtlichen, aber nur besoldungsrechtlichen Unterschied machen.

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist auch die achte Anfrage erledigt.

(B) Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke für die erteilten Auskünfte.

#### Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Wilhelms, Neumann und Fraktion der CDU folgendes Thema beantragt worden:

#### Existenzkrise der deutschen Hochseefischerei.

Die Beratung ist eröffnet.

Die Redezeit beträgt für den ersten Redner bis zu zehn Minuten pro Fraktion oder Gruppe. Ich weise darauf hin, daß bei der Aktuellen Stunde ausdrücklich freie Rede vorgeschrieben ist.

Das Wort hat der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema ist bedauerlicherweise noch aktueller geworden, als wir es erwartet hatten, als wir den Antrag stellten, weil gestern im Ministerrat der Außenminister der letzte Versuch unabhängig von einer EG-Einigung, die ja per 31. 12. 1980 dem Bundeskanzler Schmidt unter anderem auch von England und Frankreich zugesagt war, gescheitert ist. Nunmehr

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) ist der letzte Hoffnungsschimmer auch weg, daß die deutsche Hochseefischerei sozusagen zur Überbrückung bis 9./10. März 1981 vor Kanada fischen kann, und ich finde es bedauerlich und möchte das hier einmal feststellen, daß ein Minister für so etwas auch noch den Beifall des englischen Unterhauses bekommen hat.

Ich meine, hier sagen zu müssen, ohne jetzt die Deutschen völlig freisprechen zu wollen, daß wir in Brüssel vielleicht den Engländern klarmachen müssen, ich habe das hier schon einmal gesagt, aber es wird, glaube ich, deutlicher, daß wir nicht bereit sein sollten — ich meine damit die deutsche Bundesregierung —, Steuergelder zu bezahlen, um damit englische Haushalte auszugleichen für ihr verlorengegangenes Commonwealth aus dem letzten Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben uns mit den Arbeitnehmern in Bremerhaven solidarisiert, weil wir unter anderem der Auffassung sind, daß ihre Sorgen um die Arbeitsplätze, für die sie die Blockaden gemacht haben, berechtigt waren, daß diese Art der Demonstration vorbildlich war und viele gesunde Menschen in unserem Lande vielleicht davon lernen sollten, wie man auch diszipliniert seine Anliegen vortragen kann. Ich denke an ganz bestimmte andere Demonstrationen, wo Leute, die nicht einmal aus Sorge um ihre Arbeitsplätze oder sonstige eigene Interessen mit ganz anderen Krawallen demonstrieren und dabei teilweise auch den Beifall von Politikern finden. Ich hätte es gut gefunden, wenn auch andere Mitglieder aus anderen Fraktionen dieses Hauses sich ebenfalls mit den Arbeitnehmern in Bremerhaven solidarisiert hätten.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Was soll das denn heißen?)

Ich möchte mich hier auch bei den Beteiligten bedanken, daß sie diese Blockaden nur für einige Tage gemacht haben, weil sie eingesehen haben, wenn sie das länger fortgeführt hätten, hätten sie weitere Arbeitsplätze in der deutschen Fischwirtschaft gefährdet.

(Zuruf des Abg. **Töpfer** [SPD])

Herr Töpfer, ich würde Ihnen empfehlen, etwas vorsichtiger zu sein mit Ihren Bemerkungen. Ich weiß nämlich, womit die Bremerhavener SPD, mit welcher Krise, an dem Freitag beschäftigt war.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Neumann** [CDU]: Mit ihrer eigenen und nicht mit der Fischerei! — Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Für sich selbst Nabelschau gemacht!)

Wir sollten uns, und darauf könnten wir uns vielleicht wieder verständigen, nicht durch das kühle No des britischen Agrarministers, mit dem er die Verhandlungen bekanntlich hat platzen lassen,

(C)

(D)

(A) abfinden, und wir sollten hier, meine Damen und Herren — —.

(Unruhe)

Es wäre, glaube ich, der ernstesten Lage angemessen, wenn etwas mehr Ruhe herrschen würde hier, Herr Präsident. Ich hätte also die Bitte, daß alle Kollegen hier zuhören und vielleicht auch Anspielungen beruflicher Art vermeiden, wie das hier im Hause immer üblich war.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das gilt dann für alle Kollegen!)

Ja, das war auch üblich!

Meine Damen und Herren, freisprechen bei dieser ganzen Entwicklung kann man aber weder die Bundesregierung noch den Bremer Senat, und wenn jetzt die SPD-Fraktion hier heute morgen oder gestern in der Stadtbürgerschaft einen interfraktionellen Antrag einbringt, der unseren Antrag, den wir begleitend für die Aktuelle Stunde eingebracht haben, vollinhaltlich übernimmt, erklärend ergänzt um einen Zusatz der FDP-Fraktion, werden wir diesem interfraktionellen Antrag zustimmen, wir haben ihn auch unterschrieben, und ich bitte alle Mitglieder dieses Hauses, gegenüber Bonn und Brüssel zu demonstrieren, daß wir in der Intention einig gehen, aber, meine Damen und Herren, vielleicht beantworten Sie mir eine Frage. Am Freitag war eine Sitzung um 18 Uhr der sogenannten Notgemeinschaft Fisch. Dort hat mein Kollege Lüerssen mich vertreten, hat den gleichen Antrag eingebracht mit der Bitte,

(B)

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Was hat er den?)

vorgetragen hat er den, mit der Bitte, ihn zu übernehmen. Das ist abgelehnt worden, und wie ich dem Fernschreiben an den Bundeskanzler Schmidt entnommen habe, sind auch einige Passagen, die Sie heute von uns in Ihrem interfraktionellen Antrag übernommen haben, nicht in diesem Fernschreiben. Vielleicht wäre das wichtig gewesen für die Verhandlungen der Außenminister gestern in Brüssel.

Ich sage das hier einmal deswegen, meine Damen und Herren von der SPD, es nützt nichts, nur Glückwunschkarten an Ertl zwischen Bremen, Bremerhaven und Bonn hin und zurück auszutauschen und so zu tun, als wäre eine Gemeinsamkeit, wenn hier keine gemeinsame Auffassung zu den Dingen in diesem Hause besteht.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte einmal sagen, wenn Sie sich die Beschlüsse der Bundesregierung per 1975 und die Zielsetzung vor Augen führen, dann müßte das Gegenteil von dem der Fall sein, was wir jetzt erleben. Sowohl der Bremer Senat als auch die Bundesregierung haben erstens in der Vergangenheit die Bedeutung und Folgen der Seerechtskonferenz verkannt, zweitens war es ein Fehler, die Fischereifrage losgekoppelt von den anderen Fragen zu ver-

handeln. Man hätte ein Paket davon machen sollen, und ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, im Interesse der mindestens genauso großen Zahl von Arbeitnehmern, die da um ihre Arbeitsplätze Sorge haben wie in der Bremerhavener Werftindustrie, nunmehr wirklich ein Paket zu machen in Brüssel, auch in allen Fraktionen des Deutschen Bundestages Ihren Einfluß geltend zu machen dahingehend, daß jetzt mit Geldstopp bestraft wird, wenn man weiter versucht, Deutschland in den Fischerei-Verhandlungen auszutricksen. Den Eindruck haben wir.

Der Senator für Bundesangelegenheiten hätte vielleicht die Pilotfunktion, denn hier handelt es sich nicht um einen spezifisch bremischen Industriezweig, sondern die Hochseefischerei und die Kutterfischerei haben die Aufgabe, einen Teil der Rohstoffunabhängigkeit für die gesamte Bundesrepublik Deutschland zu erledigen, übernommen, und wir sollten das in Bonn, aber auch gegenüber Brüssel deutlich machen. Wir kommen nur weiter, wenn wir im Geist der Römischen Verträge die Europäische Gemeinschaft vorantreiben und damit Einzelfragen losgelöst abkoppeln, insbesondere dann, wenn wir da traditionsgemäß schlecht aussehen, wie das in der Fischwirtschaft der Fall ist.

Diesen Vorwurf muß ich sowohl dem Senat als auch der Bundesregierung machen, daß sie diese Strategie, die sie für richtig hielten, gefahren sind mit einem Ergebnis, das für die deutsche Hochseefischerei unbefriedigend ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen uns alle bemühen, eine weitere Eskalation zu vermeiden, denn die Spannung im Fischereihafen ist angestiegen, und das Kanada-Abkommen trägt nun nicht gerade zur Beruhigung bei, und die, wie ich meine, falsche Berichterstattung zumindest von der Überschrift her in der „Nordsee-Zeitung“, daß das wohl in Ordnung gehe, und daß man wieder so einen halben Glückwunsch dahingeschickt hat vorgestern, trägt auch nicht dazu bei, die Leute zu beruhigen.

Ich bitte Sie, Herr Bürgermeister Koschnick, Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen beim Bundeskanzler, nunmehr dafür zu sorgen, daß am 9. und 10. März endgültig eine europäische Fischereiregung kommt oder daß wir wirklich die Gelder sperren, die zugesagt worden sind im Vertrauen auf eine Regelung per 31. 12. 1980. Ich glaube —

(Glocke)

ich bin sofort fertig —, daß alle in der Fischwirtschaft arbeitenden Menschen, und die haben einen Teil des Wohlstands der Seestadt Bremerhaven, der jetzt gefährdet ist, in den letzten Jahrzehnten mitverdient, es verdient haben, daß wir alle uns mit ihnen solidarisieren.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

(C)

(D)

(A) **Abg. Neujahr (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich meine, bei der Beobachtung und der Analyse dieses Problems sollte man das Auge geschärft auf die wirklichen Ursachen werfen und nicht aus oppositionellen Gründen hier etwas in die Welt tragen, was den Dingen wohl wirklich nicht ganz gerecht wird.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich will Ihnen das begründen.

Wir wissen alle, daß seit dem 1. Januar 1981 das bereits ausgehandelte Fischereiabkommen der EG mit Kanada zur Ratifizierung ansteht. Wie wir heute leider durch das Platzen der Außenministerkonferenz in diesem Punkt erfahren mußten, verhindert allein England die Ratifizierung. Das muß man ganz klar sehen. Die Gründe, die die Briten nun für diese Verweigerung vorbringen, scheinen mir fadenscheinig genug zu sein. Sie behaupten nämlich, daß die kanadische Bedingung für die Fangerlaubnis der deutschen Hochseeflotte vor Kanada, die Lieferung tiefgefrorener Kabeljauprodukte in die EG, den englischen Markt stören würde.

Diese Behauptung haben Bundesernährungsminister Ertl und auch die EG-Kommission den Briten vergeblich auszureden versucht, sie haben ihnen klarzumachen versucht, daß nur ein geringer Teil dieser gefrorenen Produkte auf England entfallen würde, der weitaus größere Teil werde von Deutschland aufgefangen. Auch das, meine Damen und Herren, muß man sehen. Wie weit die französische Forderung, im Zwölf-Seemeilen-Gürtel bei den Shetland-Inseln, Orkney-Inseln und in der Irischen See zu fischen, die von den Engländern ebenfalls abgelehnt wird, für die starre Haltung der Engländer im kanadischen Problem eine Rolle spielt, vermag ich nicht völlig zu durchschauen.

Das Ergebnis jedenfalls aus dieser Haltung ist die Gefährdung der deutschen Hochseefischerei und die Gefährdung von zirka 4 000 Arbeitsplätzen. Die starre Haltung der Engländer nun, meine Damen und Herren, läßt doch, glaube ich, den Schluß zu, daß hier offenbar das Prinzip der Einstimmigkeit des Ministerrates mißbraucht wird, um englischerseits taktische Positionen aufzubauen, denn der Widerstand gegen deutsche Fangrechte im EG-Meer und der Widerstand gegen Verträge mit Drittländern können doch eigentlich nur das Ziel verfolgen, der deutschen Fischwirtschaft durch den Verlust der Hochseeflotte die Grundlage zu entziehen, um eigene Positionen auf dem deutschen Markt ausbauen zu können. Ich meine, unter diesen Gesichtspunkten muß man das Problem vordringlich betrachten. Wir alle sind hier folglich aufgerufen, das englische Verhalten äußerst kritisch zu beobachten.

Meine Damen und Herren, die Übertragung der Kompetenzen für die Fischereipolitik auf die Organe der Gemeinschaft, geschehen am 3. 11. 1976, hat dieser Gemeinschaft die Verpflichtung auferlegt und die Verantwortung zugleich, den Fischwirtschaften aller Mitgliedsländer eine Existenzgrundlage zu sichern. Diesen Anspruch hat die Notge-

meinschaft Fisch für den deutschen Bereich zu Recht und mit Nachdruck geltend gemacht. Die starre Haltung des britischen Agrarministers kann nun, und das muß man ebenfalls sehen, neben der Bedrohung vieler Tausender Arbeitsplätze in der Fischwirtschaft auch ganz schwerwiegende politische Folgen haben.

Für den bundesdeutschen Ernährungsminister Ertl, der sich im übrigen sehr wohl für die deutschen Probleme erheblich eingesetzt hat,

(Abg. Wilhems [CDU]: Aber zu spät!  
— Abg. Lüerssen [CDU]: Aber viel zu spät!)

muß sich die Frage stellen, ob die Briten nicht die Vereinbarung der Regierungschefs über die Beitragssenkung für England mit dieser Haltung selbst gebrochen haben. Wenn das der Fall ist, dann müßte Bonn logischerweise die damalige Zusage widerrufen, rund ein Drittel der 6,5 Milliarden DM zu übernehmen, die Londons EG-Freunde als Zahlungsnachlaß für die Haushaltsjahre 1980 und 1981 gewährt haben. Dieses Zugeständnis war nämlich gerade an die Bedingung geknüpft worden, daß die seit 1977 geplante gemeinschaftliche Fischereiregulation mit dem 1. 1. 1981 in Kraft tritt.

Der englische Agrarminister Walker, der im übrigen noch Ende November ein Loblied auf die EG-Agrarpolitik gesungen hat, müßte nun eigentlich mit Taten beweisen, daß es sich bei diesem Loblied nicht nur um reine Lippenbekenntnisse gehandelt hat, um die eigene Profitposition zu stärken.

(Beifall bei der FDP)

England hat sich mit dieser Haltung, und das muß man den Leuten einmal sagen, eine schwere Verantwortung aufgebürdet, einmal im englisch-deutschen Verhältnis, aber auch im englisch-europäischen Verhältnis.

Die zunächst Betroffenen, die inzwischen Einkommensverluste von, wie ich kürzlich gelesen habe, bis zu 8 000 DM hinnehmen mußten, deren Arbeitsplätze zudem aufs äußerste gefährdet sind, haben durch spontane Aktionen dazu beigetragen, daß sowohl ihre Notlage als auch die Bedrohung der deutschen Fischwirtschaft, aber ebenso auch die uneinsichtige politische Haltung der Engländer europaweit bekannt wurden. Sie haben mit dem Finger darauf gewiesen, daß nationale Egoisten ein europäisches Ganzes verhindern können, und sie haben den Finger auf die Wunde gelegt, daß andere Mitglieder einen enormen Schaden durch eine derartige Haltung erleiden können. Für die maßvollen und umsichtigen Aktionen gebührt ihnen nicht nur unser volles Verständnis, sondern ebenso auch unser Respekt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Aktionen aber, meine Damen und Herren, haben außerdem gezeigt, wie empfindlich die deutsche Fischwirtschaft ist, weil das Sperren der Einfuhren die deutsche fischverarbeitende Industrie er-

(C)

(B)

(D)

(A) heblich gefährdet. Sie haben gezeigt, daß weitere Blockaden Arbeitsplätze ebenso gefährden wie die Binnenversorgung.

Die Aufteilung der Quoten im EG-Meer hat mit einem dreizehnprozentigen Anteil für die Bundesrepublik Deutschland, das sind im übrigen 3,4 Prozent weniger als im Vorjahr, ein unzureichendes Ergebnis gebracht. Hinzu kommt, daß die Verluste bei der Fangmenge vor Drittländern nicht ausgeglichen werden konnten. Je geringer die Eigenversorgung der Bundesrepublik Deutschland ist, um so höher steigt der Anteil an Importen, Importe aber wenden sich immer dorthin, wo die höchsten Preise zu erzielen sind. Das bedeutet wiederum eine Verteuerung der Versorgung.

Allein diese Tatsache ist Grund genug, daß wir unverzichtbar Wert darauf legen müssen, daß eine deutsche Kernflotte erhalten bleibt, die in der Lage ist, zirka 50 Prozent der Versorgung zu übernehmen. Wir weisen außerdem darauf hin, daß bei einer weiteren Schrumpfung der Flotte der Anschluß an moderne Entwicklungen durchaus verpaßt werden kann.

Die Fangsaison wird witterungsbedingt zirka Mitte März beendet sein. Die bis dahin aufgetretenen Schäden lassen sich heute schwerlich abschätzen. Bis heute werden Zahlen geschätzt, die um die 30 Millionen DM liegen. Es ist daher notwendig, daß die Bundesregierung die deutsche Hochseefischerei so lange finanziell über Wasser hält, bis zufriedenstellende Lösungen erreicht sind. Es sollte daher geprüft werden, und damit knüpfe ich an Überlegungen von vorhin an, ob nicht mit entsprechenden Mitteln aus EG-Töpfen, die gesperrt werden müßten, um sie der deutschen Hochseefischerei zur Verfügung zu stellen, die Schäden zu heilen sind, die letztlich die deutsche Hochseefischerei durch die EG oder besser durch ein Mitglied der EG erlitten hat.

(B)

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Tiedemann.

**Abg. Tiedemann (SPD):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist angemessen, daß alle Fraktionen hier mit der gebotenen Sachlichkeit sich der Probleme annehmen, die ja in der letzten Zeit zu eskalieren drohen. Wer weiß, was in den Betrieben gegenwärtig diskutiert wird, was gerade in den letzten Wochen geschehen ist an spontanen Aktionen der Arbeitnehmer aus der betroffenen Hochseefischerei, aus der Kutterfischerei, aus den verarbeitenden Betrieben, der wird sich auch vorstellen können, daß wahrscheinlich mit diesen spontanen Aktionen nicht Schluß sein wird, sondern im Gegenteil damit gerechnet werden muß, daß sich die Situation weiter spitzt.

Deswegen will ich mich auch nicht darauf einlassen, Herr Wilhelms, über Anwesenheit oder Nichtanwesenheit an einem bestimmten Freitag zu re-

den. Ich bin mit meinem Kollegen Wilken an dem Morgen im Fischereihafen gewesen, habe einige von Ihren Kollegen auch begrüßen können bei der einen Sperre und bin dann mit meinem Kollegen Wilken zu den anderen Arbeitnehmern gefahren. Sie sehen, so etwas bringt nichts. Im übrigen war ich abends bei der Notgemeinschaft Fisch, und, meine Damen und Herren, die Notgemeinschaft Fisch, aus der Not entstanden, ist ein Interessenzusammenschluß von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ist ein Zusammenschluß der fischwirtschaftlichen Verbände, der Marktgesellschaften, der politischen Parteien, der Europaabgeordneten, der Bundestagsabgeordneten und der Landtagsabgeordneten.

(C)

Meine Damen und Herren, an diesem vergangenen Freitag haben wir uns sehr intensiv und noch unter dem Eindruck der spontanen Aktionen der Arbeitnehmer mit diesen Problemen auseinandergesetzt, intensiv befaßt und gemeinsam eine Entschließung erarbeitet, die einstimmig verabschiedet worden ist und dann an den Bundeskanzler, an den Bundesaußenminister, an den Bundesminister für Ernährung, an den Präsidenten der EG-Kommission, an weitere Kommissare und auch an die Landesregierung gegangen ist. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren, weil ich glaube, daß diese Entschließung die Haltung aller an diesen Diskussionen Beteiligten ganz eindeutig widerspiegelt. Es heißt:

„Die Regierungen der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft haben in dem Ratsbeschuß vom Mai 1980 zugesagt, bis zum Ende des Jahres eine gemeinschaftliche Fischereipolitik zu beschließen. Nicht zuletzt deshalb hat die Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig den Finanzbeitrag für das Vereinigte Königreich unterstützt. Doch diese Ratszusage ist gebrochen worden. Fünf Wochen des Jahres 1981 sind ohne Entscheidung verstrichen, und die nächste Sitzung des Fischereirats droht wiederum zu scheitern. Durch diese Verzögerung wird die deutsche Hochseefischerei und mit ihr viele Tausende Arbeitnehmer in ihrer Existenz bedroht. In wenigen Tagen geht die Saison in unseren traditionellen Fanggebieten zu Ende, während ein großer Teil unserer Fangflotten zur Untätigkeit verurteilt ist. Der Verlust eines ganzen Jahres in den wichtigen Fanggebieten ist unmittelbar zu befürchten. Angesichts dieser Sachlage müssen wir uns fragen, ob diejenigen, die noch immer die Ratifizierung des Kanada-Abkommens verhindern, damit das Ziel verfolgen, die deutsche Hochseefischerei zu ruinieren.“ Und so geht es weiter!

(D)

Meine Damen und Herren, Sie sehen daraus, daß offensichtlich, wenn es um die Sache geht, alle Fraktionen in diesem Haus die Auffassung der Notgemeinschaft Fisch teilen. In der Tat entsteht meines Erachtens durch den Mißbrauch des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat eine Situation, in der man sich fragt, ob das länger hingenommen werden kann. Hier ist deutlich gesagt worden, daß Großbritannien durch seine Haltung zu dieser Ent-

(A) wicklung beigetragen hat und eine Regelung verhindert zu Lasten der deutschen Hochseefischerei.

Wir haben in dem gemeinsamen Entschließungsantrag deutlich zum Ausdruck gebracht, daß hieraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden müssen, aber, meine Damen und Herren, man darf auch bitte sehr Frankreich nicht dabei weglassen und so tun, als wären es die Engländer allein, denn eines muß man wissen: Die Engländer verlangen um ihre Inseln herum bestimmte Zonen ganz für sich, die normalerweise für alle EG-Nationen offen wären. Die Bundesrepublik Deutschland hat darauf verzichtet, in eben diesen englischen Zonen für sich Fangrechte in Anspruch zu nehmen, weil wir bisher historisch immer in anderen Bereichen, nämlich vor Drittländern, gefischt haben.

Die Franzosen wollen — dafür gibt es ein gewisses Verständnis — erreichen, daß sie mit ihren Fischereifloten um England herum und um die zu England gehörenden Inseln herum fischen können, das heißt mit anderen Worten, auch die Franzosen können, wenn sie an dieser Forderung festhalten, verhindern, daß es zu einer Lösung kommt. Deswegen, meine Damen und Herren, bleibt uns nichts, als die Bundesregierung ganz deutlich aufzufordern, daß die Verabschiedung des EG-Agrarhaushalts so lange blockiert werden muß, wie es nicht eine hinreichende Regelung für die deutsche Hochseefischerei gibt.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, die Bundesregierung sollte angesichts des Bruches des Versprechens durch Großbritannien heute auch überlegen, ob es Möglichkeiten gibt, den seinerzeit Großbritannien gewährten EG-Zahlungsnachlaß heute wieder rückgängig zu machen und die vorgesehenen Summen von 2,538 Milliarden DM für die Haushaltsjahre 1980 und 1981 den Engländern nicht zu erlassen. Ich glaube, die Arbeitnehmer haben nicht länger Verständnis dafür, daß die EG nicht imstande ist, die drängenden Probleme zu regeln.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als nutzten mehrere europäische Nationen ihre völlig anders geartete Fangstruktur aus, um die Hochseefischerei der Bundesrepublik zu erledigen und damit in die attraktiven Märkte einzusteigen. Dies, meine Damen und Herren, wollen und müssen wir verhindern, und deswegen bin ich sehr froh, daß es uns gelungen ist, einen interfraktionellen Antrag zu diesem Problem einzubringen. Ich hoffe von dem Antrag, daß er hier einstimmig angenommen werden wird. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

**Abg. Dinné (BGL):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Willms hat uns alle aufgefordert mit den Worten, er bitte alle Mitglieder dieses Hauses, dem interfraktionellen Antrag

zuzustimmen. Wir haben davon überhaupt noch nichts gehört, Herr Willms!

(Abg. Kaufmann [CDU]: Wilhelms!)

Wilhelms, Entschuldigung, ich habe immer Schwierigkeiten mit dem E!

Wir haben von diesem Antrag gar nichts gehört und sind auch nicht angesprochen worden. Vielleicht hat das mehrere Gründe. Vielleicht ist das ein Wiedergutmachungskomplex mit der vereinigten Opposition, nun wieder die SPD auch einzubeziehen, damit diese nicht weiter herumweint, das ist auch furchtbar mitanzusehen. Oder vielmehr könnte es ja auch so sein, daß die vereinigte große Koalition davon ausgeht, daß wir vielleicht in der Tat in der Sache anderer Meinung sind,

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Schließen Sie sich doch dem Antrag an!)

und es ist auch so! Ich will versuchen, das kurz zu begründen!

Sie müssen sich doch vor Augen führen, meine Damen und Herren: Die Europäische Gemeinschaft, kurz EG, ist doch ein Zusammenschluß von vorwiegend Industrienationen, um einen gemeinsamen arbeitsteiligen Markt herzustellen. Dieser kommt natürlich in erster Linie den Industrienationen zugute und führt als Konsequenz daraus dazu, daß die Agrarländer und auch die Agrarsektoren in den Industrieländern nach und nach existentiell von der Bildfläche verschwinden werden.

Diese Konsequenz ist in der EG und im gemeinsamen Markt von Anfang an angelegt gewesen. Deshalb finde ich es so ein bißchen eigenartig, wenn jetzt hier gemeinsame großkoalitionäre Krokodilstränen geweint werden, jetzt, da die Konsequenzen der EG nun langsam auf uns herniederregnen. Der deutschen Bauernschaft und der deutschen Fischerei wird es noch viel schlechter gehen, das garantiere ich Ihnen jetzt schon, wenn die Gangart und die Rigidität der EG-Politik so weitergehen werden.

Bisher ist es so gewesen, daß die deutsche Fischerei neben den übrigen fischfangenden Nationen natürlich schon aufgrund ihrer Fanggründe benachteiligt war. Aus dem Grunde ist dann dieser komische Interventionsmarkt gebildet worden; alles, was nicht eine bestimmte EG-Fischgröße hatte, ging in die Intervention. Das hat dazu geführt, daß auch erstklassige Ware in die Intervention gegangen ist und praktisch eine Subventionierung der Fangquoten stattgefunden hat.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Glauben Sie das eigentlich selbst, was Sie da sagen?)

Herr Beckmeyer, Sie haben es doch das letzte Mal selbst erzählt, lesen Sie doch das Protokoll vom letzten Mal durch!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Aber nicht so, wie Sie das bringen!)

(C)

(D)

(A) Aber vielleicht ist es ja die Wahrheit, sehen Sie sich das doch einmal an!

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Nein, das ist Unsinn!)

Jedenfalls, wenn jetzt das Geschrei aus dieser Misere darauf hinausläuft, daß die Fangquoten erhöht werden sollen unter anderem, dann bedeutet das doch nichts anderes, als daß die sowieso schon umweltzerstörerische Überfischung der Fangbestände noch weiter ausgedehnt werden soll mit dem Ziel, daß in subventionierter Weise die Fische, die dort angelandet werden, anschließend in der Verwertung dem Fischmehl oder was auch immer anheim gegeben werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das im Sinne von vernünftigen Menschen ist, insbesondere von vernünftigen Politikern sein kann.

Ich verstehe auch die Haltung insgesamt nicht, die so ein bißchen aus diesem Antrag herausblinkt, auch wenn man so die Verhandlungen von Herrn Ertl mit den Kollegen auf EG-Ebene und auch die Kommentare der Zeitungen in dem Zusammenhang verfolgt. Das läuft doch darauf hinaus, daß die Deutschen es übernommen haben, alle Länder mit Volkswagen auszustatten und mit anderen Maschinenbauprodukten — vielleicht auch sogar mit Kernkraftwerken und was weiß ich alles —, und wenn die übrigen versuchen, das mit Fisch oder mit anderen Agrarprodukten zu bezahlen, werden diese hochmütig zurückgewiesen, und es wird praktisch ein Standpunkt vertreten — jedenfalls hat Herr Ertl das gemacht —, daß die Deutschen jetzt den Isländern und anderen, auch den Engländern natürlich, obendrein noch Fisch verkaufen wollen von ihren hochautomatisierten Fangschiffen aus!

(B) Wohin soll denn dieser, man muß schon fast sagen imperialistische Wahnsinn eigentlich führen, daß wir alles machen? Wo bleibt denn die Arbeitsteiligkeit des europäischen Marktes dann? Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß bei dieser Politik auch sonst noch alle möglichen Sinnlosigkeiten dabei herauskommen. Es gibt ein Milchmeer, es gibt einen Butterberg, es gibt Tomaten- und Pfirsichberge! Wohin soll denn diese Politik weiter führen, wenn die von Ihnen hier angestrebte Gemeinsamkeit des Hauses in solchen Anträgen sich niederschlägt wie, daß „die berechtigten Interessen der deutschen Seefischerei“ hier berücksichtigt werden sollen? Was verstehen Sie denn eigentlich genau darunter? Warum reden Sie denn in dem Antrag so darum herum, was Sie nun eigentlich wollen?

Daß die Arbeitnehmer in diesen Bereichen natürlich die Gelackmeierten sind am Ende, das ist klar. Da wird ja dann wieder mit dem Arbeitsplatzargument der letzte Blödsinn verkauft und subventioniert und so weiter und so fort. Wir können uns nicht vorstellen, daß Sie, wenn Sie klaren Blickes sind — und ich bin überzeugt, daß Sie genau wissen, was Sie mit diesem Antrag wollen! —, den

Wahnsinn, und hat er auch Methode, immer weiter fortführen wollen. (C)

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Welchen Wahnsinn?)

Den Wahnsinn, daß immer mehr Subventionierung in die deutsche Seefischerei hineingeht, obwohl andere Länder wahrscheinlich auch Fische fangen müssen, um mit uns in einen austauschenden Handel eintreten zu können gegen die Industrieprodukte, die wir andererseits ihnen verkaufen, Herr Beckmeyer! Wir können doch nicht alles produzieren auf der Welt und sauer sein, wenn uns die ganze übrige Welt nicht alles einschließlich Agrar- und Industrieprodukten abnimmt! Da ist doch sicher auch in Ihrem Kopf irgendwo einmal eine Schranke! Davon darf ich doch einmal ausgehen!

(Zuruf des Abg. Wilken [SPD])

Jedenfalls tragen wir diesen Antrag nicht mit, wir stimmen dagegen. Wir unterstützen dagegen die Blockade der Elbfischer, die sich ja sowohl aufgebaut haben gegen die Verschmutzung der Gewässer, die natürlich auch durch die Industrieproduktion dort notwendigerweise im Gefolge ist, aber auch, wie wir diesen Sommer gesehen haben, gegen die Verletzung nationaler Fischgründe durch die Anrainerstaaten, die „Staubsauger aus Holland“ und so weiter.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? (D)

Abg. Dinné (BGL): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Tiedemann!

Abg. Tiedemann (SPD): Herr Kollege Dinné, ist Ihnen bekannt, daß Dänemark einen ganz erheblichen Anteil der Industriefischerei der EG allein für sich in Anspruch nimmt, was Sie also als Gammel-fischerei bezeichnen?

Abg. Dinné (BGL): Ja, und was wollen Sie damit sagen, Herr Tiedemann?

Abg. Tiedemann (SPD): Ich wollte Sie fragen, ob ich Ihre Behauptung, daß die Industrienationen sozusagen sich hier spezialisieren und die anderen Länder zu irgendwelchen Nationen machen, die dann nur noch Landwirtschaft betreiben, richtig verstanden habe.

Abg. Dinné (BGL): Ja, gerade am Beispiel Dänemark kann man es doch erstklassig nachweisen! Fahren Sie doch einmal nach Dänemark, und sehen Sie sich an, welche Autos dort gefahren werden! Sehen Sie sich die dänische Autoindustrie an, die es natürlich nicht gibt, falls Sie das nicht wissen sollten! Überlegen Sie doch einmal selbst, womit die Dänen die deutschen Autos bezahlen sollen, wenn Sie auch noch deren Fische fangen wollen! Da ist doch das Theater!

(Beifall bei der BGL)

(A) Ich glaube, ich brauche Ihnen das nicht klarzumachen, das weiß sowieso jeder. Sie wissen das auch alle, sonst würden Sie nicht solche dunstreichen Anträge hier vorlegen.

Wir sind der Meinung, daß es richtig ist, daß die Fischer beginnen, sich dagegen zu wehren. Wir sagen auch gleich, daß die Konsequenz, die wir aus der Sache sehen, nur die ist, daß nationale Fischgrenzen hergestellt werden und daß dem EG-Markt Grenzen gesetzt werden müssen. Irgendwo ist die ganze EG wahrscheinlich eine Fehlkonstruktion. — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Willms.

Meine Damen und Herren, wir wollen uns in der Unterbrechung, die wir nachher machen, zusammensetzen und uns darüber unterhalten, ob und wie am Freitag die Sitzung der Stadtbürgerschaft gemacht werden soll.

(Abg. Neumann [CDU]: Am Freitag?)

Ja, es liegt ein Antrag vor. Ob und wie!

Das Wort hat Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will versuchen, wieder auf die Sache und den Anlaß der heutigen Aktuellen Stunde zurückzukommen, die an sich eine Stunde der Beklommenheit ist. Wir konnten hier nur gemeinsam feststellen, daß es im Bereich der EG-Politik Fehlentwicklungen gegeben hat, und das ist schon eine Feststellung, die eine negative im Kern ist.

(B) Nachdem gestern erst wieder ein Versuch gescheitert ist in der Runde der Außenminister, zu einer Regelung der europäischen Fischereipolitik zu kommen, kann man tatsächlich nur die Schlußfolgerung ziehen, daß hier nationaler Egoismus, um nicht zu sagen Chauvinismus, triumphierte. In dieser Art der Beurteilung stimmen wir, glaube ich, auf deutscher Seite alle überein. Ich habe gestern mehrere Gespräche in Sachen Fischerei in Bonn geführt und war mit allen Gesprächspartnern — gleichgültig, ob es sich um Abgeordnete aller Fraktionen des Deutschen Bundestags handelte oder Vertreter des Fachressorts — einig, daß eine solche Entwicklung, wie sie in Brüssel eingetreten ist, nur allseits zu bedauern ist.

Insoweit stimmen wir, glaube ich, auch hier mit der überwiegenden Mehrheit des Hauses überein. Der Senat hat sich in der Vergangenheit immer wieder durch das Fachressort, aber auch durch den Präsidenten des Senats in den Versuch eingeschaltet, in Brüssel zu einer gemeinsamen europäischen Fischereipolitik zu kommen. Wir haben dabei auch immer wieder auf die Notwendigkeit schneller und überzeugender Regelungen hingewiesen.

Als wir Anfang dieses Jahres bemerken mußten, daß die an sich für den 1. Januar dieses Jahres in

(C) Aussicht genommene Regelung nicht in Kraft treten konnte, haben wir versucht, unter den zuständigen Ministern der vier Küstenländer auch eine gemeinsame Haltung zu formulieren. Wir sind federführend für den Bereich der Fischereipolitik unter den Küstenländern. Wir haben ein Programm initiiert, welches darauf hinauslaufen soll, das im letzten Jahr getroffene und festgestellte Sofortprogramm für die Fischerei fortzusetzen und noch zu einem Notprogramm zu kommen, weil am Ende dieses Jahres die Schiffe keine Aussicht mehr hatten auszulaufen, um am 1. Januar unter Drittländerküsten vereinbarungsgemäß fischen zu können.

Die wirtschaftlichen Einbrüche, die in dieser Frage zu verzeichnen waren, sind offensichtlich und riefen uns auf den Plan. Wir haben uns unter den vier Küstenländern auch zu einem gemeinsamen Programm durchgerungen und dieses Programm den zuständigen Bonner Stellen und den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis gebracht. Parallel dazu hat Bremen in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundesrates entsprechende Beschlüsse herbeigeführt. Wir waren uns dabei auch mit den Gesprächspartnern auf allen Ebenen immer wieder in der Lagebeurteilung und auch in der Notwendigkeit, hier für Abhilfe zu sorgen, einig, sowohl unter den Küstenländern als auch im Dialog mit dem Bund.

(D) Die Bereitschaft auch des Bundes, in dieser Zwangssituation zu helfen, ist nach meiner Einschätzung sehr stark entwickelt. Das ist gestern auch in einem Gespräch, welches ich mit Bundesminister Ertl gehabt habe, noch einmal zum Ausdruck gebracht worden. Es mag vielleicht in der Höhe der Hilfsmaßnahmen, der finanziellen Hilfen Differenzen geben, aber ich glaube, das sind überbrückbare Tatbestände.

In dieser Beziehung, glaube ich auch, ist es völlig unangebracht, wenn wir uns hier gegenseitig mit irgendwelchen Vorwürfen bedenken. Wir haben alle Versuche unternommen, die wir unternehmen konnten, aus unserer Position hier in der Region, wir haben versucht zu helfen, soweit wir überhaupt helfen konnten. Wir müssen uns allerdings wirklich darüber im klaren sein, daß diese Hilfen alle nur ein Trostpflaster sind. Die Ursachen für die Schwierigkeiten der deutschen Fischerei sind damit nicht aus der Welt geschafft, und was das Schlimmste ist, wir haben ja auch nicht den Hebel in der Hand, etwas zu bewegen.

Wir können und müssen an dieser Stelle aber auch die Frage der Glaubwürdigkeit unserer europäischen Partner aufwerfen und müssen die Frage formulieren, ob eine Unterwerfung unter die üblichen europäischen Verfahrensregelungen, die in Brüssel so gang und gäbe sind, noch zu vertreten ist. Ich persönlich habe da meine großen Zweifel, und diese Zweifel sind inzwischen auch Bonner Zweifel geworden. Ich glaube, daß die Bundesregierung an dieser Stelle richtig beraten wäre, Härte

- (A) und Entschlossenheit auch in zukünftigen Verhandlungen zu anderen Fällen zu zeigen. Ich hoffe, daß der Beschluß der Bürgerschaft, wenn er hier so gefaßt wird, wie er vorliegt, auch in der Lage ist, der Bundesregierung an dieser Stelle den Rücken zu stärken.

(Beifall bei SPD und FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dinné hat von der Notwendigkeit eines austauschenden Handels gesprochen. Meine Damen und Herren, das ist sicher richtig, nur hat er hier, meine ich, den Fang von Speisefischen und die Industriefischerei in einen Topf geworfen, und eben letztere ist es, die in Dänemark in großem Stil betrieben wird. Wir meinen, daß das etwas ist, was so nicht unbedingt wünschenswert ist. Im übrigen, Herr Dinné, ist es ja so, daß ein großer Anteil der Rohwaren, die in der deutschen Fischindustrie verarbeitet werden, Importe sind.

Sie müssen sich einmal die Zahlen vorlegen lassen, wieviel Importer in Bremerhaven ihre Waren löschen, und das ist durchaus erwünscht! Nur, wenn wir sagen, wir brauchen eine Kernflotte, dann einfach, damit die Kontinuität der Versorgung sichergestellt ist und wir uns somit unabhängig halten. Wenn Sie außerdem sehen, daß diese Kernflotte zur Zeit, glaube ich, nur etwa 40 Prozent der Rohwaren anliefert, so ist das ein Anliegen, das einleuchtend ist, denn wir würden uns sonst dem Preisdiktat und auch dem Anlieferungsdictat von anderen unterwerfen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Problematik, die Herr Senator Willms eben angesprochen hat, nämlich die Frage, wie weit kann ich den anderen Ländern, den anderen Verhandlungsteilnehmern im Bereich der EG eigentlich trauen nach dem, was hier geschehen ist, ist uns allen offenbar geworden. Es ist in der Tat erschreckend, wenn nach langwieriger EG-Beratung eigentlich weniger als nichts herausgekommen ist.

Das liegt, das müssen wir einmal ganz nüchtern sehen, nicht an der EG, wie sie ursprünglich in der Konstruktion vorgesehen war, sondern das liegt daran, daß wir immer noch solche Fossilien wie den Ministerrat mit uns herumschleppen und daß durch das Einstimmigkeitsprinzip letzten Endes der Obstruktion alle Türen geöffnet werden. Die Bundesregierung, meine ich, und auch die anderen beteiligten Stellen haben sich, was ihren Einsatz und ihre Härte und ihren Verhandlungseifer angeht, wahrlich nichts vorzuwerfen. Für die EG allerdings ist das Ergebnis beschämend.

Hier komme ich auf einen Punkt, meine Damen und Herren, der viel zu wenig bei uns und auch bei unseren Partnern bedacht wird. Durch eine solche

Haltung kommen wir dazu, daß sich in Europa, in Deutschland in diesem Fall speziell, eine Europamüdigkeit breitmachen könnte, die auf lange Sicht gesehen die EG letzten Endes scheitern lassen könnte. Ich fürchte, daß wir hier, wenn das jetzt nicht bald ausgeräumt wird, die Wurzel haben werden für eine sehr negative Entwicklung in der Zukunft. Wir sollten uns davon nicht irremachen lassen, meine Damen und Herren, daß in anderen Ländern von innenpolitischen Problemen dadurch abgelenkt wird oder der Versuch gemacht wird, davon abzulenken, indem die EG-Politik mißbraucht wird.

Meine Damen und Herren, das Problem der Fischereifragen als Paket ist angesprochen worden, ich glaube, von Herrn Wilhelms. Ich glaube, hier hat die Bundesregierung richtig gehandelt, denn sie hat ein Paket geschnürt, sie hat gesagt, Großbritannien, wir helfen dir bei deinen Problemen, und Großbritannien hat im Austausch dazu zugesagt, daß die englische Regierung einer konstruktiven Lösung in der Fischereifrage nichts in den Weg legen will.

Man hat uns offensichtlich damit getäuscht, wie wir jetzt sehen.

(Abg. **Klein** [CDU]: Man muß geschickter verhandeln! — Abg. **Neumann** [CDU]: Ihr müßt den Ertl nicht dahin schicken!)

Nein, daran liegt es nicht, lieber Herr Klein, Sie wissen doch, daß die Verhandlungen sehr positiv abgeschlossen sind, aber der Punkt ist, wenn man verhandelt hat und das Ergebnis befriedigend ist, dann nützt das nichts, wenn die Partner offensichtlich sich in diesem Punkt nicht seriös verhalten und die Verabredung nicht einhalten.

(Abg. **Klein** [CDU]: Dagegen muß man sich sichern! — Abg. **Lahmann** [FDP]: Durch Gerichtsvollzieher oder wodurch?)

Lieber Herr Klein, Sie können mit Sicherheit doch auch nicht mehr als verhandeln!

Deswegen meine ich, daß in dem Antrag, den wir hier hoffentlich gemeinsam verabschieden werden, insbesondere im letzten Absatz die Konsequenz fast zwingend ist, die Voraussetzungen für diese Zahlungen sind entfallen, deswegen sollten wir nach Möglichkeiten suchen, nun unsererseits die Härte, die bereits eingeschlagen worden ist in den Verhandlungen, auch auf diesem Gebiet fortzusetzen.

Ich meine im übrigen, meine Damen und Herren, wir sollten hier keine Keile zwischen uns treiben. Wir haben ein gemeinsames Interesse. Wir sollten mit möglichst einer Zunge reden, denn nur so ist es gewährleistet, daß in Bonn, in Brüssel und anderswo unsere Stimme als eine Stimme von besonders Betroffenen auch gehört wird. — Vielen Dank!

(Beifall bei FDP und SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Beckmeyer.

(C)

(B)

(D)

(A) Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich in der heutigen Debatte, in der Fraktionsmeinungen ausgetauscht werden, zurückhalten eben aus dem klaren Interesse, die Notgemeinschaft Fisch nicht in irgendeiner Form zu belasten. Ich glaube aber, daß es dennoch notwendig ist, ein, zwei Positionen noch einmal klarzustellen, weil es immer noch auch Kollegen in diesem Hause gibt, die nicht erkannt haben, welche schwierige Situation existentieller Art wir hier im Lande Bremen im Zusammenhang mit dieser Krise um die deutsche Fischerei haben.

Erstens ist es richtig, wenn wir uns mit den Arbeitnehmern solidarisieren, aber das tut man nicht dadurch, Herr Wilhelms, daß man sich am letzten halben Tag der Demonstration einen CDU-Button an die Brust heftet und Kaffee ausschenkt und sagt, ich solidarisiere mich damit, sondern dies ist schon faktisch seit einem Dreivierteljahr die Aufgabe von politisch Handelnden hier im Lande Bremen, in Bremerhaven und Cuxhaven gewesen, sich mit den Kräften, die sich hier engagieren, und dazu zähle ich die Arbeitnehmer wie die Arbeitgeber, die politischen Kräfte des Raumes, zu solidarisieren.

Ich habe sehr wohl noch die höhnischen Worte von Herrn Gassdorf im Ohr, der von Sandmännchenmanier sprach, als zum ersten Mal die Notgemeinschaft ins Gespräch kam.

(Zuruf des Abg. G a s s d o r f [CDU])

(B) Diese Notgemeinschaft hat genau das bewiesen und genau das Ergebnis gehabt, und ich hoffe, auch in Zukunft das Ergebnis, daß wir uns mit einer vereinten klaren Sprache der Küste in den Bereichen artikulieren, wo man uns hören soll. Das ist das erste.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Für das erste bin ich nicht zuständig!)

Das zweite — Herr Gassdorf, ich weiß, Sie sind für Sand nicht zuständig —, das zweite: Herr Dinné, ich muß Ihnen bei aller Zurückhaltung sagen, das, was Sie hier an Fehleinschätzungen eben dargebracht haben, kann, wenn Ihre Meinung eine maßgebliche wäre, tatsächlich dazu führen, daß wir von einem Tag zum anderen unsere Hochseefischerei und die damit verbundenen Arbeitsplätze hier in Cuxhaven und Bremerhaven vergessen können,

(Abg. D i n n é [BGL]: Das haben Sie doch gewollt!)

denn was Sie dazu vorgetragen haben,

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Wer ist jetzt „Sie“?)

Ihre Haltung, Herr Dinné, ist im Grunde eine ganz — weil Sie ja vom arbeitsteiligen Markt sprachen — erzkapitalistische, die nämlich uns überhaupt die Chance nimmt, in irgendeiner anständigen Art und

Weise diese Tätigkeit im Bereich der Fischerei weiter zu betreiben.

(C)

Unser Problem, Herr Dinné, an der Küste ist es doch, daß wir nur 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik mit Fisch bewegen. Wir sind im Grunde eine Marginalie, die kaum jemand wahrnimmt. Wir haben aber erst einmal dafür gesorgt, daß diese unsere Probleme der Küste überhaupt Gehör gefunden haben.

Wir sind gegen die Stahlprobleme eine verschwindend kleine Interessengruppe, dennoch müssen wir uns artikulieren, weil wir regional davon so abhängig sind wie kein anderer Landstrich in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde kann es nicht unsere Auffassung sein, sich Ihrer Meinung anzuschließen, daß wir auf Fischerei in der Bundesrepublik und auf fischverarbeitende Betriebe verzichten.

Wenn Sie diese Meinung, Sie haben sie eben ganz deutlich zum Ausdruck gebracht, hier vertreten, so können Sie nicht auf der anderen Seite sich mit den Arbeitnehmern solidarisieren, denn sie wissen, worum es in dieser Frage geht, und sie wissen auch sehr wohl einzuschätzen, was Sie hier eben vertreten haben. Diese ist nämlich tatsächlich arbeitsplatzgefährdend und wäre tödlich, wenn sie sich durchsetzen würde — was sie Gott sei Dank nicht tut — für die deutsche Hochseefischerei und die Arbeitsplätze in den verarbeitenden Betrieben.

(D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Georg Schumacher.

Abg. Georg **Schumacher** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier nicht mehr über den interfraktionellen Antrag sprechen, den wir sicher gleich alle verabschiedet werden, es sollte nur noch auf eines hingewiesen werden: Im Juli 1975, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung eine Konzeption für die Fischwirtschaftspolitik verabschiedet. Die Zielsetzungen dieser Konzeption lassen sich in einigen Punkten zusammenfassen, nämlich erstens Sicherung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ einwandfreien Fischereierzeugnissen durch Eigenanlandungen und Importe zu angemessenen Preisen, zweitens Erhaltung einer leistungsfähigen Seefischerei, drittens Erhaltung der Arbeitsplätze in der Fischwirtschaft, Seefischerei, Verarbeitungsindustrie und Handel, viertens Sicherung angemessener Einkommen und Arbeitsbedingungen für die in der Fischerei Tätigen.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion darf ich hier feststellen, und wir sind der Meinung, das muß gesagt werden in der Diskussion dieses Themas, keines dieser Ziele, die sich die Bundesregierung 1975 gesetzt hat, ist bis heute verwirk-

(A) licht. Dieser Vorwurf muß in die Richtung des Landwirtschaftsministers, Herrn Ertl, gehen. Wir sind der Meinung, wenn sich Herr Ertl mit gleichem Elan für die Fischereibelange eingesetzt hätte und das nicht nur seit einem dreiviertel Jahr, wie für die Landwirtschaft, dann hätten wir, meine Damen und Herren, heute auch nicht diese Probleme in der Fischwirtschaft! — Danke sehr!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, weil Herr Beckmeyer meinte, ich hätte mich für die Abschaffung der deutschen Fischerei eingesetzt. Das Gegenteil ist der Fall! Herr Beckmeyer, ich wiederhole es noch einmal: Wenn die EG arbeitsteilig angelegt ist — und das ist ja ein urkapitalistisches Organisationsmodell, was bezeichnenderweise von der SPD am wirksamsten unterstützt wird, das nur nebenbei —, wenn diese Arbeitsmarktteiligkeit angelegt ist, dann bleibt es bei der Struktur der Bundesrepublik, einer Industriestruktur, nicht aus, daß die Agrarstaaten die Agrarsektoren in der Bundesrepublik über kurz oder lang ruinieren müssen.

Das haben Sie bei der Unterstützung der EG-Politik gesehen, das wollen Sie so. Das muß man zur Kenntnis nehmen. Nur, dann sind Sie diejenigen, die die deutsche Seewirtschaft ruinieren!

(B)

(Abg. **Tiedemann** [SPD]: Wer ist „Sie“?)

Die SPD-Regierung in Bonn und auch in Bremen, die diesen Kurs weiter unterstützt!

Das kann man mit Subventionen eine Zeitlang abzufangen versuchen und mit Interventionspolitik und so weiter, nur, Sie müssen sich um die Konsequenzen erstens nicht herumdrücken und müssen über die Konsequenzen anschließend keine Krokodilstränen weinen. Ob Sie sich da nun einen CDU-Knopf auf die Jacke kleben und der Herr einen SPD-Knopf, das spielt da nun keine Rolle mehr. Nur daß das klar ist!

Ich habe auch gesagt, die Konsequenz, die wir sehen, ist die, gerade um die Fischwirtschaft zu retten, daß wir sagen, wir führen die nationalen Grenzen wieder ein. Das ist natürlich ein EG-feindlicher Akt, das ist mir sonnenklar. Wir führen die nationalen Grenzen wieder ein und sagen, da sind bestimmte Bereiche, die werden eben nicht dem internationalen — kapitalistischen natürlich — Markt geöffnet. Das ist unsere Antwort darauf. Darüber können wir uns gern unterhalten.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Dinné** (BGL): Gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Wilhelms!

(C)

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Abgeordneter Dinné, nur damit die Betroffenen in Bremerhaven Sie richtig verstehen: Unterstellt einmal, man würde Ihrem Gedankengang folgen, würden Sie dann bitte sagen, welche nationalen Grenzen, bezogen auf die deutsche Fischerei, wiederhergestellt werden sollten?

Abg. **Dinné** (BGL): Man unterscheidet ja zwischen Hochseefischerei und Küstenfischerei. Ich bin da beteiligt, weiß also sehr wohl, wie ein Kabeljau aussieht, um dem Zwischenruf zu begegnen, habe mich aber auch schon vergewissert, daß ich hier nicht vom Standpunkt der Befangenheit aus rede. Was die Küstenfischerei anbelangt, ist wohl klar, wo die Grenzen sind. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Falls Sie es nicht wissen, die liegen zwischen Deutschland und Holland beispielsweise in der Höhe des Dollart. Soll ich das jetzt alles aufzählen, wo die Grenzen liegen? Das ist einmal die Küstenfischerei.

Dann kommt, was die Hochseefischerei anbelangt, sehr wohl das Problem der 200-Meilen-Zone. Da muß man sich eben mit den Ländern verständigen. Mit einem Land, dem ich Volkswagen verkaufen will, muß ich verhandeln, ob ich dort entweder den Fisch unmittelbar beziehe oder innerhalb seiner nationalen Hoheitsgewässer fischen darf. Alles andere ist nämlich der hinlänglich bekannte deutsche Herrenmenschenstandpunkt,

(D)

(Abg. **Gassdorf** [CDU]: Was?)

der in den Kommentaren der Europäer zu unserer deutschen Haltung bereits durch die Presse geistert. Das wissen Sie doch alles ganz genau.

Wenn Sie hier so durch Europa laufen und sagen, ihr seid wohl wahnsinnig geworden, wir Deutschen wollen hier fischen, wir wollen in Sizilien riesige Tomatenanbaukulturen machen, und wir wollen euch noch gleichermaßen unsere ganzen Industrieprodukte andrehen, das läuft doch auf eine wirtschaftliche Beherrschung hinaus. Bekennen Sie sich doch einmal dazu, und tun Sie hier nicht so unterwürfig!

Ich möchte noch einmal sagen: Ich möchte von der vereinigten großen Koalition der Krokodilstränen noch hören, was eigentlich mit den berechtigten Interessen der Seefischerei gemeint ist.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: 170 000 Tonnen über alles!)

Gut, da habe ich schon einen Teil gehört! Es kann doch nur gemeint sein, entweder Erhöhung der Fangquoten oder Veränderung der Fangquoten innerhalb der EG zu Lasten anderer Länder. Zu einem von beiden müssen Sie sich doch bekennen!

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Nein!)

(A) Dann sagen Sie doch einmal offen, was Sie eigentlich meinen,

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Sie müssen sich einmal informieren!)

damit die Betroffenen auch wirklich einmal hören, worum es eigentlich geht! — Vielen Dank!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

**Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn hier jetzt nicht die Unkenntnis par excellence demonstriert worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn es nur darum ginge, für unsere Fischerei im Rahmen der alten nationalen Seerechtsgrenzen zu fangen, hätten wir allein noch die Kutterfischerei, nicht mehr, und dann brauchten wir über Fischfang, Fischverarbeitung und die Sicherung des deutschen — ich sage bewußt nicht des internationalen — Marktes gar nicht mehr zu sprechen.

(B) Würden wir die Rechtsverhältnisse noch haben, die wir vor der Gründung der EG hatten, dann würden uns die Engländer kein Problem bereiten. Damals konnten wir im Rahmen der 3-Seemeilen-Grenze vor Island und Grönland und vor Kanada und woanders fischen. Dann haben die Isländer zu Recht, sage ich, gesagt, wir leben nur vom Fisch, wir müssen in unseren Bereichen unseren Fischreichtum als die einzige nationale Reserve sichern.

(Abg. Lahmann [FDP]: Richtig!)

Für diejenigen, die sich erinnern können: Es gab damals für uns ein besonderes Problem. Wir sind einbezogen worden in die Auseinandersetzung zwischen Island und England, und zwar nicht wegen unserer Fischerei, denn Rotbarsch ist damals gar nicht von Isländern gefangen worden, sondern wir sind wegen des Kabeljaus vom Streit betroffen worden, den die Engländer dort vor Island fischten, und weil die Isländer die Engländer von ihren Fischbeständen weg haben wollten. Ich bin zur damaligen Zeit vom Bundeskanzler Brandt gebeten worden, durch Verhandlungen für die Bundesregierung zu versuchen, die guten alten Beziehungen, die gerade Bremerhaven mit Island verbanden, für eine einvernehmliche Lösung zu nutzen. Wir wollen doch nicht vergessen, daß es die Isländer waren, die uns als erste 1945 Fisch ins Land geschickt haben, um die Kinder besser mit Nahrungsmitteln zu versorgen, und zwar ohne geldliche Gegenleistung, gleich nach 1945.

(Beifall bei SPD und FDP)

(C) Es galt, mit den Isländern eine Lösung zu finden. Wir hatten den Weg für die Wahrnehmung unserer eigenen nationalen Interessen gefunden, aber es wäre auf Kosten der englischen Interessen gegangen. Wir haben damals den Vertrag nicht abgeschlossen, weil wir der Meinung waren, wir dürften in einer Zeit des gemeinsamen Zusammenwachsens in Europa nicht nur die eigenen nationalen Interessen sehen, sondern wir müßten versuchen, eine europäische Lösung anzustreben. Auch Island wollten wir dabei in die Vorzüge der Beschickung des europäischen Marktes aufnehmen, und zwar ohne eine Mitgliedschaft Islands in der EWG.

Daß dann hinterher aus der besonderen Situation der überalterten Fischereiflotte vor Grimsby und in einigen Bereichen der Irischen See für die bretonischen und irischen Fischer ein Problem entstanden ist, das heute zum Konfliktpotential in der EG sich entwickelt hat, war damals nicht zu erkennen, denn damals ging es um Verhandlungen mit Nicht-EG-Partnern, denen wir Präferenzen für die EG einräumen wollten. Heute haben wir im kleinen EG-Binnenmeer das Problem, daß man in besonders sensiblen Bereichen an der englischen Küste mit einer Art Kutterfischerei auf See geht, wo mit unmodernen Booten gefischt wird, und die zugleich bei dem englischen Wahlrecht als wackelige Wahlbezirke angesehen werden, und das führt dazu, daß praktisch keine Regierung es sich mindestens fünf Mandate kosten lassen will, um eine europäische Lösung zu erreichen. Deswegen haben Labour und Konservative in dieser Frage alle die gleiche Haltung eingenommen.

(D) Unsere Hoffnung bei der Entlastung Englands bei der EG-Beitragsleistung durch die anderen europäischen Staaten im letzten Jahr war gewesen, daß die Zusage von England, uns entgegenzukommen im Fischereibereich, konkret eingelöst werden würde, wobei wir nicht unmittelbar vor England fischen wollten, um den kleinen Fischern in England ihren Raum zu lassen. Wir wollten, daß es zu einer Lösung kommt, mit der auch wir leben könnten. Dies war notwendig, damit die EG die ausgehandelten Fischereiabkommen mit Kanada, mit Grönland, zum Teil mit Norwegen und mit Island abschließen konnte.

Es geht uns gar nicht vornehmlich um das enge Binnenmeer, die Nordsee, es geht uns um die Grundlagen unserer Fernfischerei, und diese verlangen eine einheitliche EG-Antwort, und diese bekommen wir wegen des englisch-französischen Streites nicht. Mit Kanada wären wir längst soweit, mit Island wären wir soweit, mit Grönland hätten wir längst vereinbarte Positionen, wenn nicht in der EG aus regionalen und nationalen Wahlgründen Entscheidungsblockierungen stattfänden.

Ich habe zugehört und werde natürlich auch die Argumente an Bonn weiterleiten, was zum Beispiel die CDU heute hier, was die Freien Demokraten und die Sozialdemokraten zu diesem Fischereikom-

(A) plex gesagt haben. Ich werde das deutlich machen, nicht nur gegenüber dem Herrn Bundeskanzler, sondern auch in Brüssel. Ich werde mitteilen, wie man hier die Situation einschätzt, was man über die Verhandlungen in der EG denkt.

Doch bin ich auch gern bereit, hier mit Ihnen Geschichtsunterricht zu machen. Ich weiß jedenfalls, daß der entscheidende Fehler in der Agrarmarktordnung dadurch entstanden ist, daß sich der damalige Bundeswirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Erhard darauf verlassen hatte, daß die Franzosen ihre Zusage, die von ihm angestrebte Agrarmarktstruktur, auch einhalten würden. Das ist nicht geschehen. Soll ich das einen Vorwurf nennen?

(Zuruf von der CDU)

Nein, das eben nicht! Herr Erhard hat genauso wie heute manch ein Verhandlungspartner erleben müssen, daß klare Absprachen nicht gehalten worden sind.

Nun sage ich Ihnen, haben Sie schon jemals im beziehungsweise mit dem Ausland verhandelt, und konnten Sie jemals hinterher genau sagen, alle Verträge haben zehn oder zwanzig oder dreißig Jahre Bestand gehabt? Schön wäre es! Aber leider ist die Welt nicht so. Deswegen hat es keinen Sinn, darüber zu klagen, ob jeder Partner auch hinterher noch voll zu seinem Worte steht. Das will ich auch nicht. Meine Frage ist, wo bleiben die Antworten?

(B) Unsere Antwort für die Nordseefischerei ist nicht, den dänischen Kutterfishern das Leben schwer zu machen, den bretonischen Kutterfishern die Arbeitsmöglichkeit zu nehmen, unsere Notwendigkeit ist, eine Grundversorgung durch eigene Fernfischerei zu sichern und zugleich Importe von Kanada, von Grönland und von Island auf unsere Märkte zu ziehen, damit diese hier verarbeitet werden können, ob als Frisch- oder Frostfisch oder auch als Halbprodukte, je nachdem; wie die jeweiligen Länder es liefern wollen, ist dabei nicht von Vorrang. Aber um das zu erreichen, brauchen wir die Einheitlichkeit in der EG.

Aus der EG auszutreten, meine Damen und Herren, wäre die kurzfristigste, vielleicht im Augenblick sehr populär klingende, aber auf Dauer die deutsche Wirtschaft nicht unerheblich schädigende Lösung. Wir sind in Europa inzwischen wirtschaftlich so eng zusammengewachsen, daß das keine Antwort mehr ist. Also müssen wir uns gemeinsam bemühen, konzentriert unsere Bedingungen vorzutragen. Ich habe das vor. Ich will es erneut in Brüssel vortragen, so wie ich vorher mit Bundesminister Ertl und dem Kanzler diese Fragen besprochen habe.

Ich glaube im übrigen, hier geht es nicht nur um das Besprechen, es geht um die Frage, ob endlich Einsicht in der EG möglich wird, daß die EG nicht nur eine Bündelung ausschließlich nationaler Interessen sein kann. Da sage ich allerdings mit Herrn Dinné, Einsicht gilt dann nicht nur für eine Seite! Auch wir haben uns zu fragen, welche Antworten

wir gemeinschaftlich zur Perspektive der Hochseefischerei und der Fischverarbeitung zu finden haben. Ich will das auch als eine Frage an uns richten. Nur glaube ich, Herr Dinné, Ihre Darstellung geht bei den Fischereifragen von falschen Voraussetzungen aus. Uns geht es um die großen einvernehmlichen Lösungen, nicht darum, jemand anders in Europa kaputtzumachen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

### Existenzkrise der deutschen Hochseefischerei

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

vom 18. Februar 1981

(Drucksache 10/439)

Es handelt sich um die Neufassung der Drucksache 10/432 vom 17. Februar 1981. In dieser Neufassung ist die Drucksache 10/429, der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU, aufgegangen und damit erledigt.

Die dringliche Behandlung dieses Antrags hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer heutigen Sitzung beschlossen.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/439 ist unterzeichnet von den Fraktionen der SPD, CDU und FDP und ersetzt den bisher vorliegenden Antrag 10/432. Der Antrag liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft nimmt mit Bestürzung zur Kenntnis, daß die Verhandlungen des EG-Ministerrates über eine gemeinsame europäische Fischmarktordnung gescheitert sind. Sie hat Verständnis für die Aktionen der direkt Betroffenen in den Fischereihäfen Bremerhaven und Cuxhaven, die auch im langfristigen Interesse der Arbeitnehmer und Betriebe handeln, die in den nachgelagerten Bereichen unter den ungelösten Fischereiproblemen leiden.

Die Bürgerschaft verurteilt das in den bisherigen Verhandlungen deutlich gewordene Bestreben einzelner Mitgliedsländer, das Prinzip der Einstimmigkeit des Ministerrates zu mißbrauchen, um dadurch auf für unsere Region unerträgliche Weise den Abschluß einer umfassenden Fischereivereinbarung der EG zu verzögern.

Die Bürgerschaft fordert die Bundesregierung auf, ihr gesamtes politisches Gewicht und ihre finanzielle Stärke innerhalb der EG dafür einzusetzen, daß den berechtigten Interessen der deutschen Seefischerei Rechnung getragen wird.

Die Bürgerschaft erwartet, daß kurzfristig ein Not- und Übergangsprogramm von der Bundesregierung beschlossen wird, um die unverschuldete Notlage der deutschen Seefischerei zu überbrücken.

Die Bürgerschaft fordert die Bundesregierung auf, die Verabschiedung des EG-Agrarhaushaltes so lange zu blockieren, bis eine abschließende Regelung für die deutsche Hochseefischerei in Brüssel gefunden ist.

Die Bürgerschaft fordert die Bundesregierung weiterhin auf zu überprüfen, ob aufgrund der britischen Hal-

(C)

(D)

(A) tung gegen die Ratifizierung des Kanada-Abkommens die deutsche Zusage, ein Drittel des Zahlungsnachlasses für Großbritannien (2,538 Mrd. DM) für die Haushaltsjahre 1980/81 zu übernehmen, widerrufen werden muß, weil dieses Zugeständnis an die Bedingung geknüpft ist, daß die gemeinschaftliche Fischereiregelung bis zum 1. Januar 1981 zustande kommt.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem interfraktionellen Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/439 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, gegen drei Stimmen stimmt die Bürgerschaft (Landtag) diesem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt in eine Unterbrechung von 15 Minuten eintreten. Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Gruppe in mein Dienstzimmer, ebenso die Mitglieder des Vorstands.

Ich unterbreche die Sitzung bis 16.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 16.15 Uhr)

(B)

\*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.40 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich möchte Ihnen nur mitteilen, die Mitglieder des Bürgerschaftsvorstandes und die Fraktionsvorsitzenden und der Gruppenvorsitzende haben sich mit dem Vorschlag beschäftigt, ob in dieser Woche, also am Freitag, noch eine Stadtbürgerschaftssitzung stattfinden kann. Es ist die Meinung vertreten worden, daß mit Rücksicht auf die Termine, die bei den einzelnen Abgeordneten vorliegen, am Freitag eine Sitzung nicht stattfinden wird. Soweit dazu!

Das Wort hat der Abgeordnete Neumann zur Geschäftsordnung.

Abg. **Neumann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, um gewissen Meldungen und Erklärungen vorzubeugen, warum möglicherweise wer gegen zusätzliche Sitzungen war. Wir können nichts dafür als Opposition — ich darf jetzt einmal für die drei Oppositionsfraktionen beziehungsweise -gruppe sprechen —, daß das Thema Behinderte nicht verhandelt worden ist, das ist nun Sache der SPD, und daß wir im übrigen auch mit der Tagesordnung nicht viel weitergekommen

(C) sind. Dies alles rechtfertigt es nicht aus meiner Sicht, nun eine Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft einzuberufen, denn, meine Damen und Herren, das hätte ja nur Sinn, wenn ich jetzt einmal an die Schwerbehinderten denke, wenn die SPD ihre Haltung abänderte.

(Beifall bei CDU, FDP und BGL — Abg.

**Klatt** [SPD]: Sie wissen doch noch gar nicht, was wir wollen!)

Wenn ich nicht weiß, was Sie wollen, ist das nicht so schlimm, aber anscheinend scheinen Sie selbst nicht zu wissen, was Sie wollen! Meine Damen und Herren, der Senator hat dies häufig deutlich gemacht, auch kürzlich bei dem Behindertentreffen, daß die Positionen zu dem Transport der Schwerbehinderten Ihrerseits klar ist. Wenn sich da etwas geändert hat, meine Damen und Herren, brauchen Sie doch keine Parlamentssitzung dazu! Sollte diese Parlamentssitzung mit der Debatte, die nicht stattgefunden hat, Sie dazu bewegen, gegebenenfalls unserem Ansinnen nachzukommen, um so besser! Ich will nur sagen, wenn Sie für die Behinderten etwas tun wollen, meine Damen und Herren von der SPD, dann brauchen Sie keine Sondersitzung, sondern dann richten Sie den Modellversuch wieder ein!

(Beifall bei CDU, FDP und BGL — Abg.

**Stichweh** [SPD]: Er macht sich das ein klein bißchen zu einfach!)

(D) **Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Wedemeier zur Geschäftsordnung.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, daß das zu einfach ist. Wir haben vorgeschlagen, am Freitag die Sitzung nachzuholen oder fortzusetzen.

(Abg. **Dinné** [BGL]: Das geht doch gar nicht! Das ist rechtswidrig!)

Das ist eine strittige Frage, ob das rechtswidrig ist, weil die Frage offen ist, wie die Zwei-Tage-Frist auszulegen ist, aber das haben wir gar nicht diskutiert in der Interfraktionellen Besprechung. Wir haben das vorgeschlagen, warum auch immer das gestern nun nicht geklappt hat, da haben wir ja unterschiedliche Auffassungen. Wir waren nur der Meinung, daß man im Interesse der Betroffenen eine öffentliche Debatte so schnell wie möglich noch organisieren sollte. Deshalb haben wir die Bitte geäußert!

(Beifall bei der SPD)

Wie die SPD-Fraktion sich am Ende zu den Einzelanträgen verhalten wird, haben wir bisher noch gar nicht gesagt, Herr Neumann. Das würde wohl auch noch davon abhängen, wie der Verlauf der Debatte ist.

(Lachen bei der CDU — Abg. **Dr. Cassens** [CDU]: Dann hätten wir gestern

fertig werden können!)

(A) Moment! Gestern wäre die Möglichkeit eines Kompromisses überhaupt nicht mehr dagewesen, wie Herr Lahmann das formuliert hat.

Ich meine, wenn das wirklich ernst gemeint gewesen ist, daß man nun unbedingt in dieser Woche noch darüber reden muß — und gestern ist zum Teil auch vorgeschlagen worden, morgen nachmittag darüber zu reden, auch das ist heute noch wieder vorgeschlagen worden von Herrn Lahmann, glaube ich, in der Interfraktionellen Besprechung —, hätte man sich auch bemühen können, das hinzubekommen. Das hätte man wirklich machen können. Wir bedauern sehr, daß das nicht funktioniert hat.

Herr Willers und ich haben ja heute bei den Behinderten vor der Fernsehkamera gesagt, daß wir für einen Freitagstermin sind. Es sind leider keine näheren Gründe angegeben worden, warum das terminlich nicht klappt. Ich meine, wenn das Thema so wichtig ist, wie Sie das immer herausgestellt haben, Herr Neumann, dann hätte man auch einmal einige Termine fallenlassen können und hier debattieren können.

(Beifall bei der SPD — Abg. Neumann [CDU]: Gestern abend hätten wir das machen können!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz zur Geschäftsordnung.

(B) Abg. Adamietz (BGL) \*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muß bald einen Abflußkanal einrichten, damit die Krokodilstränen, die Herr Wedemeier hier vergießt, wieder aus dem Parlament herausfließen können.

(Beifall bei der CDU)

Es ist doch hohnlachend, wenn er sagt, sie bedauern nun außerordentlich, daß das nun nicht klappt.

(Abg. Neumann [CDU]: Das ist scheinheilig! — Abg. Klein [CDU]: Verkehrte Welt!)

Gestern nachmittag haben wir hier zusammen, in der Ecke sozusagen, gestanden und haben überlegt, wie wir den Tagesordnungspunkt Schwerbehinderte vorziehen und vor allen anderen Anträgen, die noch auf der Tagesordnung standen, behandeln können. Unter anderem habe ich den Vorschlag gemacht, daß wir dann eben morgen nachmittag die Stadtbürgerschaft fortsetzen.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das hat nicht geklappt!)

Das hat nicht geklappt! Warum denn wohl nicht? Daran waren Sie aber auch beteiligt, Herr Wedemeier! Zugleich wurde dann auch das Argument gebracht, die Einladungsfrist ist zu kurz, das geht nicht. Wenn von gestern auf Donnerstag die Ein-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

ladungsfrist zu kurz ist, dann ist nach Adam Riese von Mittwoch auf Freitag die Einladungsfrist auch zu kurz. (C)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ich habe die Auffassung nicht vertreten, daß das zu kurz ist!)

Dann kann man das jetzt hier nicht anders darstellen.

Es ist völlig klar, daß die Opposition hier im Hause dieses Thema eindeutig regeln wollte, und zwar so schnell wie möglich. Herr Lahmann hat das zigmal angeboten! Wenn Sie bereit wären, in der Sache sich zu verständigen und zu sagen, wenn das hier sozusagen auf Hauen und Stechen geht, aber wir alle ein Interesse daran haben, daß den Behinderten geholfen wird, dann allerdings wird man auch sich zusammensetzen können und eine Regelung treffen, die alle im Hause vielleicht tragen können, und zwar meine ich dann mit den Behinderten. Wenn das Ihr Ziel ist, dann werden wir sofort eine Regelung hier bekommen, und zwar, glaube ich, schneller, als wir hier verhandeln können.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Haben wir ja angeboten!)

**Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann zur Geschäftsordnung.

(D) Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht ja jetzt offenbar nur noch darum, sich den Schwarzen Peter gegenseitig zuzuspielen.

(Abg. Neumann [CDU]: Es ist doch klar, wo er ist!)

Also, wir wollten gestern beraten, das wissen wir alle. Das hat die SPD nicht gemocht, gekonnt, gesollt, gewollt. Was machen wir aus der Lage? Wir sind bereit, morgen nachmittag, ich wiederhole das noch einmal, die Sitzung der Stadtbürgerschaft fortzusetzen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir wissen wohl, daß Ladungsfristen für die Stadtbürgerschaft bis morgen nicht einzuhalten sind, daß sie auch bis Freitag nicht einzuhalten sind, Herr Kollege Wedemeier. Aber wenn alle Beteiligten sich damit einverstanden erklären, kann natürlich das Parlament unter Verzicht auf diese Ladungsfristen für morgen einberufen werden.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Jawohl!)

Also, wir sind im Interesse der Sache dazu bereit und dazu in der Lage. Das setzte allerdings voraus, daß der Landtag morgen mittag um 13 Uhr beendet wird. Das setzt dann auch voraus, daß diejenigen, die noch zusätzliche Tagesordnungspunkte beantragt haben, darauf verzichten. Da müssen nun einmal Prioritäten gesetzt werden. Wenn nun die Be-

(A) hindertenfrage und Daimler-Benz so wichtig sind, was auch immer gestern geschehen sein mag, wobei wir die Verzögerung noch einmal bedauern, dann muß man diese Punkte eben vorziehen.

Ich sage noch einmal, die FDP-Fraktion ist dazu bereit, morgen nachmittag in der Stadtbürgerschaft zu beraten und die Tagesordnung der Stadtbürgerschaft soweit wie möglich abzuwickeln.

Der Präsident mag feststellen, ob sich dafür eine Mehrheit in diesem Hause findet!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort.

(Abg. Werner Fischer [CDU]: Was passiert denn nun?)

Das wird das Präsidium entscheiden!

#### Verfassungsschutz, Betriebsratswahlen und Personenüberprüfungen

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 13. November 1980  
(Drucksache 10/366)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
vom 9. Januar 1981  
(Drucksache 10/401)**

(B)

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
vom 17. Februar 1981  
(Drucksache 10/433)**

Wir verbinden hiermit:

#### Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Bremen und des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 13. November 1980  
(Drucksache 10/367)

1. Lesung
2. Lesung

D a z u

**Änderungsanträge der Fraktion der FDP  
vom 8. Januar 1981  
(Drucksachen 10/394 bis 10/398)**

**Änderungsanträge der Fraktion der SPD  
vom 9. Januar 1981  
(Drucksachen 10/402 bis 10/406)**

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt drei mit der Drucksachen-Nummer 10/366 und der Ände-

(C) rungsantrag Drucksache 10/401 sind unterzeichnet von den Abgeordneten Kröning, Wedemeier und Fraktion der SPD. Der ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt eingebrachte Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 10/433 trägt die Unterschriften der Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Der Gesetzesantrag unter Punkt vier der Tagesordnung, Drucksache 10/367, sowie die dazu eingereichten Änderungsanträge mit den Drucksachen-Nummern 10/402 bis 10/406 sind unterschrieben von den Abgeordneten Kröning, Wedemeier und Fraktion der SPD. Die Änderungsanträge mit den Drucksachen-Nummern 10/394 bis 10/398 tragen die Unterschriften der Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Die Anträge und die dazu eingereichten Änderungsanträge liegen den Abgeordneten gedruckt vor.

#### Drucksache 10/366

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:  
Der Senat wird aufgefordert,

1. die Auswertung der Ergebnisse von Betriebsrats- und Jugendvertreterwahlen durch das Landesamt für Verfassungsschutz nicht fortzuführen, weder durch Feststellung von Namen noch von Zahlen, noch in einer anderen Form;
2. den Bereich des personellen Geheimnisses (§ 3 Abs. 2 Nr. 1 BremVerfSchG) wie folgt neu zu regeln:

2.1 Die Sicherheitsüberprüfung der Bediensteten des Landes Bremen und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven wird auf

- den Zugang zu oder Umgang mit Verschlußsachen der Geheimhaltungsgrade VS-Vertraulich und höher und
- sicherheitsempfindliche Behörden bzw. möglichst nur sicherheitsempfindliche Bereiche von Behörden eingeschränkt.

2.2 Neben dem durch den Bundesminister für Wirtschaft und den Bundesminister der Verteidigung geregelten Geheimnis in der Wirtschaft finden Vorprüfungen oder kurzfristige Prüfungen im direkten Verkehr zwischen der Wirtschaft und dem Landesamt für Verfassungsschutz möglichst nicht mehr statt;

3. den Bereich des personellen Sabotageschutzes (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 BremVerfSchG) so neu zu regeln, daß
  - die „sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen“ im Einvernehmen von Unternehmensleitung und Betriebsrat festgelegt werden,
  - der Arbeitnehmer sein Einverständnis mit der Überprüfung erklärt,
  - die Auswirkung belastender Erkenntnisse oder einer Weigerung, sich überprüfen zu lassen, auf die Tätigkeit an der „sicherheitsempfindlichen Stelle“ beschränkt bleibt,
  - das rechtliche Gehör gewährleistet ist und
  - der Rechtsweg offensteht.

(D) Wir kommen zur ersten Lesung über den Gesetzesantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/367, unter Punkt vier der Tagesordnung und treten gleichzeitig in die Beratung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/366, unter Tagesordnungspunkt drei ein.

(A) Gemäß Paragraph 34 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung findet in der ersten Lesung zunächst eine allgemeine Aussprache der Gesetzesvorlage statt; ihr folgt in der Regel die Einzelberatung.

Die Beratung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/366, sowie die

#### allgemeine Aussprache

über den Gesetzesantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/367, ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Kröning.

Abg. **Kröning** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat Ihnen im November 1980 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes und des G-10-Ausführungsgesetzes sowie einen Antrag mit der Bezeichnung „Verfassungsschutz, Betriebsratswahlen und Personenüberprüfungen“ vorgelegt.

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

Wir beantragen heute, in erster Lesung — nur in erster Lesung — über unseren Gesetzentwurf, Drucksache 10/367, und die Änderungsanträge zu dem Entwurf, Drucksachen 10/402 bis 10/406, zu beraten und zu beschließen und die zweite Lesung auf die März-Sitzung zu vertagen.

(B)

Ferner beantragen wir, in dieser Sitzung von dem Antrag zur Ausführung des Gesetzes, Drucksache 10/366, nur über Nummer 1, also über das Thema „Betriebsratswahlen“ abzustimmen und den Rest auch im März zu behandeln.

Mit den Anträgen verfolgen wir drei Ziele: erstens eine Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle und der gerichtlichen Kontrolle auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes, zweitens die Einführung eines bereichsspezifischen Datenschutzes und drittens die Konzentration des Verfassungsschutzes auf seine wesentlichen Aufgaben.

Zum ersten Schwerpunkt: Die parlamentarische Kontrolle, die bisher nur allgemein bei der Deputation für Inneres und bei der Bürgerschaft lag, soll dadurch verstärkt werden, daß dafür ein besonderes Hilfsorgan des Parlaments mit weitgehenden Rechten geschaffen wird. Die gerichtliche Kontrolle, die bisher tatsächlich ausgeschlossen ist, soll in einer Form eingeführt werden, die an die Nachprüfung von Eingriffen in das Brief- und Telefonheimnis angelehnt ist, nämlich als nachgehende gerichtliche Kontrolle bei schweren Eingriffen in die Privatsphäre.

Wie wichtig beides ist, weiß der Abgeordnete, der bisher nicht einmal den Verfassungsschutz im Haushaltsplan findet, und vor allem der Bürger, der von nachrichtendienstlichen Eingriffen in seine Grundrechte nichts erfährt oder — wenn doch —

nur durch Indiskretion und bruchstückhaft. Parlamentarische Kontrolle und Rechtsschutz setzen voraus, daß der Staat offen in Erscheinung tritt. Dies ist beim Verfassungsschutz als einzigem Bereich der Verwaltung nicht so.

(C)

Wegen dieser Anonymität des Verfassungsschutzes soll die Parlamentarische Kontrollkommission das Recht auf Akteneinsicht, auf Zutritt zu den Einrichtungen des Senats und auf Anhörung bestimmter Angehöriger des öffentlichen Dienstes als Auskunftspersonen erhalten. Dabei stellen wir klar, daß die Kontrolle über den Senat und nicht über den Verfassungsschutz unmittelbar ausgeübt wird und deshalb auch ein Kontrollbegehren nur beim Senat und nicht an ihm vorbei angebracht werden kann. Um den Weg zum Gericht zu eröffnen, soll nach Eingriffen, die nach ihrer Art und Schwere als qualifizierte Eingriffe in das allgemeine Persönlichkeitsrecht anzusehen sind, eine Benachrichtigung erfolgen, wenn eine Gefährdung des Zwecks des Eingriffs nicht mehr möglich ist.

Die Regelung schafft — und dies sollte und muß vielleicht auch noch einmal klargestellt werden — nicht eine Rechtsgrundlage für Eingriffe, die verfassungsrechtlich unzulässig sind. Unzulässig sind solche Eingriffe, die nicht durch Gesetzesvorbehalt in dem maßgeblichen Grundgesetzartikel abgedeckt sind, die den Wesensgehalt eines Grundrechts antasten oder die gegen die Würde des Menschen verstoßen, die nach Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes zu achten und zu schützen die Verpflichtung aller staatlicher Gewalt ist.

(D)

Die beiden Vorschläge zur parlamentarischen Kontrolle und zum Rechtsschutz dürfen aber nicht in ihrer verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Systematik vermengt werden. Die Spannung zwischen den Rechtspositionen von Parlament und Regierung beziehungsweise Verwaltung wie auch von öffentlicher Gewalt und einzelner Bürger ist nicht aufzuheben, sondern nur zu einem Ausgleich zu bringen. Deshalb können wir nicht dem Vorschlag der FDP-Fraktion in der Drucksache 10/398 folgen, bei Eingriffen, die wir dem Rechtsschutz zugänglich machen wollen, auch eine vorhergehende parlamentarische Kontrolle vorzusehen. Dies würde die Rechtsschutzregelung entwerten, mit der gerade Erfahrungen gesammelt werden sollen. Der Vorschlag würde auch aus parlamentarischer Kontrolle eine Art von Aufsicht oder gar Steuerung des Verwaltungshandelns machen.

Wir halten demgegenüber an zwei grundlegenden Merkmalen unserer rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung fest, nämlich an dem Vorrang der gerichtlichen Kontrolle vor der parlamentarischen Kontrolle und an der Gewaltenteilung, die dem zuständigen Senator die Verantwortung für sein Handeln nicht abnimmt.

Nun zum zweiten Schwerpunkt, dem bereichsspezifischen Datenschutz! Er besteht in folgenden Hauptelementen:

(A) Die Befugnisse des Verfassungsschutzes werden von den Aufgaben, die in Paragraph 3 geregelt sind, unterschieden und präzise gefaßt.

Der Gesetzentwurf geht davon aus, daß jede Stufe der Verarbeitung personenbezogener Informationen, ob Sammlung, Speicherung oder Weitergabe, einen Eingriff zumindest in das nach Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht bildet. Es wird für jeden Rechtsanwender und Betroffenen sichtbar gemacht, daß die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nur bei Vorliegen konkreter Umstände für einen Verdacht zulässig und an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden ist. Dies verdeutlicht der FDP-Antrag Drucksache 10/396 zusätzlich. Deshalb werden wir ihm zustimmen.

Die Trennung von Polizei und Verfassungsschutz, die nach den Erfahrungen mit politischer Polizei in Deutschland bei Erlaß des Grundgesetzes durchgesetzt wurde und bereits gesetzlich geregelt ist, wird durch eine Klarstellung gesichert. Die schon vorhandene Vorschrift nämlich, daß dem Verfassungsschutz keine polizeilichen Befugnisse zustehen, darf nicht unter Berufung auf den Grundsatz der Amtshilfe überspielt werden.

Ein weiteres wichtiges, wenn nicht das entscheidende Thema des bereichsspezifischen Datenschutzes ist die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Behörden, die heute zunehmend eine elektronische Zusammenarbeit ist. Deshalb werden die Fälle der Informationsübermittlung an die Grundsätze der Zuständigkeit und der Verhältnismäßigkeit auf beiden Seiten des Übermittlungsvorgangs gebunden, ferner in der Richtung vom Verfassungsschutz zu anderen Stellen eingegrenzt und schließlich sämtlich einer Protokollierungspflicht unterworfen.

(B) Im übrigen wird in der Regelung über die Speicherung personenbezogener Informationen ein besonderer Minderjährigenschutz geschaffen. Eine Speicherung von Daten über Minderjährige ist nur noch in Fällen des Verdachts von politischem Terrorismus oder von Spionage zulässig. Der Antrag der FDP mit der Drucksachen-Nummer 10/397, der bei der Speicherung von Informationen noch darin enthaltene Bewertungen besonders kenntlich machen will, wird von uns unterstützt.

Ich komme zum dritten und letzten Schwerpunkt, zur Konzentration des Verfassungsschutzes auf seine wesentlichen Aufgaben. Diese Aufgaben sind, einfach gesagt, Extremistenabwehr, und dies gilt für Deutsche wie für Ausländer, Spionageabwehr im Inland und Sabotageabwehr — alles im Vorfeld von Strafverfolgung, Polizei und sonstigen hoheitlichen Maßnahmen. Diese Hauptaufgaben sind im geltenden Paragraphen 3 Absatz 1 geregelt und werden nicht verändert.

Im geltenden Paragraphen 3 Absatz 2 sind diese Aufgaben konkretisiert. Dabei sind besonders wichtig die Fälle der Personenüberprüfung zum Schutz geheimhaltungsbedürftiger Informationen und zum Schutz lebens- und verteidigungswichtiger Einrich-

tungen. Auch diese Aufgaben werden in der Substanz nicht verändert. An den Rändern werden sie freilich so zurückgeschnitten, wie sie im Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder geregelt sind.

(C)

Dies übergeht die CDU, wie ihre Erklärungen auf der Pressekonferenz letzte Woche zeigen, und der heutige Zeitungsartikel über die Meinung der Betriebsräte der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zu dem Gesetzentwurf zeigt mir, daß von der CDU-Fraktion nicht zutreffend informiert worden ist.

Bei den Personenüberprüfungen im öffentlichen Dienst wollen wir die Streichung der bisherigen Regelung über die Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst erreichen. Der Bund hat diese Regelung auch nicht.

Unser Grund ist folgender: Der alte Paragraph 3 Absatz 2 Nummer 4 geht erheblich weiter als die Verfahrensrichtlinien von 1977. Er trägt die Möglichkeit der Ausweitung in sich, und dies läuft der Abschaffung der Regelanfrage zuwider, die wir zusammen mit der FDP durchgesetzt haben. Die Vorschrift erweckt außerdem den Eindruck, als ob der Verfassungsschutz auf diesem Gebiet eine Ermittlungstätigkeit aus eigener Initiative, eventuell sogar eine vorbereitende Ermittlungstätigkeit entfalten könne, womöglich noch nach den beamtenrechtlichen Anforderungen, die ein aktives Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlangen. Dies deckt sich nicht mit der Aufgabe des Verfassungsschutzes. Seine Aufgabe ist nämlich die Beobachtung aktiv-aggressiver Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen den Bestand und die Sicherheit des Staates. Es darf da keine Verwischung geben, weder bei den Anwendern noch bei den Betroffenen.

(D)

Die gleichen Bedenken haben wir auch gegen den Ersatzvorschlag im FDP-Antrag Drucksache 10/395. Wir können ihm deshalb nicht folgen. Ich stelle aber schon jetzt klar und bitte sie beide, FDP und CDU, dies genau zu beachten: Die Richtlinien von 1977 werden durch die Streichung nicht berührt, und dort, wo die Einstellungsbehörde nach der dienstrechtlichen Regelung beim Verfassungsschutz anfragen darf, enthält der Gesetzentwurf eine Rechtsgrundlage für die Übermittlung einer gewichtigen, gerichtsverwertbaren Information.

Soweit der Gesetzentwurf! Wir freuen uns, daß er im wesentlichen zwischen FDP und SPD und vielleicht auch CDU unstrittig zu sein scheint.

Anders ist es offenbar bei dem Antrag zur Ausführung des Gesetzes. Warum legen wir diesen Antrag vor? Schießt er über das Ziel hinaus, wie die CDU schon öffentlich erklärt hat?

Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, daß Artikel 1 Absatz 3 des Grundgesetzes alle Staatsgewalten zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet, also auch das Parlament.

(A) Das Parlament kann nicht nur durch Gesetze die Verwaltung binden und deren Handeln nachprüfbar machen, sondern es kann auch durch einfache Beschlüsse Ziele für das Verwaltungshandeln und die Arbeit der Ausschüsse des Parlaments und seiner Hilfsorgane setzen. Dies ist auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes, wie man nun einmal sagen muß, wichtig, denn hier haben wir in den letzten Jahren einige Fehlentwicklungen innerhalb der Exekutive erlebt und einen erheblichen Mangel an Rechtsschutz erkannt. Dem Inhalt der Grundrechte entsprechende gesetzliche Regelungen zu treffen und Ziele für deren Umsetzung vorzugeben, das heißt, Grundrechtsverwirklichung als Auftrag des Parlaments, ist deshalb nicht mit wenigen pauschalen Aussagen möglich.

Wir bringen dies in dem Gesetzentwurf zum Beispiel in Paragraph 7 Absatz 2 zum Ausdruck. Danach soll die Parlamentarische Kontrollkommission sich unter anderem mit weiteren Fragen der Personenüberprüfung beschäftigen. Aber auch die Deputation für Inneres behält das Recht, sich mit Themen zu beschäftigen, die sich gesetzlicher Regelung entziehen. Der Antrag Drucksache 10/366 soll dazu Ziele vorgeben. Auch hier geht es um drei Schwerpunkte:

Zum ersten lehnen wir die seit über zehn Jahren praktizierte Auswertung von Betriebsrats- und Jugendvertreterwahlen durch den Verfassungsschutz ab und wollen sie für die Zukunft ausschließen. Die demokratischen Betriebsräte und Gewerkschaften haben es wirklich nicht nötig, sich sagen und in ihren Reihen nachforschen zu lassen, wer Gegner der Verfassung und damit auch ihrer Freiheit ist.

(Beifall bei der SPD)

Mit Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, daß dem inzwischen auch FDP und CDU nicht mehr widersprechen. Wir wollen über diesen Punkt in dieser Sitzung abstimmen, weil im März die Betriebsräte und Jugendvertretungen neu gewählt werden.

Zum zweiten wollen wir den Bereich des personellen Geheimschutzes beziehungsweise Spionageschutzes neu regeln. Bei der Sicherheitsüberprüfung im öffentlichen Dienst wird darüber im Bund schon seit Jahren ohne Ergebnis diskutiert. Hier wollen wir erreichen, daß die Sicherheitsrichtlinien nicht unseren Verfahrensrichtlinien von 1977 widersprechen oder sie unterlaufen. Ein solcher — von einigen bekanntgewordenen Einzelfällen genährter — Verdacht diskreditiert unsere Bemühungen und Erfolge bei der Zurückdrängung des unseligen Ministerpräsidenten-, entschuldigen Sie, ich sage gern Extremistenbeschlusses, um auch der Selbsterkenntnis einiger Beteiligter Rechnung zu tragen, und auch bei der Zurückdrängung der Folgen dieses Beschlusses.

In Nummer 2.2 des Antrags Drucksache 10/366 wird der Direktverkehr zwischen Firmen und Verfassungsschutz bei Personenüberprüfungen angesprochen. Dies müßte in der Sache der Hauptpunkt dieser Debatte sein. Nur, hier wird ein neues Ele-

ment in die öffentliche Diskussion über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes in der Wirtschaft gebracht. Der Direktverkehr zwischen Firmen und Verfassungsschutz bewegt sich nämlich außerhalb des Verfahrens, das im Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft und in dem VS-Merkblatt des Bundesministers der Verteidigung seit Jahren geregelt ist. Dieser Direktverkehr zwischen Firmen und Verfassungsschutz ist für die zuständigen Betriebsräte ebenso wie für die betroffenen Arbeitnehmer, gelinde gesagt, unübersichtlich.

Wir drängen in diesem Restbereich — und es ist nur ein Restbereich — auf eine Einschränkung, soweit es die Interessen der Sicherheit des jeweiligen Betriebs und damit auch die Interessen an der Erlangung und Durchführung des jeweiligen Auftrags zulassen. Nur so lassen sich die Interessen der Arbeitnehmer an der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und an größerer individueller Rechtssicherheit zum Ausgleich bringen.

Mit der Umsetzung dieser politischen Willenserklärung, insbesondere mit der Frage einer interessengerechten Abgrenzung, werden sich die Beteiligten, vor allem die Parlamentarische Kontrollkommission und der Senat, noch beschäftigen müssen.

Drittens und letztens wollen wir den Bereich des personellen Sabotageschutzes neu ordnen. An der notwendigen Definition der sicherheitsempfindlichen Stellen in den Betrieben, die als lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen gelten, sollen die Betriebsräte beteiligt werden. Außerdem sollen die individuellen Rechte der Arbeitnehmer hier nicht anders als bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst gesichert werden. Die Grundsätze, die in Nummer 3 unseres Antrags Drucksache 10/366 ausgesprochen sind, gelten bereits in Hamburg und müssen zwischen dem Senator für Inneres, den Firmen und den Betriebsräten noch im einzelnen ausgestaltet werden. Man darf aber schon jetzt die Voraussage wagen, daß sich diese Regelung in Bremen ebenso bewähren wird wie in Hamburg. Was die CDU in diesem Zusammenhang über Gefährdung von Arbeitsplätzen gesagt hat, ist abwegig.

Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes und Sicherheit der Arbeitsplätze — sind sie bedroht, wie die CDU der Öffentlichkeit zu suggerieren versucht? Leider ist, was die CDU hier seit einigen Wochen auch indirekt betreibt, zu ernst, um beiseite gelassen zu werden. Es ist die Methode der Schwarzmalerei, der Verunsicherung und der haltlosen Prophezeiung.

(Beifall bei der SPD)

Aber glauben Sie, meine Damen und Herren, das, was Sie hier herbeizureden versuchen, wird sich nicht erfüllen! Der Verfassungsschutz wird durch die angestrebte Konzentration auf seine wesentlichen Aufgaben leistungsfähiger und kommt aus der Zone des Mißtrauens, der Kritik und auch des Geredes heraus, in die er nicht zuletzt durch politische und gesetzgeberische Überforderung geraten war.

(A) Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft wissen, daß die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze einer der obersten Maßstäbe der Sozialdemokraten ist. Unsere Anträge sind mit den zuständigen Gewerkschaften abgestimmt. Sie werden auch von der Arbeiterkammer, die alle betroffenen Betriebsräte, und zwar nicht auf parteipolitischer Ebene, gehört hat, unterstützt, und die Firmen, die an die Fraktionen und den Senat geschrieben haben — und das scheint die einzige Grundlage der Argumentation der CDU zu sein —, sind vom Senator für Inneres eingehend informiert und gehört worden.

Wir wissen selbst am besten, meine Damen und Herren, welche sachlichen Kompromisse und auch Kompromisse mit Rücksicht auf das Bund-Länder-Verhältnis in unseren Anträgen stecken. Die Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes und die Effektivität von Kontrolle und Rechtsschutz, der staatlich gewährte Schutz gegen Mißbrauch der Freiheit und die Sicherung der Freiheit vor Mißbrauch durch den Staat sollen zu einem Ausgleich gebracht werden. Unsere Fraktion bringt Bremen nicht auf eine schiefe Ebene.

Was uns und sicherlich viele Arbeitnehmer getroffen hat, ist das Denken, das sich in den Verlautbarungen der CDU gezeigt hat. Herr Neumann hat nach der Berichterstattung über seine Pressekonferenz unter anderem unsere Forderung kritisiert, daß die Überprüfung eines Arbeitnehmers zum Beispiel in einem Versorgungsunternehmen im Rahmen des vorbeugenden Sabotageschutzes von dem Einverständnis dieses Arbeitnehmers mit der Überprüfung abhängig gemacht wird. Er hat dies mit den Worten kommentiert: „Dann weiß der natürlich Bescheid und macht die Schotten dicht.“

Ist das eine arbeitnehmerfreundliche, um die Arbeitsplätze besorgte Sprache? Ist die CDU der Meinung, daß es bei der Tätigkeit des Verfassungsschutzes irgendwo rechtliche Freiräume geben soll? Wessen Interessen werden hier vertreten? Die der Beschäftigten, die ihrer Firmen, die Interessen Bremens, oder nur parteipolitische Interessen?

(Beifall bei der SPD — Abg. Wedemeier [SPD]: Die letzten!)

Wenn Herr Neumann erklärt hat, wir trieben keine verantwortungsvolle Innenpolitik, fällt dies auf ihn zurück!

Wir halten dem entgegen: Der Selbstschutz der Demokratie, den das Bundesverfassungsgericht aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit und aus den Artikeln 18 und 21 des Grundgesetzes abgeleitet und zu dem Prinzip der streitbaren Demokratie zusammengefaßt hat, umfaßt ohne Frage auf einwandfreier verfassungsrechtlicher Grundlage einen nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz. Er hängt aber auch und entscheidend ab vom verantwortlichen, individuellen und kollektiven Handeln der Bürger, sei es in den Schulen und Hochschulen, den Betrieben und Behörden oder in den Organisationen, die am politischen Meinungs- und Willensbildungspro-

zeß teilnehmen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung läuft leer, wenn wir den Willen zur Verfassung, von dem Hermann Heller gesprochen hat, mißtrauen, statt ihn zu aktivieren. Nicht zuletzt diesem Ziel sollen unsere Anträge dienen. Wir bitten um Ihre Zustimmung!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete von Schönfeldt.

**Abg. v. Schönfeldt (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die FDP-Fraktion begrüßt die Initiative der SPD, einen Gesetzesantrag vorzulegen für den Bereich des Verfassungsschutzes, nachdem die FDP in der vorigen Legislaturperiode einen eigenen Entwurf vorgelegt hat, der am langen, harten Arm der Mehrheitsfraktion in der Deputation verkümmert ist.

Wir müssen diese Mehrheitsverhältnisse akzeptieren. Wir haben damit aber deutlich gemacht, daß wir in diesem Bereich die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung unter Berücksichtigung liberaler Grundsätze erkannt haben. Wir haben sie zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt hier eingebracht, für die SPD zu früh. Der Gesetzentwurf ist gestorben, er ist nicht mehr zur Verabschiedung gekommen, und nun kommt die SPD mit einem eigenen Entwurf.

(Abg. Lahmann [FDP]: Er kommt in neuer Gestalt wieder hoch!)

Er kommt in neuer Gestalt wieder hoch! Wir können auch zu unserer Befriedigung sagen, Herr Lahmann, daß sich hier eine Reihe von Vorstellungen und Gedanken, die wir damals entwickelt haben, wiederfindet. Das mag übereinstimmende Erkenntnis sein, nur kommen Sie mit Ihren Erkenntnissen nach uns, und es ist Ihr Recht aufgrund Ihrer Mehrheit, nun einen eigenen Entwurf einzubringen.

Wir begrüßen, wie gesagt, diese Initiative und haben versucht, an dieser Initiative durch intensive Prüfung, Mitarbeit in unseren Bereichen, teilweise auch unter gegenseitiger Konsultation, interparlamentarisch, wenn man so will, die noch streitigen Bereiche abzuklopfen.

Wir haben auch im Bereich des Verfassungsschutzes uns selbst informieren können, einmal zusammengesessen mit dem stellvertretenden Leiter dieses Amtes, und wir haben auch den Senat konsultiert, um zu erfahren, wie die Praxis ist und wie er es beurteilt. Wir haben uns auch im Bundesinnenministerium informieren können über Vorstellungen und Novellierungsabsichten im Bund.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, Herr Kröning, das war ein Beispiel — im Gegensatz zu den Debatten heute morgen —, wie man auch interparlamentarisch an einer gemeinsamen Sache, an einem gemeinsamen Anliegen sachlich und, wie ich sagen darf, gut zusammenarbeiten kann, um dann das Bestmögliche für diese gemeinsame Sache heraus-

(B)

(C)

(D)

(A) zuholen. Das erwähne ich ausdrücklich nach diesem etwas unerfreulichen Eindruck, der heute morgen hier hätte aufkommen können.

(Beifall bei der FDP)

Dies hat nicht dazu geführt, daß wir in grundsätzlichen Positionen nicht andere Meinungen vertreten haben, andere Meinungen vertreten konnten, ohne uns böse zu sein, und ich werde diese Meinungen und Rechtsauffassungen hier auch einbringen und begründen. Ich möchte aber vorab noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu der Materie Verfassungsschutz und dem Verhältnis der Politik zu dieser Verwaltungseinheit machen!

Für die FDP erfüllen die Verfassungsschutzbehörden sowohl des Bundes als auch der Länder einen durch das Grundgesetz legitimierten Auftrag zur Sicherung und Verteidigung unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Die FDP, die eine möglichst freie und offene Gesellschaft anstrebt, in der auch den Feinden dieser Freiheit zwangsläufig ein gewisser Freiraum verbleibt, weiß sehr wohl aus der Geschichte, daß auch die freieste und offenste Gesellschaft nicht wehrlos sein darf. Die Bestrebungen ihrer Feinde müssen bei aller liberaler Toleranz sorgfältig beobachtet werden, um festzustellen, wann die Grenze überschritten ist, von der ab ihre Feinde zu einer ernsthaften Gefahr für den Bestand der Gesellschaft werden, die wir ja gerade in Freiheit erhalten wollen.

(B) (Beifall bei der FDP)

Das heißt, gerade der freiheitliche Staat, den die FDP will, den wir alle wollen, den wir ausbauen wollen, den wir erhalten wollen, bedarf eines Verteidigungsinstrumentariums gegen die Feinde der Freiheit. Deswegen bekennen sich — und das sage ich noch einmal ganz betont — Liberale entgegen der oft von rechts böswillig entgegengesetzten Behauptung zum Verfassungsschutz, zu den Bediensteten, die diese Arbeit ausführen, und zu ihrer Arbeit.

(Beifall bei der FDP)

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen ganz deutlich machen, wir müssen vor allen Dingen den jungen Bürgern dieses Staates ganz deutlich machen, daß die Verfassungsschutzbehörden und ihre Mitarbeiter von den Befugnissen, die sie zur Erfüllung ihrer Arbeit haben, nur in der Weise Gebrauch machen, die dem inneren Wesen eines freiheitlichen Rechtsstaates entspricht, denn, meine Damen und Herren, Rechtsstaatlichkeit bedeutet — und das kann nicht deutlich genug gesagt werden —, daß auch bei der Verteidigung gegen Feinde des Rechtsstaats am rechtsstaatlichen Handeln festgehalten werden muß.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt — und das, was ich jetzt sage, wird oft mißverstanden und falsch interpretiert, das wird uns oft böswillig im Mund herumgedreht, ich sage es

aber noch einmal ganz deutlich —, der Intensität staatlicher Ausforschung und dem Eindringen in die Privatsphäre des Bürgers mit nachrichtendienstlichen Mitteln sind rechtsstaatliche Grenzen gesetzt. Das Grundgesetz gewährt dem einzelnen Bürger einen unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung, der der Einwirkung öffentlicher Gewalt entzogen ist.

(Beifall bei der FDP — Abg. Klein [CDU]: Sie beklatschen das Grundgesetz, meine Herren!)

Wir beklatschen das Grundgesetz, Herr Klein, so ist es!

(Abg. Lahmann [FDP]: Das sollten Sie auch einmal tun! — Abg. Klein [CDU]: Hören Sie einmal, Herr Kollege, eine schnoddrige Bemerkung!)

Sie werden vielleicht fragen wollen, Herr Klein, warum ich das sage, ob ich davon ausgehe, daß womöglich die Verfassungsschützer dies nicht wissen und sich nicht daran halten. Ich sage das deswegen so deutlich, weil es einmal eine Zeit des Mißbrauchs staatlicher Gewalt gegeben hat, Herr Klein, und ich denke an die Zeit nationalsozialistischer Diktatur, die heute noch bei vielen älteren Mitbürgern ein Gefühl der Angst vor der Allmacht des Staates erhält.

(D) Es kommt noch hinzu, daß wir im Bereich des Verfassungsschutzes mit nachrichtendienstlichen Mitteln arbeiten, die etwas Unbekanntes — es war von Grauzone die Rede —, insbesondere für junge Leute nicht Faßbares sind und auch bleiben müssen. Deswegen ist es so wichtig, gerade in diesem Bereich deutlich zu machen, daß dies alles, so notwendig es ist, im Rahmen rechtsstaatlicher Vorschriften und rechtsstaatlicher Regeln funktionieren muß und auch, wie wir meinen, funktionieren kann.

Es gibt eine jüngere Generation, meine Damen und Herren, die die Auswirkungen des totalitären Systems nicht miterlebt hat, die kaum Verständnis dafür hat, daß unsere freiheitliche Rechtsordnung bewahrt werden muß, daß es Feinde dieser Grundfreiheiten gibt. Dieses Informationsdefizit der jungen Leute gilt es aufzuarbeiten, und es gilt, mehr Vertrauen zu schaffen und dem Gerede von der Rechtsfeindlichkeit oder womöglich Verfassungsfeindlichkeit des Verfassungsschutzes entgegenzuwirken.

Wir müssen uns vor die Mitarbeiter stellen, und wir müssen sie aus dieser Grauzone herausführen. Deswegen meine ich, eine klare gesetzliche Regelung der Aufgaben der Verfassungsschützer dient nicht zuletzt den Bediensteten bei ihrer Arbeit, bei ihrem Selbstverständnis, was den Beruf angeht und was ihre Stellung in der Öffentlichkeit angeht.

(Beifall bei der FDP)

(A) Das heißt nicht, meine Damen und Herren, daß sich eine Behörde im Einzelfall nicht einmal Kritik gefallen lassen muß. Die grundsätzliche Haltung, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, ist realisiert worden durch diesen Gesetzentwurf, den wir heute zur Kenntnis genommen haben und auch begrüßen.

Entsprechend den von mir noch einmal allgemein skizzierten Grundpositionen haben wir uns an dieser Arbeit beteiligt und Änderungsanträge eingebracht, von denen wir glauben, daß sie die Regelungen, zum Teil schon zugestanden von Herrn Kröning hier, doch noch etwas verbessern können. Ich möchte im einzelnen auf diese Änderungsanträge eingehen, soweit sie nicht von Ihnen als sachlich und akzeptabel hier schon vorgestellt worden sind.

Es geht einmal um den Antrag, mit dem wir den Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes im Paragraphen 3 dahingehend umschreiben wollen, daß bei der Regelung hinsichtlich der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden oder die Zugang dazu erhalten sollen, angefügt wird „oder ihn sich dienstlich verschaffen können“. Die SPD hat in einem Änderungsantrag den letzten Teil mehr oder weniger akzeptiert, hat die Bundesregelung übernommen, in der steht „oder ihn sich verschaffen können“.

(B) Meine Damen und Herren, uns kam es auf den Begriff „dienstlich“ an, und zwar kam es uns deswegen auf diese restriktive Umschreibung „sich dienstlich verschaffen können“ an, weil wir ausschließen wollen, daß dann auch Personen wie zum Beispiel Angehörige, Verlobte, Mitbewohner oder sonstige Personen überprüft werden, die sich auch auf irgendeine Weise Zugang zu diesem Bereich verschaffen können. Wir wollten klarmachen, daß nur die Personen einer Prüfung unterzogen werden müssen, die sich den Zugang zu diesen geheimhaltungsbedürftigen Dingen im Rahmen ihrer beruflichen, dienstlichen Tätigkeit — entweder weil sie unmittelbar damit befaßt sind oder weil sie in einem nahen Bereich tätig sind — verschaffen können.

Ich meine, die Formulierung, die wir in unserem Änderungsantrag gewählt haben, ist liberaler, ist auch vertretbar gegenüber dem Bund. Wir appellieren noch einmal an die SPD, ob sie nicht wenigstens bereit ist, hier ein wenig restriktiver zu formulieren und nun nicht wieder die gesamte Breite des „Sich-verschaffen-Könnens“ einschließlich des von mir aufgezeigten Personenkreises hier zu übernehmen. Wir haben zwei Änderungsanträge vorliegen und werden dann entsprechend entscheiden müssen, wobei wir meinen, daß für die Regelung der SPD die Bundesregelung spricht, aber man sollte nun auch nicht so zaghaft sein, sondern sich noch einmal überlegen, ob nicht das, was wir wollen, der Sache gerechter wird.

Der zweite Änderungsvorschlag ist mehr gesetzestechnischer Art. Es geht um die Frage, ob wir

(C) aus dem Bremer Gesetz eine Ziffer herausnehmen, die bisher darin war, das ist nämlich die Frage, ob die Verfassungsschutzbehörden bei den Einzelanfragen von Behörden im Rahmen der Einstellung in den öffentlichen Dienst mitwirken.

Meine Damen und Herren, das, was Herr Kröning hier vorgetragen hat, war klar. Er will — er hat es ja auch in seiner Begründung geschrieben —, die SPD will diese Tätigkeit, diese mitwirkende Tätigkeit nicht aufheben. Sie konzidiert, daß der Verfassungsschutz hier eine Verpflichtung hat mitzuwirken. Aber, meine Damen und Herren, wenn ich das so sehe und wenn ich das auch einräume und in die Begründung hineinschreibe, qua Amtshilfe, dann fragen wir, warum Sie es dann nicht im Gesetz lassen. Ist das eine Form der Augenwischerei, ist das eine Frage der Kosmetik? Gibt es bestimmte Zielgruppen, Parteigruppierungen, denen man das lieber nicht so deutlich im Gesetz zeigen will, daß der Verfassungsschutz auch hier tätig sein muß? Ist es Optik, oder hat es irgendeinen Sinn? Wenn Sie sagen, Sie wollen im Rahmen der Richtlinien auf diese Tätigkeit nicht verzichten, dann kann man sich insoweit beruhigen, aber, meine Damen und Herren, wir sollten hier auch offen sagen, daß der Verfassungsschutz da mitwirkt, und wir können ja gerade auf unsere Richtlinien verweisen.

(Beifall bei der FDP — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

(D) Nächster Punkt, das ist die Frage der Verhältnismäßigkeit, das ist von Ihnen auch so gesehen worden. Die Frage der Bewertungen haben Sie hier angeschnitten, das kann ich überspringen.

Der wichtige Bereich der Kontrolle wird von uns anders gesehen, und das möchte ich im einzelnen ausführen. Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu der SPD sehen wir im Bereich der Kontrolle des Verfassungsschutzes nicht nur eine Kontrolle im herkömmlichen Sinne als klassische Aufgabe der Legislative, sondern wir sehen hierin die einzige Möglichkeit für den Bürger, wirksam seine Freiheitssphäre so geschützt zu sehen, daß er in den Stand versetzt wird, im richtigen Moment, zum richtigen Zeitpunkt auch etwas zu unternehmen, wenn sich herausstellen sollte, daß eine Handlung begangen wird, die die Grenzen überschreitet.

Wenn die SPD im Paragraphen 4 dem Bürger einen nachträglichen Rechtsschutz gewährt, indem sie mit unbestimmten Rechtsbegriffen arbeitet und ihm für bestimmte Fälle ein Informationsrecht gibt und ihm dann anheimstellt, er möge im Verwaltungswege eine vor zwei, drei oder vier Jahren vollzogene Maßnahme nachkontrollieren lassen, dann ist das für den Bürger gar nichts mehr wert. Die Maßnahme ist gelaufen. Außerdem ist, meine Damen und Herren, Geheimschutzsachen, Verfassungsschutzsachen in einer öffentlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht auszutragen, nach meiner Überzeugung für den einzelnen Bürger mehr oder

(A) weniger unmöglich, weil natürlich in dem entscheidenden Teil der Zeugenbeweis wegen des Geheimhaltungsbedürfnisses der Materie nicht anzutreten ist, so daß ich glaube, daß ein nachträglicher Rechtsschutz, so wichtig das hier von Ihnen erachtet worden ist, ineffektiv ist, dem Bürger weniger nützt.

Wenn ich die Aufgabe dieses Kontrollgremiums auch darin sehe, für den einzelnen Bürger eine wirkliche Kontrolle auszuführen, dann ist es nur so möglich, wie wir es Ihnen vorgeschlagen haben, daß in bestimmten Fällen eine Kontrolle im Vorhinein stattfindet.

Wenn mir entgegengehalten wird, das geht doch gar nicht, Gewaltenteilung, dann muß ich sagen, ich will Sie jetzt hier nicht mit den Erkenntnissen der Rechtslehre über das Prinzip der Gewaltenteilung aufhalten, aber, meine Damen und Herren, die strenge Gewaltenteilung, die klassische Gewaltenteilung wird doch in der Praxis heute gar nicht mehr so gehandhabt. Wir kennen eine Fülle von Bereichen, Herr Dr. Cassens, wo die begleitende Kontrolle heute schon stattfindet. Herr Dr. Sieling in Ihrer Fraktion ist ein sehr guter Zeuge für meine Theorie. Er hat hier vor nicht langer Zeit vorgebracht, wie die CDU das sieht. Er hat nämlich vorgebracht, Sie wollten in einen Datenschutzausschuß der Verwaltung aufgenommen werden,

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hat widersprochen! — Abg. Klein [CDU]: Kein Datenschutzausschuß! — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Programmausschuß!)

(B)

um nämlich zu einem früheren Zeitpunkt rechtzeitig für den Bürger etwas zu unternehmen und beteiligt zu sein an einem Verwaltungsausschuß, an einer Exekutivmaßnahme, weil Sie befürchten, daß im nachhinein gar nichts mehr zu machen ist.

Ich bin der Auffassung, wir sollten das Problem der Kontrolle anhand unseres Vorschlags, wobei es nicht auf Formulierungen ankommen muß, noch einmal überdenken. Ich problematisiere einen nachträglichen Rechtsschutz durch Gerichte und meine, daß eine Kontrolle in einem vorderen Bereich notwendig ist. Daß das so falsch nicht sein kann, meine Damen und Herren, das können Sie daran sehen, daß im G-10-Bereich — zwar gesetzlich geregelt, ganz klar, die SPD schreibt das auch in ihren Antrag hinein — im Vorhinein die Kontrolle stattfindet.

Nun können Sie sagen, das ist ja eine ganz andere Materie. Nur, meine Damen und Herren, der Sinn dieser Sache ist genau der gleiche wie hier. Ich frage dann aber: Wenn im G-10-Bereich, wo womöglich minder schwere Eingriffe in die Freiheit des Bürgers notwendig sind, im Vorhinein eine Kontrollmöglichkeit besteht, warum soll sie dann in dem Bereich nachrichtendienstlicher Mittel, der oft weit über das hinausgeht, was der G-10-Bereich abdeckt, nicht möglich sein?

(Beifall bei der FDP)

Herr Dr. Cassens sieht die verfassungsrechtliche Problematik und fragt, wie im einzelnen praktiziert werden soll. Es ist sogar gesagt worden, damit übernehme ihr letztlich die Verantwortung der Exekutive. Ich stelle hier ausdrücklich fest, unser Vorschlag einer wirksamen Kontrolle will nicht die Verantwortung verlagern, sondern will nur zu dem einzig denkbaren und praktikablen Zeitpunkt etwas für den Bereich Freiheitsschutz, Schutz im Interesse des Bürgers erreichen.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ein Letztes zu dem Entschließungsantrag der SPD! Herr Kröning hat den gesamten Antrag hier begründet. Dazu darf ich relativ kurz sagen, die FDP wird Ziffer 1 dieses Antrags mittragen. Wir sind der Auffassung, daß die Vertretung von Betriebsratswahlen und Jugendvertreterwahlen nach Information auch durch das Amt nichts mehr bringt, kaum eine Rolle spielt in der Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen,

(Abg. Lahmann [FDP]: Aber verunsichert!)

allenfalls verunsichert und Anlaß gibt, verschiedene böswillige Unterstellungen zu betreiben. Insofern ist die Tendenz dieser politischen Willenserklärung richtig. Wir machen das mit, aber — und das möchte ich Ihnen doch noch einmal, Herr Kröning, vor Augen führen, ich unterstelle Ihnen, daß Sie das kennen — es gibt gar keinen Zweifel darüber, daß in den Bereichen Betriebsrat, Gewerkschaften wie in allen gesellschaftlichen Bereichen K-Gruppen, Parteien insbesondere aus dem linken Bereich, DKP, KBW, eine gezielte, konzentrierte Arbeit betreiben, um in diesen gesellschaftlichen Bereichen Einfluß und Macht zu gewinnen.

(D)

Ich darf Ihnen, insbesondere den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, dieses Buch unverdächtig Schriftsteller wie von Flechtheim, Rutio Wilmer und Wilke empfehlen „Der Marsch der DKP durch die Institutionen.“ Es ist hochinteressant, von den Kennern der Szene, von den Kennern der GEW, von den Kennern der Jugendarbeit im DGB beschrieben zu bekommen, wie weit die DKP ist, wie gefährlich sie von den Leuten, die alle unverdächtig sind, eingeschätzt wird, wie offen von diesen Leuten gewarnt wird, daß es schon sehr, sehr weit gekommen ist mit dem Einfluß der DKP und der anderen K-Gruppen in diesem Bereich. Manchmal hat man den Eindruck, zum Beispiel die GEW steht mit dem Rücken an der Wand.

(Abg. Dr. Menke [CDU]: Deswegen liberalisieren jetzt?)

Lieber Herr Dr. Menke, Sie haben meine Rede nicht verstanden, wenn Sie sagen, lieber liberalisieren. Ich habe Ihnen gesagt, ganz deutlich gesagt, und Sie haben auch lesen können, wir haben einen

(A) Änderungsantrag eingebracht, der den weiteren Bereich des Entschließungsantrags der SPD einer erneuten Überprüfung zuführen will, was die Sinnhaftigkeit und was die Zulässigkeit dessen anbelangt, was die SPD da in ihrem Entschließungsantrag will. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen, daß wir nicht bereit sind, über den Entschließungsantrag insgesamt heute hier abschließend zu verhandeln, sondern nur über Ziffer 1, das betrifft die Verwertung der Zahlen aus diesem Bereich. Wir sagen, gut, laßt das! Aber daß die Arbeit des Verfassungsschutzes nicht an der Tür der Betriebsräte haltmachen darf, wenn bekannt ist, daß in diesem Bereich DKP- und KBW-Leute aktiv wirken, darüber gibt es für uns keinen Zweifel. Haben Sie das jetzt so ein für alle Male verstanden?

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das glaube ich nicht, daß das klar ist!)

Ich kann nicht ausschließen, daß der „Weser-Report“ das morgen wieder anders schreibt.

(Abg. Lahmann [FDP]: Er ist aber gegen Liberalisierung!)

(B) Meine Damen und Herren, ein letztes klares Wort! Ich komme zu der von der SPD in Ziffer 4 ihres Entschließungsantrags wieder eingebrachten Bestimmung, die sie zunächst im Gesetz nicht haben wollte, nämlich daß diejenigen nicht überprüft werden müssen, die sich Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen verschaffen können. Dies hat die SPD ja durch einen Änderungsantrag entsprechend unserem Vorschlag herausgenommen aus dem Gesetz. Nun kommt es aber über eine Ziffer 4 des Entschließungsantrags wieder hinein.

Dazu erkläre ich heute schon für meine Fraktion, bei der endgültigen Beratung dieses Entschließungsantrags — unabhängig von der Überprüfung aller anderen Dinge, die wir ja betreiben wollen, hinsichtlich der Zulässigkeit und Sinnhaftigkeit dessen, was Sie da vorschlagen — werden wir in Ziffer 4 die Wiedereinführung Ihrer, wie wir meinen, unzulässigen und nicht vertretbaren Bestimmung nicht mitmachen. Schon heute erkläre ich, diese neue Ziffer 4 lehnen wir ab. Es ist auch geradezu grotesk, daß jemand ein Gesetz einbringt und in einem Änderungsantrag sagt, er nehme eine Regelung auf, und dann mit dem Entschließungsantrag kommt, in den unverblümt steht, es werde doch die ursprüngliche Regelung betrieben. Das ist für uns nicht machbar. So schnell können wir nicht die Fronten wechseln.

(Beifall bei der FDP — Abg. Wedemeier [SPD]: Das geht doch sonst so schnell! — Abg. Klein [CDU]: Da hat Herr Freud ein bißchen mitgemischt!)

Nein, da hat nicht Herr Freud mitgemischt jetzt bei mir eben! Hier hat jemand mitgemischt, das sage ich auch klar, Herr Kröning! Dies, was Sie hier in dem Entschließungsantrag wollen, ist zu über-

(C) prüfen, und es ist mit Sicherheit nicht alles falsch. Das sage ich niemals! Aber ich sage auch ganz deutlich, hüten wir uns, einer Gruppierung in der SPD, einem Kreis innerhalb der SPD

(Abg. Wedemeier [SPD]: Na, welcher denn?)

das Wort zu reden und zum Erfüllungsgehilfen rein theoretischer, scheinbar liberaler Regelungen zu machen, die im Ergebnis — und jetzt komme ich auf das, was Sie auch hier erwähnt haben — dem Arbeitnehmer, den Sie ja auch hier hervorgehoben haben wollen, den Betrieben und denjenigen, die dort arbeiten müssen, Geld verdienen müssen, die den derzeitigen Verhältnissen unterliegen, letztlich einen schlechten Dienst erweisen.

Ich appelliere an die sozialdemokratische Fraktion, den restlichen Entschließungsantrag auch daraufhin zu überprüfen, ob er wirklich denjenigen nützt, denen er vorgibt zu nützen, oder ob man die Sache nicht zu einseitig, zu theoretisch, vielleicht ein wenig blauäugig sieht. Ihnen unterstelle ich das nicht, Herr Kröning, Sie wissen genau, was Sie mit diesem Antrag wollen! Ich unterstelle zwar, daß dies nur ein Teil des sozialdemokratischen Spektrums ist, der dies betreibt, uns aber zum Erfüllungsgehilfen dieses Teils der SPD zu machen, dazu sind wir heute nicht in der Lage, dazu ist uns die Materie viel zu umfassend. Ich möchte Sie bitten, dies noch einmal daraufhin zu überprüfen. — Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir sind mitten in der Beratung. Wir haben uns vorgenommen, gegen 18 Uhr heute die Beratung zu unterbrechen und morgen fortzusetzen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Den Punkt zu Ende bringen!)

Ich würde meinen, wir sollten jetzt noch einen Diskussionsbeitrag annehmen, und wenn er etwas über 18 Uhr hinausgeht, sollten wir das ertragen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Cassens zur Geschäftsordnung.

Abg. Dr. Cassens (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind in einer Schwierigkeit. Meine Fraktion hat in der Interfraktionellen Besprechung beantragt, daß wir für diesen Tagesordnungspunkt 30 Minuten Redezeit benötigen. Das bedeutet, daß wir um 18.15 Uhr fertig sind. Ich möchte es dem Hause auch nicht zumuten, solange zu verweilen, sondern ich bin dazu bereit, wenn der Kollege Adamietz einen kürzeren Beitrag halten will, ihm den Vortritt zu lassen. Ich brauche allerdings die 30 Minuten Redezeit, damit ich auch ohne Not in aller Ruhe dazu Stellung nehmen kann.

**Präsident Dr. Klink:** Ist es möglich, daß wir bis 18.15 Uhr tagen?

(Unruhe — Glocke)

(A) Herr Abgeordneter Adamietz, benötigen Sie für Ihren Beitrag länger als eine Viertelstunde?

(Abg. Wilhelm s [CDU]: Man muß sich auch einmal auf Vereinbarungen verlassen können!)

Meine Damen und Herren, dann schlage ich vor, daß wir jetzt die Sitzung schließen. Es tut mir leid, daß wir eine Viertelstunde verschenkt haben.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluß der Sitzung 17.42 Uhr)

(B)

(D)